

## Indikatoren-Set „Zukunftsfähige Kommune“



ZUKUNFTSFÄHIGE KOMMUNE

Wettbewerb und Kampagne  
zur Unterstützung  
der Lokalen Agenda 21

## Handlungsanleitung

## Projektpartner:



**Deutsche Umwelthilfe**

**Deutsche Umwelthilfe e.V.**  
Fritz-Reichle-Ring 4  
78315 Radolfzell  
Tel. (0 77 32) 99 95-50  
Fax (0 77 32) 99 95-77  
www.duh.de; info@duh.de



**agenda transfer** Agentur für Nachhaltigkeit  
GmbH

**Agenda-Transfer. Agentur für Nachhaltigkeit**  
Budapester Str. 11  
53111 Bonn



**ECOLOG-Institut**  
für Sozial-Ökologische Forschung und Bildung  
Nieschlagstr. 26  
30449 Hannover



**GP Forschungsgruppe/Institut für Grundlagen- und Programmforschung**  
Nymphenburger Str. 47  
80335 München

## Kooperationspartner:

**Deutscher Städtetag**

**Deutscher Städte- und Gemeindebund**

## Medienpartner:



**ökom verlag**

## Das Projekt wird unterstützt von:



## Impressum:

Redaktion: Carla Vollmer  
Texte: Robert Spreter, Carla Vollmer, Dr. H.-Peter Neitzke,  
Dr. Dieter Korczak, Albrecht Hoffmann  
Herausgeber: Deutsche Umwelthilfe e.V.  
Bezug: DUH Umweltschutz-Service GmbH  
Fritz-Reichle-Ring 4  
78315 Radolfzell  
Tel: (0 77 32) 99 95 18  
Fax: (0 77 32) 99 95 77  
E-Mail: loeffel@duh.de  
Titelfotos: Agenda 21-Büro Freiburg; Gemeinde Mönkebude; Gemeinde Schürdt;  
Gemeinde Riedstadt; I. Schmidt, Rostock; Ökostation Freiburg;  
O. Hahn; PixelQuelle.de; P. Santiago-Blum; R. Emmerich  
Radolfzell, im Dezember 2004

**Liebe Leserin, lieber Leser,**

vielleicht haben Sie heute schon den Wetterbericht mit den aktuellen Temperaturangaben gehört oder sich auf die Waage gestellt? Wenn ja, dann sind Sie mit Indikatoren wie Temperaturen oder dem Gewicht in Berührung gekommen. Indikatoren sind allgegenwärtig und alltäglich. Sie beschreiben einen Ausschnitt aus der Wirklichkeit, erklären diesen jedoch nicht. Zum Beispiel sagt eine erhöhte Körpertemperatur nur aus, dass ein Mensch Fieber hat. Sie gibt keinen Hinweis, um welche Krankheit es dabei sich handeln könnte und welche Medikamente helfen könnten, diese zu heilen. Indikatoren stellen lediglich einen Sachverhalt fest.

Mit Hilfe von Indikatoren können Fort- oder Rückschritte einer nachhaltigen, d.h. sozial gerechten, ökonomisch tragfähigen und die Umwelt schützenden Entwicklung einer Stadt bzw. Gemeinde gemessen werden. Anhand von Nachhaltigkeitsindikatoren können Kommunen zum Beispiel darstellen,

- dass ihr öffentlicher Nahverkehr für ihre Bewohner attraktiver geworden ist,
- sich die Integration ihrer Mitbürger ausländischer Herkunft verbessert hat,
- Erholungsflächen vergrößert wurden,
- gute Ausbildungschancen für Jugendliche vor Ort bestehen und
- Unternehmen effizient mit Ressourcen wirtschaften.

Das Indikatoren-Set „Zukunftsfähige Kommune“ enthält 40 Nachhaltigkeitsindikatoren. Es ist das Ergebnis eines langjährigen Diskussionsprozesses der Deutschen Umwelthilfe, Agenda-Transfer, dem ECOLOG-Institut und der GP-Forschungsgruppe im Rahmen des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“ von 2001 bis 2004. Wie das letzte Wettbewerbsjahr 2003/2004 zeigte, hat sich das Indikatoren-Set beim Einsatz vor Ort bewährt. Es umfasst die wichtigsten Eckpunkte einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Wir danken den 175 Städten und Gemeinden, die sich in den drei Wettbewerbsjahren beteiligten, ganz herzlich für ihre vielen Anregungen.

Der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gilt ein herzliches Dankeschön für ihre finanzielle Förderung des Projektes. Ebenso danken wir auf diesem Wege ganz herzlich unseren Kooperationspartnern – dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund – für ihre Unterstützung unseres Wettbewerbs. Unseren Medienpartnern – dem Umweltinformationsdienst „punkt.um/ökom“, dem Fachmagazin „Umwelt kommunale ökologische Briefe“ und dem Magazin „natur & kosmos“ – sprechen wir unseren Dank für die gute Öffentlichkeitsarbeit aus. Wir danken auch besonders der Jury für ihre dreijährige engagierte Mitarbeit beim Wettbewerb.

Viele Städte und Gemeinden haben das Indikatoren-Set „Zukunftsfähige Kommune“ als wichtigen Impuls genommen, um sich zum ersten Mal mit der Anwendung von Indikatoren zu befassen. Verschiedene Rückmeldungen zeigten uns, dass auch Kommunen, die sich nicht am Wettbewerb beteiligt haben, damit arbeiten. Daher sind wir zuversichtlich, dass das Indikatoren-Set „Zukunftsfähige Kommune“ auch weiterhin erfolgreich eingesetzt wird. Die vorliegende Handlungsanleitung fasst die Erfahrungen einer fünfjährigen Entwicklungs- und Erprobungsphase von Indikatoren zusammen. Zusammen mit der beigelegten CD-Rom ermöglicht sie ein unkompliziertes und anwenderfreundliches Arbeiten mit Nachhaltigkeitsindikatoren.

**Das Projektteam „Zukunftsfähige Kommune“**


**Carla Vollmer und Robert Spreter**  
Deutsche Umwelthilfe e.V.



**Dr. H.-Peter Neitzke**  
ECOLOG-Institut



**Albrecht Hoffmann**  
Agenda-Transfer



**Dr. Dieter Korczak**  
GP-Forschungsgruppe

<b>1. Indikatoren: Eine Einführung</b>	<b>5</b>
<b>2. Das Indikatoren-Set „Zukunftsfähige Kommune“</b>	<b>7</b>
<b>3. Aufbau der Indikatorenprofile</b>	<b>9</b>
<b>4. Inhalt der beigefügten CD-ROM</b>	<b>10</b>
<b>5. Leitkategorie „Wohlbefinden“</b>	<b>11</b>
5.1. Flächen zur Erholung	12
5.2. Vereine/Kulturelles Leben	14
5.3. Bevölkerungsentwicklung	16
5.4. Fahrradwege	18
5.5. Pkw-Dichte	20
5.6. Verkehrsunfälle mit Kindern	22
5.7. Kriminalitätsrate	24
5.8. Kinder mit Übergewicht	26
5.9. Erschließung mit Bus und Bahn	28
5.10. Lärmbelastung	30
5.11. Wohnungsnahe Grundversorgung	32
<b>6. Leitkategorie „Soziale Gerechtigkeit“</b>	<b>34</b>
6.1. Betreuung von Kindern	36
6.2. Geschlechtergerechtigkeit	38
6.3. Kommunales Engagement für Kinder und Jugendliche	40
6.4. Engagement für Behinderte	42
6.5. Bezahlbarer Wohnraum	44
6.6. Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt	46
6.7. Bildungschancen für Migranten	48
6.8. Kommunales Eine-Welt-Engagement	50
6.9. Einrichtungen für Kinder und Jugendliche	52
<b>7. Leitkategorie „Umweltqualität und Ressourceneffizienz“</b>	<b>54</b>
7.1. Geschützte Natur	56
7.2. Flächenverbrauch	58
7.3. Sparsamer Umgang mit Flächen	60
7.4. Qualität der Fließgewässer	62
7.5. Trinkwasserverbrauch	64
7.6. Abfall	66
7.7. Niedriger Energie-Einsatz	68
7.8. Umwelt- und ressourcenschonende Energieerzeugung	70
7.9. Verkehrsmittelwahl	72
7.10. Bäume auf der Siedlungsfläche	74
7.11. Vorkommen der Mehlschwalbe	76
<b>8. Leitkategorie „Wirtschaftliche Effizienz“</b>	<b>78</b>
8.1. Ausbildungschancen	80
8.2. Arbeitslosigkeit	82
8.3. Existenzgründungen	84
8.4. Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur	86
8.5. Kommunale Schulden	88
8.6. Öko-zertifizierte Unternehmen	90
8.7. Flächeneffizienz der Wirtschaft	92
8.8. Ökologische Landwirtschaft	94
8.9. Arbeitsplatzangebot	96
<b>9. Literaturliste</b>	<b>98</b>

## 1. Indikatoren – eine Einführung

Im Kapitel 40 der Agenda 21, die bei der Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung 1992 verabschiedet wurde, werden die Kommunen aufgefordert, ihren Zustand und die Fortschritte in Richtung nachhaltige Entwicklung zu messen und zu prüfen. Um dies zu erreichen, sollen sie Nachhaltigkeitsindikatoren einsetzen:

*„Es müssen Indikatoren für nachhaltige Entwicklung entwickelt werden, um eine solide Grundlage für Entscheidungen auf allen Ebenen zu schaffen und zu einer selbstregulierenden Nachhaltigkeit integrierter Umwelt- und Entwicklungssysteme beizutragen.“<sup>1</sup>*

### Indikatoren-Sets in Deutschland

In den letzten Jahren wurden auf Bundes-, Landes- und auf lokaler Ebene verschiedene kommunale Indikatoren-Sets entwickelt. Im Jahr 2003 haben die Projektgruppe und Vertreter weiterer Institutionen, die zum Themenfeld „Indikatoren“ aktiv sind, ein gemeinsam empfohlenes Indikatoren-Set mit 20 Nachhaltigkeitsindikatoren herausgegeben. Diese Indikatoren sind alle im Indikatoren-Set „Zukunftsfähige Kommune“ enthalten.

Die Erfahrungen der verschiedenen Indikatoren-Sets zeigen: Nachhaltigkeitsindikatoren sind geeignete Messgrößen für die Zukunftsfähigkeit von Städten und Gemeinden, da sie für deren Entwicklung bedeutsame Handlungsfelder abbilden. Beispiele für Nachhaltigkeitsindikatoren sind der Trinkwasserverbrauch, die Ausbildungschancen von Jugendlichen, die sozialen Ausgaben einer Kommune oder die Anzahl öko-zertifizierter Unternehmen vor Ort.

### Ziele und Indikatoren – ein enger Zusammenhang

Nachhaltigkeitsindikatoren konkretisieren politisch gesetzte bzw. gesellschaftlich vereinbarte Ziele einer zukunftsfähigen Kommunalentwicklung. Die Auswahl von Indikatoren bedeutet letztendlich eine Diskussion darüber, in welche Richtung sich eine Stadt bzw. Gemeinde in den nächsten Jahrzehnten entwickeln soll. Dabei gilt: Je konkreter die vereinbarten Ziele sind, desto eindeutiger können die indikatorengestützten Nachweise sein.

In der kommunalen Praxis zeigen die Erfahrungen, dass sich die Städte und Gemeinden auf verschiedenen Wegen dieser Diskussion angenähert haben. In einigen Orten wurde zuerst ein Leitbild erarbeitet und anschließend wurden Indikatoren entwi-

ckelt, um mit deren Hilfe die Fortschritte hinsichtlich des Leitbilds zu messen. Anderenorts wurden im ersten Schritt Indikatoren erhoben, um Schwachstellen festzustellen. Basierend auf dem erkannten Handlungsbedarf wurden Ziele formuliert, um eine Verbesserung des ermittelten Zustands herbeizuführen.

### Indikatoren als Kontrollinstrumente

Mit Hilfe von Indikatoren wird gemessen, ob gesetzte bzw. vereinbarte Ziele erreicht werden. Gleichzeitig geben sie Auskunft über zwischenzeitlich eingetretene Abweichungen. Sie markieren somit die Fortschritte einer Kommune in Richtung nachhaltiger Entwicklung und zeigen gleichzeitig die Schwächen auf. Wie ein Kompass dienen sie zur Orientierung, wo die Stadt bzw. Gemeinde auf ihrem Weg in Richtung nachhaltige Entwicklung steht.

### Steuerungsinstrumente für die Stadtentwicklung

Die ermittelten Indikatorenwerte stellen zuverlässige Datengrundlagen für fachliche Planungen und Konzepte bereit. Zudem werden durch indikatorengestützte Erfolgskontrollen Fehlinvestitionen und -entwicklungen erkannt. Schwachstellen und Handlungsdefizite werden aufgezeigt. Somit können Kommunalpolitik und -verwaltung daraus rechtzeitig Konsequenzen ziehen und diese korrigieren. Strategien und kurz-, mittel- und längerfristige Maßnahmen zur Lösung der erkannten Problemfelder können konzipiert und erarbeitet werden. Eine indikatorengestützte Erfolgskontrolle ist deshalb für einen intelligenten Umgang mit Ressourcen unverzichtbar. Sie ist ein wichtiges Instrument, um den Einsatz knapper Ressourcen zu optimieren bzw. diese effektiv zu nutzen.

### Steuerungsinstrumente für die Kommunalpolitik

Durch die Erhebung und Aufbereitung konkreter Zahlen können die Kommunalparlamente die Tragweite ihrer Entscheidungen besser abschätzen. Oft sind die Daten, die den Mitgliedern der Kommunalparlamente vorliegen, unvollständig und nicht nachvollziehbar aufbereitet. Die Nachhaltigkeitsindikatoren schärfen den Blick für die Zusammenhänge der Kommunalentwicklung und bringen die Dimension der Nachhaltigkeit früh in die Entscheidungsfindung ein. Sie können auch wichtige Anstöße geben, Themen, die bisher vernachlässigt wurden, in der Kommunalpolitik zu diskutieren.

<sup>1)</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (o.J.), S. 282

### **Fortschreibung der Indikatoren**

Um eine umfassende Datenbasis zu haben, empfiehlt es sich, für jeden Indikator Zeitreihen zu erheben. Damit erhält man auch einen Überblick über die Entwicklung der Kommune in den letzten Jahren. Zudem sollten die Daten in regelmäßigen Abständen (jährlich, alle zwei bis drei Jahre) fortgeschrieben werden. Denn nur eine periodische Überprüfung kann eine indikatorengestützte Erfolgskontrolle gewährleisten.

### **Datenerhebung**

Eine regelmäßige Datenerhebung ist mit einem gewissen Arbeitsaufwand verbunden, denn die Daten, die für die Indikatoren erhoben werden müssen, sind bei verschiedenen Ämtern und Einrichtungen erhältlich. Bei einigen Indikatoren sind auch eigene Erhebungen erforderlich. Die Erfahrungen des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“ zeigten, dass der Aufwand der Datenerhebung bei Städten und Gemeinden, die sich zwei- bzw. dreimal daran beteiligt haben, erheblich gesunken ist. Für die zuständigen Sacharbeiter wird die Indikatorenerhebung mit der Zeit zur Routine. Dadurch reduziert sich der Aufwand der Datenerhebung immens.

### **Einsatz von Indikatoren in der kommunalen Praxis**

In der kommunalen Praxis gibt es eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten, um Indikatoren in Planungen und Konzepten einsetzen zu können. Indikatoren können bei bestehenden Planungen wie Bebauungsplänen verwendet werden. Sie können auch bei der Einführung des neuen kommunalen Steuerungsmodells durch die Einbindung von Nachhaltigkeitskriterien bzw. -indikatoren in Produktbücher oder beim Finanz-Leistungs-Controlling angewandt werden. Um eine kontinuierliche Arbeit mit Indikatoren zu ermöglichen, ist es wichtig, innerhalb der Kommunalverwaltung geeignete Strukturen dafür aufzubauen. Die Methodenkompetenz bei den zuständigen Ansprechpartnern hinsichtlich der Interpretation und Bewertung der Indikatorenergebnisse sollte gestärkt werden. Es muss geklärt werden, wer für die regelmäßige Datenerhebung zuständig ist und ob die Indikatoren regelmäßig wie beispielsweise bei der statistischen Berichterstattung veröffentlicht werden.

Der Blick auf die europäische und auf die nationale Ebene zeigt, dass die Anwendung von Indikatoren in der Stadtplanung zunehmend zwingend

erforderlich ist. Auf der Ebene der Europäischen Union gibt es bereits Anforderungen für ein entsprechendes Monitoring. So ist die Angabe von Daten zu ausgewählten Indikatoren Fördervoraussetzung für das städtebaulich bedeutende Programm URBAN II. Auch auf Bundesebene wurden Datenkataloge eingeführt, etwa im Rahmen der Bundesprogramme „Soziale Stadt“, „Stadtumbau-Ost“ und „Stadtumbau West“.

### **Anspruch und Wirklichkeit**

Indikatoren resultieren aus einer Gratwanderung zwischen der Datenverfügbarkeit und dem Anspruch, die für eine nachhaltige Entwicklung wichtigen Themenfelder abzubilden. Manche Themenfelder können wegen fehlender bzw. nur aufwändig zu erhebender Daten nicht abgebildet werden. Manche leicht zu erhebende Daten bilden gewisse Themenfelder nicht ab. Es gilt also, einen Kompromiss zwischen fachlichen Ansprüchen und der Datenverfügbarkeit zu finden. Denn ansonsten besteht die Gefahr, dass entweder die Indikatoren nicht aussagekräftig genug sind oder die Datenerhebung zu aufwändig ist.

Mit Hilfe von Indikatoren können komplizierte Zustände auf allgemein verständliche Beschreibungen vereinfacht werden. Allerdings können durch die Reduktion auf Zahlen allein die vielschichtigen Lebenszusammenhänge nicht abgebildet werden. Deshalb empfiehlt es sich, diese quantitativen, auf Zahlen basierten Zustandsbeschreibungen durch Umfragen und Interviews zu ergänzen.

### **Weiterentwicklung von Indikatoren**

Indikatoren-Sets sind keine statischen Gebilde, sondern können sich in Zukunft verändern, weil sich kommunale Problemstellungen sowie Datengrundlagen ändern können. Wenn sich die Datengrundlagen weiterentwickeln bzw. verändern, können neue Indikatoren hinzukommen, die inhaltlich aussagekräftiger sind als die bisherigen. Eine Vielzahl der Indikatoren wird aber auch in zehn oder zwanzig Jahren genauso aktuell wie heute sein. Auch die vielen Erfahrungen, die derzeit im Umgang mit Indikatoren in den Städten und Gemeinden gemacht werden, können dazu beitragen, dass die Messgrößen weiter entwickelt werden. Die Qualität eines Indikators misst sich letztlich daran, wie wirkungsvoll er in der Praxis verwendet wird.

### 2. Das Indikatoren-Set „Zukunftsfähige Kommune“

#### Indikatoren als Wettbewerbskriterien

Dreimal rief die Projektgruppe Städte und Gemeinden bundesweit auf, sich dem Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ zu stellen. 175 Städte und Gemeinden haben diese Chance wahrgenommen, 41 von ihnen mehrmals. Im September 2001 startete das erste Wettbewerbsjahr, im Juni 2004 endete der dritte Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ bei einer Auszeichnungsfeier in Berlin.

Beim Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ haben die Städte und Gemeinden mit Hilfe von Indikatoren die Wirksamkeit ihrer Aktivitäten hinsichtlich einer sozial gerechten, ökonomisch tragfähigen und die Umwelt schützenden Entwicklung ge-

messen. Zudem schätzten sie die Qualität ihres lokalen Agenda 21-Prozesses anhand von Kriterien ein. Eine Fachjury führte die Ergebnisse bei den Nachhaltigkeitsindikatoren und bei der Qualitätseinschätzung zu einer Gesamtbewertung zusammen.

#### Entwicklung des Indikatoren-Sets

Im Laufe der drei Wettbewerbsjahre wurde das Indikatoren-Set „Zukunftsfähige Kommune“ immer wieder auf den Prüfstand gestellt. Aufgrund der Rückmeldungen aus den teilnehmenden Städten und Gemeinden haben wir das Indikatoren-Set zu einem praxistauglichen und anwendungsreifen Instrument entwickelt. Im dritten und letzten Wettbewerbsjahr lautete die Anforderung für Städte und Gemeinden über 15.000 Einwohner, 37 Indikatoren zu ermitteln. Kommunen unter 15.000 Einwohner erhoben Daten zu 20 Indikatoren.

	Indikatoren für Städte über 15.000 Einwohner	Indikatoren für Städte und Gemeinden bis 15.000 Einwohner
<b>Wohlbefinden</b> 	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Flächen zur Erholung</li> <li>2. Vereinsleben</li> <li>3. Bevölkerungsentwicklung</li> <li>4. Fahrradwege</li> <li>5. Pkw-Dichte</li> <li>6. Verkehrsunfälle mit Kindern</li> <li>7. Kriminalitätsrate</li> <li>8. Kinder mit Übergewicht</li> <li>9. Erschließung mit Bus und Bahn</li> <li>10. Lärmbelastung</li> </ol>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Kulturelles Leben</li> <li>2. Bevölkerungsentwicklung</li> <li>3. Kinder mit Übergewicht</li> <li>4. Erschließung mit Bus und Bahn</li> <li>5. Wohnungsnahe Grundversorgung</li> </ol>
<b>Soziale Gerechtigkeit</b> 	<ol style="list-style-type: none"> <li>11. Betreuung von Kindern</li> <li>12. Geschlechtergerechtigkeit</li> <li>13. Kommunales Engagement für Kinder und Jugendliche</li> <li>14. Engagement für Behinderte</li> <li>15. Bezahlbarer Wohnraum</li> <li>16. Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt</li> <li>17. Bildungschancen für Migranten</li> <li>18. Kommunales Eine-Welt-Engagement</li> </ol>	<ol style="list-style-type: none"> <li>6. Betreuung von Kindern</li> <li>7. Geschlechtergerechtigkeit in der Kommunalpolitik</li> <li>8. Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt</li> <li>9. Kommunales Eine-Welt-Engagement</li> <li>10. Einrichtungen für Kinder und Jugendliche</li> </ol>
<b>Umweltqualität und Ressourceneffizienz</b> 	<ol style="list-style-type: none"> <li>19. Geschützte Natur</li> <li>20. Flächenverbrauch</li> <li>21. Sparsamer Umgang mit Flächen</li> <li>22. Qualität der Fließgewässer</li> <li>23. Trinkwasserverbrauch</li> <li>24. Abfall</li> <li>25. Niedriger Energie-Einsatz</li> <li>26. Umwelt- und ressourcenschonende Energieerzeugung</li> <li>27. Verkehrsmittelwahl</li> <li>28. Bäume auf der Siedlungsfläche</li> <li>29. Vorkommen der Mehlschwalbe</li> </ol>	<ol style="list-style-type: none"> <li>11. Geschützte Natur</li> <li>12. Flächenverbrauch</li> <li>13. Sparsamer Umgang mit Flächen</li> <li>14. Umwelt- und ressourcenschonende Energieerzeugung</li> <li>15. Vorkommen der Mehlschwalbe</li> </ol>
<b>Wirtschaftliche Effizienz</b> 	<ol style="list-style-type: none"> <li>30. Ausbildungschancen</li> <li>31. Arbeitslosigkeit</li> <li>32. Existenzgründungen</li> <li>33. Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur</li> <li>34. Kommunale Schulden</li> <li>35. Öko-zertifizierte Unternehmen</li> <li>36. Flächeneffizienz der Wirtschaft</li> <li>37. Ökologische Landwirtschaft</li> </ol>	<ol style="list-style-type: none"> <li>16. Arbeitslosigkeit</li> <li>17. Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur</li> <li>18. Kommunale Schulden</li> <li>19. Arbeitsplatzangebot</li> <li>20. Ökologische Landwirtschaft</li> </ol>

*Im Frühsommer 2003 verständigte sich das Projektteam „Zukunftsfähige Kommune“ mit Vertretern anderer Indikatoren-Sets auf 20 gemeinsam empfohlene Indikatoren. In dieser Übersicht sind die 20 gemeinsam empfohlenen Indikatoren, die unser Indikatoren-Set „Zukunftsfähige Kommune“ beinhaltet, kursiv geschrieben.*

Bei der Auswahl und Überarbeitung des Indikatoren-Sets waren folgende Kriterien maßgeblich:

- **Vollständigkeit:** Die Indikatoren decken alle für die kommunale Entwicklung bedeutsamen Handlungsbereiche der Agenda 21 ab.
- **Leitbildbezug:** Die Indikatoren haben einen Bezug zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung.
- **Repräsentativität:** Die Indikatoren bilden aussagekräftig kommunale Entwicklungen ab.
- **Transparenz:** Das theoretische Modell und die Auswahlkriterien sind nachvollziehbar.
- **Datenverfügbarkeit:** Zu den Indikatoren liegen aktuelle und zuverlässige Daten vor.
- **Kompatibilität:** Die Indikatoren lassen sich auf nationale oder internationale Indikatorenmodelle und -systeme beziehen.
- **Politikrelevanz:** Die Indikatoren sind handhabbar für politische Entscheidungsträger.
- **Handlungsbezug:** Die Indikatoren beziehen sich auf den kommunalen Entscheidungsrahmen.
- **Kommunizierbarkeit:** Die Indikatoren sind verständlich, anschaulich und vermittelbar.

### Plus- und Minus-Indikatoren

Zudem wird zwischen Plus- und Minus-Indikatoren unterschieden. Die Bezeichnung als Plus- und Minusindikator impliziert die Zielrichtung des Indikators. Plus-Indikatoren sind Indikatoren, bei denen gilt: Je höher der Wert, desto positiver verläuft die Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit. Die Flächen zur Erholung sind beispielsweise ein Plus-Indikator. Ein hoher Wert bedeutet, dass es viele Erholungsflächen pro Einwohner gibt. Minus-Indikatoren sind dagegen Indikatoren, bei denen sich ein hoher Wert negativ auf die nachhaltige Entwicklung auswirkt. Ein Beispiel: Die Lärmbelastung durch Straßenverkehr ist ein Minus-Indikator. Ein hoher Wert bedeutet, dass sehr viele Einwohner Tag und Nacht vom Straßenlärm betroffen sind.

Bei den Berechnungsmodalitäten, die bei der Datenabfrage auf der beiliegenden CD-Rom zu finden sind, sind die Indikatoren entsprechend gekennzeichnet.

### Erfahrungen bei der Datenerhebung des Indikatoren-Sets

Im letzten Wettbewerbsjahr bewährte sich das Indikatoren-Set in jeder Hinsicht. In der Teilnehmer-

klasse über 100.000 Einwohner erhoben alle Großstädte 60 Prozent der Indikatoren. Zudem ermittelten zehn von elf Großstädten sechs von 37 Indikatoren. 92 Prozent der teilnehmenden mittelgroßen Städte und Gemeinden sammelten Daten zu 60 Prozent der Indikatoren. Zu elf von 20 Indikatoren haben alle der 16 teilnehmenden Kommunen in der Größenklasse zwischen 5.001 bis 15.000 Einwohner Angaben gemacht. Alle der zehn teilnehmenden Kommunen unter 5.000 Einwohner haben 12 der 20 Indikatoren erhoben. 95 Prozent aller teilnehmenden Kommunen haben die Indikatoren „Arbeitslosigkeit“, „Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur“, „Pkw-Dichte“, „Flächenverbrauch“, „Kriminalitätsrate“; „Bevölkerungswandel“, „Abfall“, „Trinkwasser“ und „Kommunale Schulden“ ermittelt. Dabei spielte die Größe einer Kommune hinsichtlich der Datenerhebung kaum eine Rolle. Die Gemeinde Mönkebude, die kleinste Teilnehmerkommune mit 820 Einwohnern, erhob 17 von 20 Indikatoren.

Die Erfahrungen des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“ haben gezeigt, dass es sich bewährt, wenn innerhalb der Kommunalverwaltung eine oder zwei Personen für die Datenerhebung zuständig sind, die dauerhaft bei der Kommunalverwaltung beschäftigt sind. Praktikanten oder Studenten, die eine Abschlussarbeit zu diesem Thema schreiben wollen, können die Ansprechpartner bei der Datenerhebung unterstützen.

Die Ansprechpartner fordern bei den verschiedenen internen Fachämtern und externen Institutionen die Daten an. Nach den Wettbewerbserfahrungen empfiehlt es sich, die dortigen Ansprechpartner über die Hintergründe der Datenerhebung in Kenntnis zu setzen. Dies förderte das Verständnis in den internen Ämtern und bei externen Institutionen, warum die Daten erhoben werden sollen. Häufig erwies sich der Wettbewerb als Instrument, um die Themen „Nachhaltige Entwicklung“ und „Lokale Agenda 21“ innerhalb der Kommunalverwaltung zu verbreiten.

Die Datenabfrage bei internen und externen Ämtern und Behörden kann mit einer gewissen Wartezeit verbunden sein. Oftmals sind telefonische Rücksprachen und Erinnerungen, in manchen Fällen auch persönliche Vorsprachen, erforderlich. Einige der Daten können bei den Statistischen Landesämtern wie beispielsweise in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen im Internet abgefragt werden.

### 3. Aufbau der Indikatorenprofile

Im Folgenden werden die 40 Indikatoren aus beiden Sets des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“ vorgestellt. Die Indikatoren werden nach ihrer Zugehörigkeit zu den verschiedenen Leitkategorien dargestellt. Die Indikatorenprofile sind folgendermaßen aufgebaut:

#### Titel und Messbotschaft des Indikators

Jeder Indikator enthält eine Botschaft, was er genau misst. Diese wird an dieser Stelle genannt. Zudem weisen wir daraufhin, wenn der Indikator eher für kleinere oder für größere Kommunen geeignet ist.

#### Hintergrund

In diesem Abschnitt wird beschrieben, warum wir uns für diesen Indikator entschieden haben. Die derzeitigen bundesweiten Entwicklungen und Problemstellungen zu den einzelnen Themenfeldern werden kurz erläutert.

#### Arbeitsanleitung

Die Erläuterungen sollen sicherstellen, dass die Indikatoren ohne größere Probleme erhoben werden können. Wir führen die entsprechenden Definitionen auf und benennen mögliche Fehlerquellen bei der Datenerhebung. Bei Indikatoren, die gesondert erhoben werden müssen, stellen wir gerne Handlungsanleitungen zur Verfügung. Diese sind auf der beigefügten CD-Rom enthalten.

#### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Wir bilden die Indikatorenwerte der 63 Städte und Gemeinden, die am Wettbewerbsjahr 2003/2004 teilgenommen haben, ab, und zwar jeweils den besten und den schlechtesten Wert sowie den Durchschnittswert. Diese Vergleichswerte beziehen sich nur auf die Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“. Wenn man alle deutschen Kommunen berücksichtigen würde, würde man andere Durchschnitts- und Referenzwerte erhalten.

Bei einigen Indikatoren stellen wir heraus, warum die eine oder andere Kommune so gut abgeschnitten hat. Allerdings konnten wir aus Platzgründen nicht bei allen Indikatoren auf die Ursachen, die

zu den guten Ergebnissen geführt haben, eingehen. In den Infoblättern zu den Sieger-Kommunen sowie in der Abschlussdokumentation des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“ werden die Gründe für ein gutes Ergebnis bei manchen Indikatoren näher beschrieben.

Beim Wettbewerb gab es vier Teilnehmerklassen. Die Grenzen orientierten sich an der Einwohnerzahl und liegen bei 5.000, 15.000 und 100.000 Einwohner. Die Ergebnisse sind für die einzelnen Teilnehmerklassen aufgeführt.

#### Datenquellen

Hier werden die allgemein verfügbaren Datenquellen benannt.

### 4. Inhalt der beigefügten CD-ROM

Auf der CD-Rom sind zwei Verzeichnisse angelegt:

- Im Verzeichnis **„Tabellen für die Dateneingabe“** können Sie die Daten Ihrer Kommune eingeben. Die Daten werden automatisch berechnet. Alle dafür notwendigen Angaben sind in den Tabellen enthalten.
- Im Verzeichnis **„Ergebnisse Wettbewerb 2003-2004“** sind die Ergebnisse der Kommunen, die am Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ teilgenommen haben, für jeden Indikator aufgeführt. Sie enthalten die Ergebnisse aller Kommunen für jeden Indikator. Nur die Namen der besten vier bzw. zehn Städte und Gemeinden sind genannt.
- Zusätzlich finden Sie noch eine Handlungsanleitung zur Erhebung des Indikators **„Lärmbelastung“**.

#### Verzeichnis „Tabellen für die Dateneingabe“

In diesem Verzeichnis findet sich die Datenabfrage zu jedem Indikator. In vier Excel-Dateien, die nach den Leitkategorien benannt sind, ist auf jedem Registerblatt ein Indikator aufgeführt. Für jeden Indikator sind folgende Punkte getrennt aufgeführt:

- **Datenabfrage**  
Die erforderlichen Daten sind für jeden Indikator benannt.
- **Ergebnis**  
Bei Eingabe der Daten werden die Ergebnisse automatisch berechnet.
- **Datenquelle**  
Die allgemein verfügbaren Datenquellen sind aufgeführt.
- **Stichtag**  
Für jeden Indikator ist ein Stichtag genannt.
- **Berechnungsmodalitäten**  
Die Berechnungsmodalitäten für jeden Indikator sind beschrieben. Somit ist nachvollziehbar, wie wir den Indikator berechnen. Zudem ist es möglich, mit Hilfe der Berechnungsmodalitäten den Indikator bei Fortschreibung der Werte zu berechnen.
- **Hinweise für Datenerhebung**  
Hier haben wir die entsprechenden Definitionen und Anleitungen zur Datenerhebung aufgeführt.

#### Verzeichnis „Ergebnisse Wettbewerb 2003-2004“

In diesem Verzeichnis sind die Ergebnisse des Wettbewerbs Zukunftsfähige Kommune aus dem Jahr 2003/2004 für jeden Indikator aufgeführt. Für jede Teilnehmerklasse des Wettbewerbs wurde eine Excel-Tabelle angelegt. Bei den Teilnehmerklassen zwischen 5.001 und 15.000 Einwohnern sowie zwischen 15.001 und 100.000 Einwohnern werden pro Indikator die ersten zehn Kommunen genannt, bei den teilnehmerschwächeren Teilnehmerklassen bis 5.000 Einwohner und über 100.000 Einwohner wurden die ersten vier Kommunen genannt. Es werden aber anonym die Daten aller beteiligten Kommunen aufgeführt. Die Angaben beziehen sich größtenteils auf das Jahr 2002. Die Daten können als Orientierungsgröße für die eigene Kommune verwendet werden.



Foto: PixelQuelle.de



### 5. Leitkategorie „Wohlbefinden“

Bereits lange bevor Lebensqualität zu einem Schlüsselbegriff der Nachhaltigkeitsdebatte wurde, haben Philosophen in der Antike über das ‚schöne und gute Leben‘ nachgedacht. Für sie gehörten im Wesentlichen die gleichen Ingredienzien zu einem schönen, guten Leben wie für die Menschen der Moderne: Es sind Essen und Trinken, Gesundheit, reine Luft, sauberes Wasser, fruchtbarer Boden, die harmonische Abwechslung von Muße und Tätigkeit, Sicherheit, Ruhe und Frieden, Spiel und Sport, Kultur und das Nachdenken über den Sinn des Lebens in Form der Philosophie.

Lebensqualität besteht auch heute noch aus vielen Elementen: Gesundheit und Bildung, angemessene Ernährung und Wohnraum, eine stabile und gesunde Umgebung, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung aller Menschen, Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, Würde und Sicherheit. Wenn sich diese Bestandteile in ausreichender Form im Leben und Umfeld eines Menschen wieder finden, löst das bei ihm Wohlbefinden aus, denn die subjektiv empfundene Lebensqualität ist eng an die Befriedigung der individuellen Bedürfnisse gekoppelt. Die Bedeutung, die ‚Wohlbefinden‘ als gesamtgesellschaftliche Zielgröße hat, lässt sich am besten durch die Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) beschreiben, die Gesundheit als „einen Zustand vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens“ versteht.

Wohlbefinden heißt, es geht einem gut. Die subjektive Lebensqualität, das Wohlbefinden, steht dabei in einer engen Beziehung zur objektiven Lebensqualität, den äußeren Umständen und Rahmenbedingungen. Diesem Gedanken folgt auch das Bundesraumordnungsgesetz von 1965, in dem geschrieben steht, dass Gebiete mit gesunden Le-

bens- und Arbeitsbedingungen sowie ausgewogenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen gesichert und weiter entwickelt werden sollen und bei vorhandenen unterdurchschnittlichen Lebensbedingungen eine Angleichung an das übliche Niveau erreicht werden soll. Um solch eine Angleichung objektiv und vergleichbar messen zu können, hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu Beginn der 1970er Jahre erstmals Sozialindikatoren formuliert. Je nachdem, wo der wissenschaftliche und politische Schwerpunkt gesetzt wird, werden seitdem modifizierte, erweiterte oder verkürzte Indikatorensätze als Lebensqualitäts-Indikatoren oder neuerdings als Nachhaltigkeitsindikatoren verwendet.

Der komplexen Fülle von subjektiver Lebensqualität und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen versucht sich der Indikatorensatz der „Zukunftsfähigen Kommune“ durch elf Indikatoren anzunähern:

- **Flächen zur Erholung**
- **Vereinsleben/Kulturelles Leben**
- **Bevölkerungsentwicklung**
- **Fahrradwege**
- **Pkw-Dichte**
- **Verkehrsunfälle mit Kindern**
- **Kriminalitätsrate**
- **Kinder mit Übergewicht**
- **Erschließung mit Bus und Bahn**
- **Lärmbelastung**
- **Wohnungnahe Grundversorgung**

Dieser Indikator misst die Größe der Flächen zur Erholung, bezogen auf die Einwohnerzahl. Wir empfehlen diesen Indikator für Kommunen über 15.000 Einwohner.

### Hintergrund

Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit ist in den vergangenen 20 Jahren ständig zurückgegangen. Damit hat sich der Spielraum für Freizeitaktivitäten vergrößert.<sup>2</sup> Flächen zur Erholung sind für eine gesunde und naturnahe Freizeitgestaltung sehr wichtig, sie können vielfältig genutzt werden, z.B. zum Jogging, zum Spazieren gehen, für Ballspiele oder als Liege- und Ruhewiesen etc. Erholungsflächen haben eine körperliche und seelische Ausgleichsfunktion und wirken stressentlastend. Insbesondere für Kinder und ältere Menschen ist ein Angebot wohnortnaher Erholungsflächen wie Spielplätze, Grünanlagen, Parks etc. von hohem Wert. Parks und Grünanlagen sind insbesondere dann von hoher Bedeutung, wenn die Menschen nicht über einen eigenen Garten verfügen oder weit vom Stadtrand entfernt leben.

Vor allem im ländlichen Raum bieten Wald und Wiesen rund um den Ort einen sehr wichtigen Erholungsraum. Aber auch in Großstädten sind Wälder, Wiesen und Weiden wichtige grüne Erholungsräume inmitten dicht besiedelter Räume. Eine wichtige Funktion kommt auch den Sportanlagen zu. Diese sind zwar weit weniger naturnah als ein Park oder ein Wald, sie werden aber von vielen Menschen genutzt.

Erholungsräume sind ein wichtiger „weicher“ Standortfaktor von Städten und Gemeinden. In Großstädten wird oft mit den innerstädtischen Grünanlagen als Lebensqualität für das Wohnen in der Stadt geworben. Im ländlichen Raum werden meist die Naturräume rund um die Gemeinde herausgestellt. Gemeinden in ländlichen Räumen haben in diesem Punkt einen Standortvorteil. *„Wo die intakte Natur gewissermaßen vor der Tür liegt, ist ein Park oder ein Spielplatz entbehrlich“*.<sup>3</sup>

Wichtig für die Qualität von Erholungsräumen ist die Erreichbarkeit und Nutzbarkeit für die Menschen vor Ort. Wälder und landwirtschaftliche Flächen sind vor allem dann von hohem Freizeitwert für die Menschen vor Ort, wenn sie nahe am Ort liegen und durch ein dichtes Wegenetz erschlossen sind. Innerstädtische Parks bieten einen hohen Freizeitwert, wenn sie in der Nähe von Wohngebieten mit vielen Geschosswohnungen liegen.

### Arbeitsanleitung

Laut der Definition der Statistischen Landesämter umfasst der Begriff „Erholungsfläche“ folgende Flächen: Parkanlagen, Sportplätze, Freibäder, Tennisplätze, botanische und zoologische Gärten, Spielplätze, Wildgehege, Kleingärten, Grünanlagen und Campingplätze. Hausgärten und die privaten Grünanlagen von Geschosswohnungsbauten fallen nicht darunter. Diese haben zwar einen hohen Wert für die Erholungsmöglichkeiten vor Ort, können aber nicht erfasst werden.

*Viele Grünanlagen in einer Stadt bzw. Gemeinde tragen wesentlich zum Wohlbefinden der Menschen bei.*



Foto: Zippo Zimmermann, designladen.com

<sup>2)</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2003b), S. 149

<sup>3)</sup> Korczak Dieter (1995), S. 82



Der Indikator ist in zwei Teilindikatoren unterteilt. Zum ersten Teilindikator „Erholungsflächen innerhalb der Siedlungsfläche“ gehören die Erholungsflächen und die Friedhöfe. Der zweite Teilindikator „Erholungsflächen außerhalb der Siedlungsfläche“ enthält das Grünland, die Moorfläche, die Heidefläche, die Waldfläche und die Wasserfläche. Die Unterteilung wurde vorgenommen, damit die besondere Bedeutung der innerstädtischen Erholungsflächen deutlich wird.

Die Daten für den Indikator können beim Statistischen Landesamt erfragt werden. Allerdings werden die Daten nur alle vier Jahre veröffentlicht. Die letzte Veröffentlichung war am 31. Dezember 2000. Die nächste Veröffentlichung erfolgt zum 31. Dezember 2004. In manchen Regionen können die Daten jährlich bei den Katasterämtern erfragt werden.

Daten aus dem Flächennutzungsplan sind nicht mit den Daten der Katasterämter bzw. der Statistischen Landesämter zu vergleichen. Die Daten der Statistischen Landesämter basieren auf der tatsächlichen, bereits vermessenen Nutzung, der Flächennutzungsplan dagegen auf der vorgesehenen Nutzung.

Allerdings werden die Flächendaten von den Statistischen Landesämtern nur nach der Nutzung und nicht nach ihrer Lage vor Ort erfasst. So kann beispielsweise ein Sportplatz weit entfernt vom Ort liegen und wird dennoch zur Erholungsfläche innerhalb der Siedlungsfläche gezählt. Wälder und Wiesen dagegen können sich innerhalb des Ortsgebiets befinden, werden aber trotzdem dem Teilindikator „Erholungsflächen außerhalb der Siedlungsfläche“ zugeordnet.

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Interessanterweise liegen die Durchschnittswerte bei den Kommunen unter 100.000 Einwohnern und den Großstädten dicht zusammen. Dies ist deshalb erstaunlich, da in Großstädten aufgrund des höheren Anteils an Geschosswohnungsbauten und den weiteren Wegen zum Ortsrand ein höherer Bedarf an Erholungsflächen vermutet werden kann.

Quadratmeter Erholungsfläche innerhalb der Siedlungsfläche pro Einwohner am 31. Dezember 2000

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Hassloch 75,2	34,6	12,2
Über 100.000 EW	Hildesheim 58,4	32,9	22,3

Wie zu erwarten, sind die Erholungsflächen außerhalb der Siedlungsfläche in Städten und Gemeinden ländlicher Gebiete, wie zum Beispiel in Freudenstadt im Schwarzwald, wesentlich größer als in Großstädten oder in Verdichtungsräumen. Der Indikator bildet hier die Lage der Orte ab. In Freudenstadt gibt es weit mehr Möglichkeiten, sich wohnortnah und naturnah zu erholen, als zum Beispiel im Berliner Bezirk Neukölln.

Quadratmeter Erholungsfläche außerhalb der Siedlungsfläche pro Einwohner am 31. Dezember 2000

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Freudenstadt 3919,6	861,5	110,4
Über 100.000 EW	Rostock 385,9	239,3	6,3

### Datenquelle

Statistisches Landesamt, Vermessungsämter, Kommunalstatistik

Dieser Indikator misst

- die Zahl der eingetragenen Vereine mit Sitz am Ort und
- die Zahl der kulturellen Veranstaltungen bezogen auf die Einwohnerzahl.

### Hintergrund

Bürgerschaftliches Engagement und soziales Leben in Freizeitgruppen hält die Gesellschaft zusammen. Viele Bürger, die sich engagieren oder eine sinnvolle Freizeitgestaltung suchen, wollen die Gesellschaft im Kleinen gemeinsam mit anderen Menschen positiv mitgestalten. Laut des Freiwilligensurveys, den das Meinungsforschungsinstitut TNS Infratest Sozialforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Jahr 2004 durchführte, gehören Sport, Kindergarten/Schule, Kultur und Religion auch weiterhin zu den wichtigsten Bereichen des Engagements.

In den letzten 20 Jahren hat sich aber ein Wandel hinsichtlich der Form des bürgerschaftlichen Engagements vollzogen. Die Menschen sind nicht nur in Vereinen, im Gemeinderat, in Kirchengemeinden und bei der freiwilligen Feuerwehr aktiv, sondern zunehmend auch in befristeten Projekten

und Initiativen.<sup>4</sup> Immer weniger Menschen engagieren sich über viele Jahre hinweg für den gleichen Verein, sondern bringen sich für jeweils einen kürzeren Zeitraum bei verschiedenen Projekten oder Vereinen ein.

Laut den Ergebnissen des Freiwilligensurveys beteiligen sich zurzeit 70 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahre über ihre beruflichen sowie privaten Verpflichtungen und Aktivitäten hinaus in Gruppen, Vereinen, Organisationen und öffentlichen Einrichtungen. 36 Prozent der Befragten übernehmen ehrenamtlich bestimmte Aufgaben. Immer mehr ältere Menschen ab 56 Jahren setzen sich bei Vereinen oder Initiativen ein. Denn sie sind in einem immer stärkeren Maße körperlich sowie geistig fit und verfügen über freie Zeit, in der sie sich zunehmend gesellschaftlich einbringen wollen.<sup>5</sup>

Die Zahl aller eingetragenen Vereine bildet nicht umfassend das vielfältige kulturelle Angebot vor Ort ab. Kirchenchöre, Schülerarbeitsgemeinschaften, Bürgerinitiativen, Elternbeiräte und Gemeinderäte tragen ebenso zu einem lebendigen Gemeinschaftsleben bei und sind ein Abbild des ehrenamtlichen Engagements vor Ort. Die Zahl der eingetragenen Vereine ist aber der einzige uns bekannte Wert zu diesem Themenfeld, der bundesweit zuverlässig erhoben werden kann, und der es erlaubt, Städte und Gemeinden in ganz Deutschland zu vergleichen. Deshalb haben wir uns für diesen Indikator entschieden.

Für Kommunen über 15.000 Einwohner lautet der Indikator „Vereinsleben“, für Gemeinden unter 15.000 Einwohner „Kulturelles Leben“. Der Unterschied besteht darin, dass die kleinen Kommunen zusätzlich zur Zahl der eingetragenen Vereine die Zahl der Veranstaltungen vor Ort erheben. Damit wollen wir das kulturelle Leben in einer kleinen Gemeinde abbilden. Denn häufig gibt es in kleinen Ortschaften weder ein Kino noch ein Theater. Ein reichhaltiges Angebot an kulturellen Veranstaltungen macht den jeweiligen Ort für seine Bürger attraktiver und trägt zur Lebensqualität der Menschen bei.



Foto: PixelQuelle.de

<sup>4</sup> Vgl. <http://www.bmfsfj.de>, [www.buergerengagement.de](http://www.buergerengagement.de)

<sup>5</sup> Vgl. [http://Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend & tns infratest](http://Bundesministerium_für_Familie_Senioren_Frauen_und_Jugend_&_tns_infratest) (2004)

*Die Mitgliedschaft in Vereinen stärkt die Gesellschaft und unterstützt die kulturelle Vielfalt.*

### Arbeitsanleitung

Bei der Erhebung des Teilindikators „Vereinsleben“ gelten nur eingetragene Vereine (e.V.). Im Register des Amtsgerichts sind sie mit ihrem Sitz im Ort aufgeführt. Für die Erhebung werden alle zum Stichtag bestehenden, eingetragenen Vereine mit dem Sitz im Ort gezählt. Jeder Verein wird nur einmal gezählt, auch wenn es sich um Sportvereine mit sehr vielen Abteilungen und Mitgliedern handelt. Nicht mitgezählt werden Kirchenchöre, Schülerarbeitsgemeinschaften, Parteien und entsprechende Vereinigungen. Viele Kommunen führen eigene Vereinslisten. Bei diesen Listen muss geprüft werden, ob es sich in allen Fällen um eingetragene Vereine handelt.

In manchen Fällen bedeutet die Erhebung, dass die Vereine anhand des Registers von Hand ge-

zählt werden müssen. Die Angaben aus den Vereinsregistern beruhen häufig auf einer fortlaufenden Nummerierung, denn die Register werden in vielen Kommunen noch auf manueller Basis und nicht mit Hilfe der EDV geführt. Bitte beachten Sie: Manche Amtsgerichte geben auf Anfrage die laufende Nummer heraus, die angibt, wie viele Vereine jemals in diesem Ort eingetragen wurden. Dieser Wert darf nicht verwendet werden. Die Vereine müssen zum Stichtag noch eingetragen sein.

Für den Indikator „Kulturelles Leben“ werden alle kulturellen Veranstaltungen ermittelt, die im Laufe eines Jahres stattgefunden haben. Unter einer kulturellen Veranstaltung verstehen wir öffentliche Vereinsfeste, Theateraufführungen, Filmvorführungen etc.; Kinovorstellungen und Museen werden nicht erfasst.



5.2

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Nach den Durchschnittswerten zu urteilen, scheinen die Unterschiede zwischen den teilnehmenden Städten und Gemeinden unabhängig von ihrer Einwohnerzahl nicht sehr groß zu sein.

Zahl der eingetragenen Vereine pro 1.000 Einwohner am 31.12.2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Retzstadt 12,33	7,84	3,77
Bis 15.000 EW	Eggenfelden 11,18	6,09	1,66
Bis 100.000 EW	Wolfenbüttel 18,44	6,09	2,04
Über 100.000 EW	Oldenburg 15,88	10,90	7,03

Hinsichtlich der kulturellen Veranstaltungen, die im Laufe eines Jahres in einem Ort stattfinden, ist die große Bandbreite zwischen den besten und schlechtesten Werten besonders auffällig. In Gemeinden unter 5.000 Einwohnern wird nach diesen Ergebnissen pro Einwohner mehr geboten als in Kommunen zwischen 5.001 bis 15.000 Einwohnern. Hier wirkt sich die Zahl vieler Vereinsfeste in kleinen Gemeinden besonders auf das Ergebnis aus.

Anzahl der kulturellen Veranstaltungen pro 1.000 Einwohner im Jahr 2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Wellheim 43,07	16,05	3,49
Bis 15.000 EW	Teningen 42,73	12,08	2,53

### Datenquelle

Vereinsregister beim Amtsgericht, Jugendamt, Sozialamt, Kulturamt, Stadtsportbund

Der Indikator setzt sich aus zwei Teilindikatoren zusammen, und zwar

- dem Wanderungssaldo (Zahl der Zuzüge im Verhältnis zu der Zahl der Wegzüge in einem Jahr bezogen auf die Einwohnerzahl) und
- dem Anteil der Vorschulkinder an den Einwohnern einer Kommune.

### Hintergrund

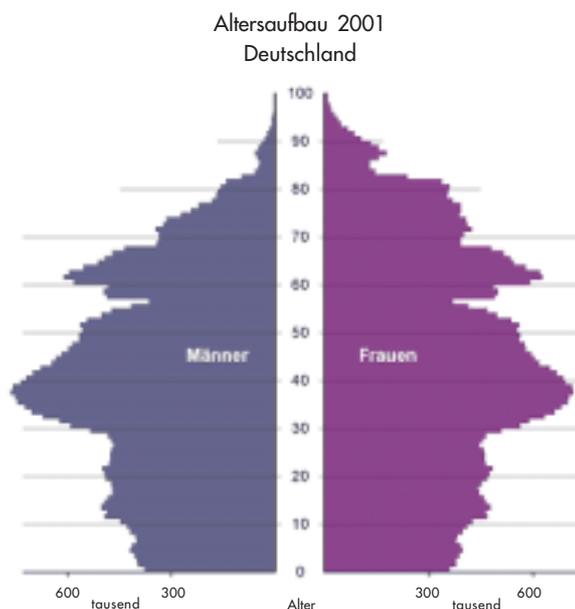
Nach einer Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts wird die Bevölkerungszahl in Deutschland von zurzeit 82,5 Millionen Einwohnern schrumpfen. Die Geburtenrate in Deutschland ist niedrig. Derzeit bekommt eine Frau im Schnitt 1,4 Kinder. Um die gegenwärtige Bevölkerungszahl zu halten, müsste jede Frau durchschnittlich 2,1 Kinder bekommen.<sup>6</sup> *„Die Zuwanderung mildert das negative Bevölkerungswachstum, kann jedoch das entstehende Geburtendefizit – auch bei dem höchsten angenommenen Wanderungssaldo – langfristig nicht kompensieren. Je nach der Variante der Vorausberechnung wird die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2050 zwischen 67 und 81 Millionen betragen.“*<sup>7</sup>

In manchen Regionen zeichnet sich schon heute ein starker Bevölkerungsrückgang ab, der vor allem wanderungsbedingt ist. Laut einer Untersuchung des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung für die Jahre 1997 bis 2001 sind rund 2,6

Prozent der westdeutschen Kommunen und 53,5 Prozent aller ostdeutschen Städte und Gemeinden stärker mit Bevölkerungsrückgang konfrontiert. *„Besonders von Schrumpfung betroffen sind im Osten Mittel- und Kleinstädte mit einem Anteil von 59,5 bzw. 60,4 Prozent. Die wenigen Wachstumsregionen im Osten sind vor allem im Berliner Umland sowie im Einzugsbereich einiger Großstädte (z.B. Dresden, Leipzig, Magdeburg, Rostock) zu finden. Dagegen ist im Westen – von Ausnahmen wie dem Ruhrgebiet, dem Saarland oder Oberfranken abgesehen – Schrumpfung in der Regel ein singuläres, lokales Problem. (...) Wachsende Städte und Gemeinden befinden sich dabei vor allem im Umland der Kernstädte.“*<sup>8</sup> Diese Entwicklung stellt eine große Herausforderung für die betroffenen Kommunen dar, da sie sich auf alle Bereiche der Stadtentwicklung auswirkt.

Der demographische Wandel wird nicht alle Regionen Deutschlands gleichermaßen betreffen. Im frühen 21. Jahrhundert wird die Bevölkerung in Berlin, in Ostdeutschland und in einigen Regionen Westdeutschlands zurückgehen. Auch sind Bevölkerungsrückgänge in etlichen Kernstädten, aber auch in einigen peripheren, strukturschwachen Regionen wie im Hochschwarzwald zu erwarten. *„Trotz voraussichtlich einsetzender Schrumpfung der Gesamtbevölkerung Deutschlands werden die Regionen Westdeutschlands zumindest bis zum Jahr 2015 mehrheitlich an Einwohnerzahl gewinnen. Dies erklärt sich fast zur Gänze aus zu erwartenden Wanderungsgewinnen. Denn Gegenden mit Geburtenüberschüssen wird es in Zukunft kaum noch geben.“*<sup>9</sup>

### Bevölkerungspyramide im Jahr 2001



### Arbeitsanleitung

Für eine vorausschauende Kommunalentwicklung ist der Wanderungssaldo ein wichtiger Indikator. Er ist von entscheidender Bedeutung in der Fortschreibung des Flächennutzungsplans und in der Ausweisung von Baugebieten. Sowohl ein positiver als auch ein negativer Wanderungssaldo stellen Städte und Gemeinden vor große Herausforderungen. Kommunen mit einem hohen Wanderungssaldo profitieren einerseits u.a. durch höhere Steuereinnahmen, andererseits haben Städte mit hohen Zuwachsraten einen hohen Verbrauch an Res-

Die Bevölkerungspyramide zeigt die Altersstruktur einer Gesellschaft.

<sup>6</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2003) S. 10

<sup>7</sup> Statistisches Bundesamt (2003) S. 6

<sup>8</sup> Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2004), S. 4 (<http://www.bbr.bund.de/exwest/initiativen/download/Position-BBR-neu.pdf>)

<sup>9</sup> Münz, Rainer (2003), S. 40



sourcen wie etwa der Fläche. Für eine Kommunalentwicklung in Richtung Nachhaltigkeit liegt die Herausforderung darin, die Attraktivität und hohe Lebensqualität unter der Prämisse eines effizienten und schonenden Umgangs mit Ressourcen zu erhalten.

Der Anteil der Vorschulkinder ist ein entscheidender Wert, der die Bevölkerungszusammensetzung widerspiegelt. Bei einer geringen Kinderzahl vor Ort besteht die Herausforderung für Kommunen zum einen darin, den Alterungsprozess der Bevölkerung ressourcenschonend hinsichtlich der Wohn-

gebiete und Infrastruktur umzusetzen, zum anderen soll die Kommune für die verbliebenen Familien attraktiv bleiben, um diese zu halten. Bei der Wahl des Wohnorts legen Familien auch Wert auf erreichbare Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Spielplätze und Schulangebote. Viele Kommunen versuchen, Familien durch die Ausweisung neuer Baugebiete am Stadtrand anzulocken.

Dieses Vorgehen führt aber oft zu mehr Leerständen in den Innenstädten sowie zu vermehrten Autofahrten und ist daher nicht im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Die Ergebnisse des dritten Wettbewerbsjahres spiegeln die derzeitige Entwicklung wider. In vielen teilnehmenden westdeutschen Kommunen war quer durch alle Teilnehmerklassen ein positiver Wanderungssaldo zu verzeichnen. Einige ostdeutsche Städte und Gemeinden sind dagegen sehr von Abwanderung betroffen. Interessante Ausnahmen waren Dresden, Strausberg und die kleine mecklenburgische Gemeinde Mönkebude, die im Jahr 2002 positive Wanderungssalden zu verzeichnen hatten.

Wanderungsbilanz für das Jahr 2002 pro 1.000 Einwohner

Teilnehmerklasse		Bester Wert		Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis	5.000 EW	Mönkebude	36,0	7,3	-24,4
Bis	15.000 EW	Poing	28,0	3,6	- 7,4
Bis	100.000 EW	Bad Nauheim	15,3	0,5	-40,3
Über	100.000 EW	Oldenburg	10,5	2,6	-12,3

Laut der Wettbewerbsergebnisse ist in allen Teilnehmerklassen der Anteil der Vorschulkinder in süd- und westdeutschen Kommunen höher als in ostdeutschen. Für diese Ergebnisse gilt: Je kleiner die Kommune ist, desto höher ist der Anteil an Vorschulkindern.

Anteil der Vorschulkinder in Prozent am 31. Dezember 2002

Teilnehmerklasse		Bester Wert		Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis	5.000 EW	Ascha	10,9%	7,3%	4,5%
Bis	15.000 EW	Weiler-Simmerberg	8,9%	4,5%	4,5%
Bis	100.000 EW	Ibbenbüren	8,1%	6,4%	2,9%
Über	100.000 EW	Berlin-Neukölln	7,0%	5,9%	4,3%

### Datenquellen

Einwohnermeldeamt, Kommunalstatistik, Statistische Landesämter

Dieser Indikator misst die Länge der für den Radverkehr ausgewiesenen Wege bezogen auf die Gesamtlänge der Verkehrswege innerhalb der geschlossenen Ortschaft. Wir empfehlen diesen Indikator für Kommunen über 15.000 Einwohner.

### Hintergrund

Laut dem Bundesamt für Bauwesen gibt es in Deutschland 60 Millionen Fahrräder und 40 Millionen Personenkraftfahrzeuge (PKW).<sup>10</sup> Dagegen ist der Anteil der mit dem Fahrrad zurückgelegten Wege an allen innerstädtischen Wegen unterentwickelt. Die Deutschen legen nur 9 Prozent aller Wege mit dem Fahrrad zurück. Im Jahresdurchschnitt radelt jeder Einwohner rund 300 Kilometer.<sup>11</sup> Ein Vergleich mit unseren europäischen Nachbarn zeigt, dass die Potenziale des Radverkehrs bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind. Die Niederländer nutzen das Fahrrad beispielsweise für 27 Prozent aller Wege.<sup>12</sup> Ergebnisse unseres Wettbewerbs zeigen, dass auch in einigen deutschen Städten der Radverkehrsanteil schon bei mehr als 20 Prozent liegt.

Dort, wo die Hälfte aller Autofahrten kürzer als fünf Kilometer sind, kann das Fahrrad seine Vorteile ausspielen: Es ist umweltfreundlich (keine Abgase, geringer Flächenverbrauch) und leise. Es hält seinen Benutzer sportlich und dient als Stressabbau- und Erholungsfaktor. Radfahren ermöglicht Mobilität, unabhängig von Alter und Einkommen, und ist somit eine kostengünstige Alternative zum Auto. Außerdem schont es die Nerven, da die Parkplatzsuche entfällt.

Die Verkehrspolitik in vielen Städten und Gemeinden wird nach wie vor vom Auto dominiert. Das städtebauliche Leitbild der „autogerechten Stadt“ aus den 1960er Jahren ist in vielen Städten verwirklicht worden. In einer zukunftsfähigen Kommune sollte es aber ein Ziel sein, dass Radfahrer ihr Ziel auf direktem Wege, d.h. entweder auf gut befahrbaren Radwegen oder temporeduzierten Straßen, erreichen können. Inzwischen wird der Ausbau des Radverkehrs durch den Nationalen Radverkehrsplan des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen unterstützt und gefördert. Er signalisiert ein entsprechendes Umdenken in der Verkehrsplanung auf bundesweiter und kommunaler Ebene.

Um die Situation für Radfahrer vor Ort zu verbessern, hat die Kommune selbst die wichtigsten Hebel zur flächendeckenden Radverkehrsförderung in der Hand. Dabei ist wichtig, dass bei allen baubezogenen und verkehrsbehördlichen Entscheidungen konsequent das Fahrrad mitbedacht wird. Die Kommune kann eine breite Palette an Maßnahmen umsetzen: Ausbau und Beschilderung des Radwegenetzes, Schaffung von eigenen Linksabbiegerspuren für Radfahrer, Vernetzung von Radwegen und vieles mehr. Sie kann bei einer Netzplanung durch die Verbindung von wichtigen Quellen und Zielen eine deutliche Hierarchie der Strecken herausarbeiten. *„Diese Netzplanung ist nach jüngsten Beschlüssen der Landes-Verkehrsministerien inzwischen Voraussetzung, um (Maßnahmen an) Haupttrouten des Radverkehrs über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) fördern zu können.“<sup>13</sup>*

*Ein gut ausgebautes Radnetz wie in Bamberg motiviert viele Einwohner zum Radfahren.*



Fotos: Siedl Bamberg

<sup>10</sup> Wächter, Sabine (2004), S. 4

<sup>11</sup> Vgl. [www.bmvbw.de](http://www.bmvbw.de)

<sup>12</sup> Vgl. [www.bmvbw.de](http://www.bmvbw.de)

<sup>13</sup> Gündel, Detlev (2004), S. 46



### Arbeitsanleitung

Der Indikator misst die Länge der Radwege im Verhältnis zu den Straßen, auf denen Tempo 30 und schneller erlaubt ist. Zur Erhebung des Indikators werden die Länge aller Radwege innerhalb geschlossener Ortschaften, aller Fahrradstraßen, aller Einbahnstraßen, die in Gegenrichtung für Radfahrer geöffnet sind, und aller Verkehrswege innerhalb geschlossener Ortschaften erhoben.

Da Radfahrer insbesondere an Straßen, auf denen Tempo 30 und schneller erlaubt ist, gefährdet sind, sind dort Radwege besonders wichtig. Wenn es innerhalb der Ortschaft viele schnellbefahrbare Straßen gibt, gehen wir davon aus, dass ebenfalls viele Radwege notwendig sind. Die Radwege werden zusammen mit den Fahrradstraßen und den Einbahnstraßen, die in Gegenrichtung für Radfahrer geöffnet sind, ins Verhältnis zu den Straßen, auf denen Tempo 30 und schneller erlaubt ist, gesetzt. Wenn die Länge der Radwege im Verhältnis zu den schnell befahrbaren Straßen sehr hoch ist, wirkt sich dies positiv auf das Ergebnis des Indikators aus.

Die Tempo 30-Zonen und die verkehrsberuhigten Bereiche werden weder bei der Länge der Radwege noch bei der Gesamtlänge der Verkehrswege berücksichtigt. Denn in Tempo 30-Zonen können sich Radfahrer weitgehend ungefährdet bewegen. Auch können sich Radfahrer in Tempo 30-Zonen entscheiden, ob sie einen vorhandenen Radweg benutzen wollen oder lieber auf der Straße fahren. Wenn Straßen ohne Radwege, auf denen mehr als Tempo 30 erlaubt war, zu Tempo 30-Zonen umgewidmet werden, wirkt sich dies positiv auf das Ergebnis des Indikators aus. Dadurch sinkt die Zahl der Straßen, auf denen mehr als Tempo 30 zugelassen ist. Dementsprechend steigt der Anteil der Radwege an diesen Straßen.

Für Radfahrer sind Fahrradwege außerhalb der Ortschaft genauso wichtig wie innerhalb der Ortschaft. Leider lassen sich Radwege außerhalb der Ortschaft qualitativ nicht von mit dem Rad befahrbaren Feld- oder Waldwegen unterscheiden. Die bloße Zahl der mit dem Rad befahrbaren Wege sagt daher nicht viel über die Qualität der Radwege aus. Aus diesem Grund haben wir auf das Einbeziehen der Radwege außerhalb der Ortschaft verzichtet.

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Alle Großstädte und 20 von 26 Städten und Gemeinden in der Teilnehmerklasse von 15.001 bis 100.000 Einwohner haben diesen Indikator erhoben. Die Ergebnisse spiegeln die unterschiedlichen Bemühungen von Städten und Gemeinden bezüglich des Ausbaus des Radwegenetzes wider. Die Unterschiede zwischen den Wettbewerbskommunen sind sehr groß. Ein Vergleich mit den Ergebnissen des Indikators „Modal Split“ zeigt, dass in Kommunen, in denen viel für den Ausbau der Radwege getan wurde, der Fahrradanteil an allen Wegen deutlich über 10 Prozent und mehr liegt. Die Stadt Bamberg hat beispielsweise bei idealen räumlichen Voraussetzungen und durch eine aktive Radverkehrsförderung einen Radverkehrsanteil von 20 Prozent am gesamten Verkehrsaufkommen erreicht.

Länge der Fahrradwege in Metern auf 1.000 Meter Verkehrswege  
(ohne Tempo 30-Zonen und verkehrsberuhigte Bereiche) am 31. Dezember 2002

Teilnehmerklasse	Beste Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Bamberg 1292,4	590,4	99,7
Über 100.000 EW	Berlin-Neukölln 1026,5	622,6	82,1

### Datenquellen

Straßenverkehrsamt, Vermessungsamt, Stadtplanungsamt, Tiefbauamt

Dieser Indikator misst die Zahl der Personenkraftwagen (Pkw) bezogen auf die Einwohnerzahl. Wir empfehlen den Indikator für Kommunen über 15.000 Einwohner.

### Hintergrund

Das Auto ist das Lieblingsfahrzeug der Deutschen. Viele verbinden mit dem Auto ein Statussymbol und die Möglichkeit, jederzeit an einen Ort seiner Wahl fahren zu können. Der Wunsch nach persönlicher Mobilität hatte zur Folge, dass in den letzten Jahrzehnten der Straßenverkehr rasant zugelegt hat. Gab es 1960 rund 4,5 Millionen Pkw's auf den westdeutschen Straßen, so waren zum 1. Januar 2004 in Deutschland knapp 45 Millionen Pkw zugelassen. Somit besitzt fast jeder zweite Bundesbürger einen Pkw. Besaß 1962 nur ein Viertel der Haushalte im früheren Bundesgebiet mindestens einen Pkw, waren es im Jahr 2000 drei Viertel der Haushalte.

Bis zur Wiedervereinigung 1989 betrug in den ostdeutschen Bundesländern die Pkw-Dichte 237 Fahrzeuge je 1.000 Einwohner. Dies hat sich inzwischen deutlich verändert: Rund 70 Prozent der dortigen Haushalte verfügen heute über mindestens einen Pkw.<sup>14</sup> Ein Ende der Zunahme der Personenkraftwagen ist bislang nicht in Sicht. In der im April 2001 vorgelegten „Verkehrsprognose 2015“ wird sogar davon ausgegangen, dass der Pkw-Bestand bis zum Jahr 2015 auf 49,8 Millionen steigen wird.<sup>15</sup>

Ein Pkw belastet die Umwelt in vielerlei Hinsicht: einerseits durch Luftverschmutzung, Energieverbrauch und Lärm sowie andererseits durch den Flächenverbrauch für die notwendige Verkehrsinfrastruktur sowohl für den rollenden als auch den ruhenden Verkehr. Denn die meiste Zeit des Tages steht das Fahrzeug still - sei es auf dem Parkplatz vor dem Haus bzw. der Wohnung oder einer Firma. Im öffentlichen Raum benötigt es deswegen eine nicht unerhebliche Abstellfläche. Ein Personenkraftwagen braucht mehr Siedlungsfläche, als ein Kind zum Spielen zur Verfügung hat.

Den dicht bebauten Innenstädten und ihren Wohngebieten steht der relativ große Flächenverbrauch des motorisierten Individualverkehrs entgegen. In den weitgehend zugebauten Innenstädten lässt sich zusätzlicher Parkraum nur mit großem Aufwand und entsprechend hohen Nutzerkosten schaffen, beispielsweise durch den Bau von Tiefgaragen unter öffentlichen Plätzen. Der Flächenverbrauch für den motorisierten ruhenden und fließenden Individualverkehr ist im Vergleich zum Schienen-, Rad- und Fußverkehr relativ groß. Die geparkten Fahrzeuge beeinträchtigen die Aufenthaltsqualität öffentlicher Räume. Vielerorts sind die Straßen in Wohngebieten zugesperrt.

Dem Bedürfnis nach persönlicher Mobilität hält die Infrastruktur der meisten Städte und Gemeinden kaum noch Stand. Konzepte im Sinne einer nachhaltigen Mobilität sind dringend erforderlich.

*Der Wunsch nach persönlicher Mobilität endet häufig im Stau.*



<sup>14</sup>) Vgl. Statistisches Bundesamt (2003b)

<sup>15</sup>) Ebenda



Eine Lösungsmöglichkeit ist unter anderem, durch eine verdichtete und durchmischte Bauweise die Abhängigkeit der Bewohner vom Auto zu reduzieren. In einzelnen Fällen wie in Freiburg oder Bremen wurden bereits autofreie Quartiere geschaffen.

### Arbeitsanleitung

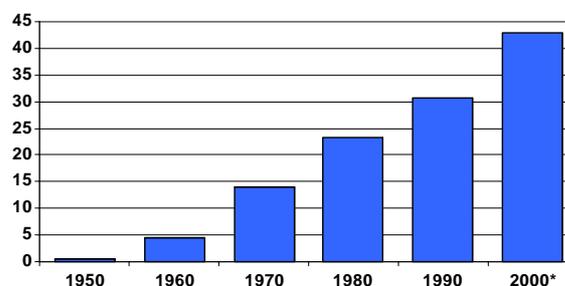
Bei diesem Indikator wird die Zahl der Personenkraftwagen in der Kommune erhoben. Die Daten können bei den Kfz-Zulassungsstellen der Kreise, dem Kraftfahrtbundesamt und den Statistischen Landesämtern erhoben werden. Mitunter ergeben sich Abweichungen der kommunalen Daten von denen des Kraftfahrzeugsbundesamtes, weil dort auch Fahrzeuge registriert sind, die nicht am öffentlichen Verkehr teilnehmen. Beim Kraftfahrtbundesamt werden stillgelegte Personenkraftwagen mitgezählt. Somit werden die Cabriolets erfasst, die im Sommer genutzt und im Winter abgemeldet werden.

In einigen Städten und Gemeinden können die Zahlen sehr hoch im Vergleich zu anderen Orten ausfallen. In diesen Fällen sollte geprüft werden, ob große Autovermieter oder Großunternehmen mit entsprechenden Wagenparks vor Ort sind. Die Fahrzeuge, die bundesweit und nicht nur regional ein-

gesetzt werden, können von der Gesamtzahl der Pkw abgezogen werden.

Bei unserem Indikatoren-Set verfolgen wir mit diesem Indikator die Zielsetzung, die Pkw-Dichte zu reduzieren. Dies bedeutet keine pauschale Verurteilung des Pkw als Verkehrsmittel. In ländlichen Regionen ist der PKW unverzichtbar. Dagegen sollte in städtischen Regionen und Ballungsgebieten auf eine stadtverträgliche Kombination der Verkehrsmittel gesetzt werden. Angesichts der Verkehrsprognosen kann es schon als Erfolg gewertet werden, wenn die Pkw-Dichte nicht zunimmt.

Anzahl der Pkw in Deutschland in Millionen Pkw in den Jahren 1950 bis 2000



\*Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet; ab 2000 Deutschland

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

In den Großstädten über 100.000 Einwohnern sind eindeutig weniger Pkw gemeldet als in den mittelgroßen Städten und Gemeinden. Der Wert des Berliner Bezirks Neukölln liegt deutlich über den Werten der anderen Großstädte. Die Bandbreite bei den anderen zehn Großstädten ist relativ klein – sie reicht von 415 Pkw je 1.000 Einwohner bis zu 518,7 Pkw je 1.000 Einwohner. In der Teilnehmerklasse zwischen 15.001 bis 100.000 Einwohner sind in den ostdeutschen Kommunen die wenigsten Pkw je 1.000 Einwohner gemeldet. Je ländlicher die Region, desto höher ist die Pkw-Dichte je 1.000 Einwohner.

Anzahl der Personenkraftwagen pro 1.000 Einwohner am 31.12.2002

Teilnehmerklasse	Beste(r) Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Wolfen 478,5	556,1	799,3
Über 100.000 EW	Berlin-Neukölln 364,1	453,7	518,7

### Datenquellen

Kfz-Zulassungsstellen der Kreise, Kraftfahrtbundesamt, Statistische Landesämter

Dieser Indikator misst die Zahl der Kinder, die bei Verkehrsunfällen vor Ort verletzt oder getötet wurden, bezogen auf die Zahl aller Kinder. Wir empfehlen diesen Indikator für Kommunen über 15.000 Einwohner.

### Hintergrund

Kinder sind im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen unverhältnismäßig häufig von Verkehrsunfällen betroffen. Im Jahr 2002 wurden bei Verkehrsunfällen 41.047 Kinder bis unter 15 Jahre verletzt und 216 Kinder getötet.<sup>16</sup> 42 Kinder verunglückten tödlich mit dem Fahrrad und 63 Kinder als Fußgänger. 104 Kinder wurden als Pkw-Insassen und sieben Kinder beispielsweise als Beifahrer auf einem Motorrad getötet.<sup>17</sup> In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der im Straßenverkehr verunglückten Kinder um 54 Prozent zurückgegangen.

Laut Statistik ereignen sich 64 Prozent der Unfälle mit Personenschäden innerhalb von Ortschaften.<sup>18</sup> Kinder sind besonders gefährdet, da es ihnen oft schwer fällt, sich auf die konkrete Verkehrssituation zu konzentrieren. Sie haben ein eingeschränktes Blickfeld und können Verkehrssituationen daher nicht richtig einschätzen. Häufig wissen sie auch nicht, wie sie sich in konkreten Verkehrssituationen zu verhalten haben. Als weitere Ursachen für Verkehrsunfälle mit Kindern werden Mängel in der Straßenraumgestaltung sowie das wenig umsichtige Verhalten erwachsener Verkehrsteilnehmer genannt.<sup>19</sup>

Die Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr sollte einer zukunftsfähigen Kommune ein besonderes Anliegen sein. Denn die Möglichkeit, sich zu Fuß oder mit dem Rad innerhalb ihrer Kommune zu bewegen, bietet für Kinder viele Vorteile. Laufen oder Rad fahren unterstützen die Entwicklung der Kinder, geben ihnen Selbstvertrauen, stärken ihre Konzentrationsfähigkeit und entwickeln das Sozialverhalten. Alltägliche Wege wie der Schulweg dienen gleichzeitig als Lern- und Erlebnisraum.

Eine Kommune kann verschiedene planerische und technische Maßnahmen umsetzen, die wirkungsvoll und dauerhaft die Verkehrssicherheit erhöhen. Dazu zählen beispielsweise die Aufpflasterung auf der Fahrbahn als „Dauerbremse“ für den Autoverkehr, die Ausweitung von Tempo 30-Zonen und verkehrsberuhigten Bereichen. Der von Kindern mitbenutzte Straßenraum sollte durch bauliche und technische Maßnahmen sicherer gemacht werden, so dass sich Kinder ohne große Risiken in diesem Verkehrsraum bewegen können. Durch solche Maßnahmen kann eine Kommune einen wichtigen Beitrag zur Verkehrssicherheit von Kindern leisten.

### Arbeitsanleitung

Bei diesem Indikator wird die Zahl der Kinder erhoben, die als Fußgänger, Radfahrer etc. bei Verkehrsunfällen verletzt oder getötet wurden. Diese Zahl wird auf die Zahl aller Kinder in der jeweili-

*Beim Aktionstag „Mobil ohne Auto“ in Ettlingen zeigt die Polizei interessierten Radbesitzern, ob ihr Drahtesel verkehrssicher ist.*



Foto: Steffi Ettlingen

<sup>16</sup> Vgl. <http://www.destatis.de/basis/d/verk/verktab7.php> und <http://www.destatis.de/basis/d/verk/verktab6.php>

<sup>17</sup> Vgl. <http://www.autokiste.de/start.htm?site=/psg/0306/2084.htm>

<sup>18</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2003b)

<sup>19</sup> Vgl. Bühring, Petra (2004)

gen Altersgruppe bezogen. Die Daten erhalten Sie bei der Polizeibehörde und aus der Verkehrs- und Unfallstatistik. Die Zahl der Verkehrsunfälle, vor allem mit Kindern und Jugendlichen, liefert die wesentliche Information über die innerörtliche Sicherheit auf den Straßen.

Je nach Bundesland werden die Statistiken für Verkehrsunfälle von Kindern bis unter 15 Jahre oder bis unter 14 Jahre geführt. Deshalb fragen wir bei diesem Indikatoren-Set nach diesen beiden Altersgruppen. Wenn in Ihrem Bundesland die Verkehrsunfälle von Kindern bis unter 15 Jahre erfasst werden, ist es wichtig, als entsprechende Bezugsgröße die Zahl aller Kinder bis unter 15 Jahre zu erheben. Wenn in Ihrem Bundesland die Verkehrsunfälle von Kindern bis unter 14 Jahre erhoben werden, ist die Zahl aller Kinder bis unter 14 Jahre als Bezugsgröße zu ermitteln.

*Eine kindgerechte Straßenplanung und Verkehrserziehung erhöhen die Verkehrssicherheit von Kindern.*



Foto: Landesverkehrswacht Niedersachsen e.V.



### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Auffallend bei den Ergebnissen der Wettbewerbsjahre 2002/2003 und 2003/2004 ist, dass die Bandbreite der Werte bei den Städten und Gemeinden zwischen 15.001 bis 100.000 Einwohner größer ist als in den Großstädten. Die Annahme, dass sich Kinder in kleineren Städten per se sicherer bewegen können, wird durch die Zahlen nicht bestätigt.

Je höher die Unfallquote, desto höher ist der Handlungsbedarf in den betreffenden Städten und Gemeinden, den Verkehrsraum sicherer zu gestalten.

Anzahl der bei Verkehrsunfällen verletzten oder getöteten Kinder pro 1.000 Kinder im Jahr 2001

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Kornthal-Münchingen 0,38	3,45	8,65
Über 100.000 EW	Jena 1,63	3,75	6,9

Anzahl der bei Verkehrsunfällen verletzten oder getöteten Kinder pro 1.000 Kinder im Jahr 2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Griesheim 0,25	3,39	5,52
Über 100.000 EW	Gera 1,46	3,16	4,77

### Datenquellen

Polizeibehörde, Verkehrs- und Unfallstatistik

Dieser Indikator misst die Zahl der bekannt gewordenen Gewaltdelikte und Straftaten vor Ort (Tatort) bezogen auf die Einwohnerzahl. Wir empfehlen diesen Indikator für Kommunen über 15.000 Einwohner.

### Hintergrund

Sicherheit ist eines der fundamentalen Bedürfnisse der Bevölkerung. Eine hohe Kriminalitätsrate und ein gestörtes Sicherheitsempfinden beeinträchtigen das Wohlbefinden der Bürger vor Ort. In Deutschland ist im Zeitraum von 1993 bis 2003 die Kriminalitätsrate leicht gesunken. Wurden 1993 noch 6,7 Millionen Fälle gemeldet, so waren es 2003 nur 6,5 Millionen Fälle.<sup>20</sup>

Bei der Prävention von Kriminalität sind Städte und Gemeinden besonders gefordert. Stadtteile mit besonderen sozialen Problemfeldern wie hoher Arbeitslosigkeit und mit einer Konzentration gesellschaftlicher Randgruppen können sich zu kriminellen Brennpunkten entwickeln. Zudem kann die Kriminalitätslage als negativer „weicher“ Standortfaktor einer Kommune deren Image und damit unter Umständen Standortentscheidungen von Unternehmen beeinflussen und die Erwerbslage der lokalen Wirtschaft beeinträchtigen. Städte mit hoher Kriminalitätsrate werden nicht gern als Wohnort gewählt.

Kriminalität hat vielschichtige Ursachen. Dazu zählen Armut, Drogenmilieu, soziale Missstände, Arbeitslosigkeit, Existenzunsicherheit und Perspektivlosigkeit, Konsumorientierung, Reizüberflutung und Wertewandel, der Verlust der familiären Geborgenheit und die zunehmende Anonymität des Lebens, insbesondere in Großstädten. Städte und Gemeinden können mit ihrer Jugend-, Sozial- und Familienpolitik zur Ursachenbekämpfung beitragen. Dazu zählen unter anderem ausreichende An-

gebote für Jugendliche, Strategien zur Vermeidung von Obdachlosigkeit, Nachbarschaftsinitiativen, konsequente Sicherheitspolitik in der Stadt usw.. Auch bei der Bauleitplanung können Kommunen Rahmenbedingungen für ein zukünftiges Quartier, in dem die Bewohner sich sicher fühlen, berücksichtigen. Sinnvolle Maßnahmen sind beispielsweise Förderung der Identifizierung der Bürger mit ihrem Wohngebiet, Vermeidung der Ghettoisierung sowie übersichtliche Straßen, Wege und Zufahrten.<sup>21</sup>

### Arbeitsanleitung

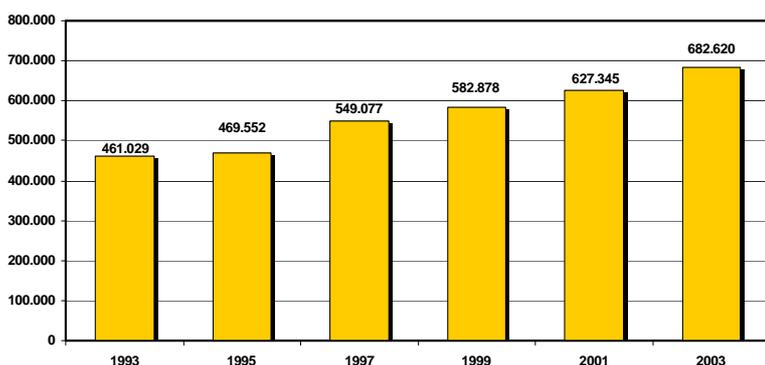
Bei diesem Indikator werden die Zahlen für die bekannt gewordenen Gewaltdelikte und Straftaten erfasst. Grundlage der Erhebung ist die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), die seit 1971 nach bundeseinheitlichen Richtlinien erstellt wird. Alle von der Polizei bearbeiteten rechtswidrigen Taten einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche, die im Zuständigkeitsbereich der Polizei begangen werden, werden darin registriert.

Bei diesem Indikator werden die Gesamtzahl der Straftaten gegen das Leben, gegen die sexuelle Selbstbestimmung, gegen die persönliche Freiheit und die Rohheitsdelikte für einen Zeitraum von drei Jahren erhoben und getrennt berechnet. Somit sollen mögliche Ausreißer bei den Straftaten eines Jahres relativiert werden.

Unter den Begriff „Straftaten gegen das Leben“ fallen laut PKS u.a. Raub- und Sexualmord sowie Totschlag. Der Begriff „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung“ umfasst beispielsweise Sexualdelikte unter Gewaltanwendung wie die Vergewaltigung oder das Ausnutzen eines Abhängigkeitsverhältnisses. Zum Begriff „Rohheitsdelikte“ zählen zum Beispiel räuberische Angriffe auf Menschen und Institutionen. Der Begriff „Straftaten gegen die persönliche Freiheit“ beinhaltet u.a. Menschenraub, Nötigung, Bedrohung, Kindesentziehung und Entführung.

Manchmal liegen die Angaben nur für das Revier oder die jeweilige Inspektion vor, die nicht dem Gebiet der Kommune entsprechen. Dann ist es zur Berechnung des Indikators erforderlich, die Zahl der Einwohner zu erheben, die im Gebiet dieses Reviers bzw. dieser Inspektion leben.

**Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit**



Quelle: [bka.de/pks/zeitreihen\\_2003](http://bka.de/pks/zeitreihen_2003)

<sup>20</sup> Vgl. <http://www.bka.de/pks/pks2003/ondex2.html>

<sup>21</sup> Vgl. <http://www.dstgb.de>



### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Die Unterschiede zwischen den Kommunen können durch Faktoren wie Anzeigeverhalten, Intensität der Verbrecherkontrolle, Tätermobilität, Delikt- und Bevölkerungsstruktur bedingt sein. Weitere Verzerrungsfaktoren sind komplexe Ermittlungsvorgänge mit zahlreichen Einzelfällen sowie Pendler, Durchreisende, Touristen etc., die nicht bei der Einwohnerzahl berücksichtigt werden. Großstädte haben allein aufgrund ihrer Unüberschaubarkeit und Anonymität eine größere Kriminalitätsbelastung.

Bundesweit ist zwischen 2000 bis 2002 die Zahl der Morde und des Totschlags gesunken. In der Teilnehmerklasse der mittelgroßen Städte und Gemeinden sind etwas mehr Straftaten gegen das Leben begangen worden als in den Großstädten.

Anzahl der Straftaten gegen das Leben pro 1.000 Einwohner pro Jahr  
(Durchschnittswert in den Jahren 2000 - 2002 (Durchschnittswert))

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Weinstadt 0,00	0,06	0,19
Über 100.000 EW	Bonn 0,01	0,05	0,1

Auch beim Teilindikator „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung“ fällt die Bandbreite zwischen dem besten und dem schlechtesten Wert bei der Teilnehmerklasse der mittelgroßen Städte und Gemeinden höher aus als bei den Großstädten. Laut der PKS können diese Unterschiede auch mit dem unterschiedlichen Anzeigeverhalten in großen und kleinen Städten und mit einem sehr großen Dunkelfeld bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung zusammenhängen.<sup>22</sup>

Anzahl der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung pro 1.000 Einwohner in den Jahren 2000 - 2002  
(Durchschnittswert)

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Riedstadt 0,08	0,59	1,56
Über 100.000 EW	Bonn 0,38	0,76	1,15

Im Zeitraum von 2000 bis 2002 haben Rohheitsdelikte wie Raub und Körperverletzung sowie Straftaten gegen die persönliche Freiheit bundesweit zugenommen. Die Zunahme der Gewaltdelikte in allen Regionen scheint ein neues Problemfeld zu sein. In Großstädten kommt es häufiger zu solchen Vorfällen als in den mittelgroßen Städten und Gemeinden.

Anzahl der Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit pro 1.000 Einwohner  
in den Jahren 2000 - 2002 (Durchschnittswert)

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Riedstadt 1,02	7,04	14
Über 100.000 EW	Bonn 0,70	8,61	11,37

### Datenquelle

Örtliche Polizeidirektion, Revier, Inspektion, Landeskriminalamt

<sup>22)</sup> Vgl. [http://www.bka.de/pks/pks2002/p\\_3\\_02.pdf](http://www.bka.de/pks/pks2002/p_3_02.pdf)

Dieser Indikator misst die Zahl der Kinder mit Übergewicht bezogen auf die Zahl aller im Rahmen von Schuleingangsuntersuchungen untersuchten Kindern. Wir empfehlen diesen Indikator für Kommunen über 5.000 Einwohner.

### Hintergrund

Immer mehr Kinder in Deutschland leiden unter Übergewicht oder krankhafter Fettsucht. Neuere Studien belegen, dass 10 bis 20 Prozent aller Kinder und Jugendlichen übergewichtig sind. Bei 7 bis 8 Prozent aller Kinder und Jugendlichen liegt eine Adipositas vor, d.h. sie sind stark übergewichtig.<sup>23</sup>

Fettzellen, die in der Kindheit angelegt werden, bleiben zeitlebens bestehen. Viele ernährungsbezogenen Verhaltensweisen, die in der Kindheit gelernt werden, sind im Erwachsenenleben nur äußerst mühsam oder gar nicht zu verändern. Eine Studie der Deutschen Sporthochschule Köln aus dem Jahr 2001 zeigt, dass übergewichtige Kinder bereits im Alter von 8 bis 12 Jahren unter psychischen Belastungen (zu 90 Prozent), unter Haltungs- und Bewegungsschäden (zu 86 Prozent), unter Antriebs- und Lustlosigkeit (zu 77 Prozent), unter einem erhöhten Cholesterinspiegel (zu 53 Prozent) und Bluthochdruck (zu 44 Prozent) leiden.

Ein Großteil aller Erkrankungen im Erwachsenenalter ist unter anderem auf falsche Ernährungsge-

wohnheiten, Bewegungsmangel und daraus resultierendem Übergewicht zurückzuführen. Dazu gehören Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes und Erkrankungen des Muskel-Skelettsapparates. Diese, oft als Zivilisationskrankheiten bezeichneten Krankheiten belasten die gesetzlichen Krankenversicherungen und damit rund 90 Prozent der Gesellschaft mit Kosten in Milliardenhöhe. Die Ausgaben für die Behandlung solcher Schäden werden nach Ansicht der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns in 20 bis 30 Jahren explodieren. Die Prävention von Übergewicht ist daher keine „ästhetische Frage“, sondern vielmehr eine Frage der Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft.

Es gehört deshalb zum Verständnis einer „Zukunftsfähigen Kommune“, entsprechende präventive Maßnahmen/Angebote, die zur Steigerung der sportlichen Aktivitäten sowie zur Änderung der Ernährungsgewohnheiten beitragen, zu unterstützen

### Arbeitsanleitung

Wir messen mit diesem Indikator alle übergewichtigen Kinder, die in einer Kommune leben. Wir empfehlen diesen Indikator nur für Kommunen über 5.000 Einwohnern, weil die Datenbasis in kleineren Orten zu gering ist.

Laut der Arbeitsgemeinschaft „Adipositas im Kinder und Jugendalter“ ist ein Kind dann übergewich-



<sup>23</sup> Vgl. <http://www.verbraucherministerium.de>



tig, wenn sein Körpergewicht folgende Grenzwerte überschreitet: Body-Mass-Index (BMI) von 18 oder der 90. Perzentile.<sup>24</sup>

Der Body-Mass-Index (BMI) ist ein Maß zur Beurteilung des Körpergewichts. Er berechnet sich nach der Formel:  $BMI = \text{Körpergewicht (kg)} / \text{Körpergröße (m)}^2$ .

Perzentile ermöglichen es, den BMI eines Kindes im Vergleich zu gleichaltrigen und gleichgeschlechtlichen Kindern einzuordnen. Die jeweils angegebene Zahl gibt an, wie viel Prozent der gleichaltrigen Kinder gleichen Geschlechts ein niedrigeres bzw. ein höheres Gewicht aufweisen. Liegt ein Kind über der 97. Perzentile, gehört es zu den drei Prozent der übergewichtigsten Kinder seiner Altersgruppe in Deutschland. Kinder, die diesen Wert überschreiten, sind in der Regel an Adipositas erkrankt. Bereits ab der 90. Perzentile besteht ein erhöhtes Risiko für Adipositas, dem in weiteren Untersuchungen nachgegangen werden sollte.

Von Bundesland zu Bundesland werden die Schulinganguntersuchungen unterschiedlich durchgeführt. Manche Gesundheitsämter messen nur den BMI und geben keine Perzentile an. Ein BMI von 18 entspricht etwa der 90. Perzentile eines sechsjährigen Kindes (ohne das Geschlecht zu berücksichtigen).



Fotos: DUH-Nord



Das Projekt „McMöhre“ des Regionalverbandes Nord der Deutschen Umwelthilfe bringt Schulkindern gesunde Ernährung bei. Sie lernen frische, regionale und ökologische Produkte als gesundes Pausenbrot kennen.

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Die Bandbreite zwischen dem besten und schlechtesten Wert ist in allen Teilnehmerklassen doch sehr groß. In kleineren Kommunen bis 15.000 Einwohner sind nicht so viele Kinder übergewichtig wie in den mittelgroßen Gemeinden und in den Großstädten. Erschreckend ist der Spitzenwert von fast einem Drittel übergewichtiger Kinder in einer Kommune.

Anteil der übergewichtigen Kinder an den untersuchten Kindern zum Schuljahr 2002/2003 in Prozent

Teilnehmerklasse		Bester Wert		Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis	15.000 EW	Lichtenstein	3,5%	7,6%	12,7%
Bis	100.000 EW	Halberstadt	4,7%	11,6%	33,0%
Über	100.000 EW	Dresden	2,9%	9,9%	20,8%

#### Datenquelle

Gesundheitsamt

<sup>24)</sup> Vgl. <http://www.mybmi.de/main.php>, <http://www.ungesundleben.de/gewicht.html>

Dieser Indikator misst den Anteil der Einwohner, die im Umkreis von weniger als 300 bzw. 500 Metern (Luftlinie) zur nächsten Haltestelle wohnen.

### Hintergrund

2003 fuhren 10 Mrd. Menschen mit Bussen und Bahnen, 80 Prozent davon nutzten den Linienverkehr.<sup>25</sup> Der Anteil des straßengebundenen öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) am gesamten motorisierten Personenverkehrsaufkommen stagniert seit Jahren bei rund 13 Prozent.<sup>26</sup> Der motorisierte Individualverkehr hat also in gleichem Umfang wie der öffentliche Personennahverkehr zugenommen.

Busse und Bahnen stehen in unmittelbarer Konkurrenz zum Auto. Allerdings sind die Ausgangsbedingungen sehr unterschiedlich. Viele Menschen besitzen ein eigenes Auto und sind somit auf Bus und Bahn nicht angewiesen. Staatliche Vorleistungen und Rahmensetzungen (zum Beispiel die Gestaltung der Pendlerpauschale bis 2002) unterstützen die Dominanz des Autoverkehrs. Das Leitbild der Trennung der Daseinsfunktionen (Wohnen, Arbeiten und Erholen), welches die Gestaltung der Städte in den letzten Jahrzehnten prägte, begünstigte das Auto zusätzlich. Aufgrund seiner traditionellen Ausrichtung auf die Innenstädte konnte der ÖPNV mit der zunehmenden Funktionsentmischung und den daraus hervorgehenden, individuellen Mobilitätsbedürfnissen kaum Schritt halten. Gegenwärtig wäre der ÖPNV in Städten und Gemeinden kaum in der Lage, den Umstieg vieler Bürger vom Auto auf Bus und Bahn zu bewältigen. In ländlichen Regionen ist er durch die zunehmende Zahl an Pkw's stark zurückgedrängt worden.

*Behindertengerechte Haltestellen in unmittelbarer Nähe und enge Taktzeiten sind Kennzeichen einer guten Erschließung von Bus und Bahn.*



Für viele Bürger ist der ÖPNV nicht ausreichend attraktiv, denn sie wollen nicht an ungemütlichen Haltestellen warten. Auch fahren ihres Erachtens Busse und Bahnen nicht häufig genug. In den letzten Jahren hat sich jedoch hinsichtlich des Fahrkomforts und der Taktzeiten von Bus und Bahn einiges getan. Ein kundenorientiertes Marketing zur Befriedigung der Fahrgastwünsche wird zunehmend wichtiger, um die Zahl der Fahrgäste zu halten bzw. zu steigern. Einige Landkreise und Regionen sind in dieser Hinsicht sehr aktiv geworden. In einigen Verkehrsverbänden hat dies zu beträchtlichen Fahrgastzuwächsen geführt. Dennoch muss noch viel unternommen werden, um das Angebot von Bussen und Bahnen kundenfreundlicher zu gestalten und somit eine attraktive Alternative zum Auto zu sein.

### Arbeitsanleitung

Bei diesem Indikator wird ermittelt, wie viele Einwohner im Umkreis von weniger als 300 bzw. 500 Metern (Luftlinie) zur nächsten Haltestelle wohnen. Je nach Größe der Kommune ist die Taktzahl der Busse und Bahnen an den Werktagen sowie Sonn- und Feiertagen unterschiedlich definiert. Die Abfrage beschränkt sich nicht nur auf Bus und Bahn. Folgende den öffentlichen Nahverkehr sinnvoll ergänzende Maßnahmen wie Anrufsammeltaxis, Linien-Taxis bzw. TaxiBus, Anruf-Linien-Taxi, Ruf-Bus und BürgerBus können deshalb mitgezählt werden.

Bei der Erhebung können nur die Haltestellen berücksichtigt werden, an denen mindestens eine Buslinie in mindestens einer Richtung im vorgegebenen Takt verkehrt. Haltestellen, an denen Buslinien verkehren, die in unterschiedliche Richtungen fahren und nur gemeinsam den vorgegebenen Takt erfüllen, in dem zum Beispiel jede Buslinie nur stündlich fährt, werden nicht mitgerechnet.

Zuerst wird festgestellt, welche Haltestellen den oben genannten Kriterien entsprechen. Um die Haltestellen wird dann auf einem Stadtplan (z. B. Maßstab 1:10.000 oder Maßstab 1:5.000) ein Kreis geschlagen (Der Radius entspricht entweder 300 oder 500 Metern). Es gilt die Zahl aller Bewohner, die in den Gebäuden innerhalb der Kreise leben, festzustellen. Diese Zahl wird unter der Angabe der Straßennamen beim Einwohnermeldeamt erhoben. Häufig umfassen die Zirkelkreise ganze Stadtteile. Dann können die Einwohnerzahlen dieser Stadtteile addiert werden.

<sup>25</sup> Vgl. [www.destatis.de/basis/d/verk/verktab4.php](http://www.destatis.de/basis/d/verk/verktab4.php)

<sup>26</sup> Vgl. Verkehrsclub Deutschland (2001)



Oft umschließen die Kreise, abgesehen von einzelnen Bereichen, fast die gesamte Kommune. In diesem Fall ist es einfacher, nur die Gebäude zu zählen, die nicht in den Zirkelkreisen liegen, und die Zahl der dort lebenden Einwohner dann beim

Einwohnermeldeamt zu erheben. Diese Zahl wird dann von der gesamten Einwohnerzahl abgezogen. Mit einem Geografischen Informationssystem (GIS) kann die Erhebung unter Umständen sehr viel leichter erfolgen.

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Die Ergebnisse des Wettbewerbs zeigen, dass auch in kleinen Gemeinden und Kleinstädten eine gute Erschließung mit Bus und Bahn möglich ist. Faktoren wie die räumliche Lage der Kommune, ein kurzer Takt oder eine gute Linienführung können wie etwa in Gorchheimertal und in Markgröningen zu guten Werten führen. Je größer die Stadt ist, desto mehr Menschen leben in der Nähe einer Haltestelle, die zu den von uns geforderten Zeiten angefahren werden. Bei diesem Indikator haben wir einen bestimmten Takt in einem definierten Zeitraum zugrunde gelegt. Die niedrigen Werte können damit zusammenhängen, dass der Takt der Busse und Bahnen in den betreffenden Kommunen nicht unseren Kriterien entspricht.

Anteil der Einwohner in Prozent, die im Umkreis von weniger als 500 Metern (Luftlinie) zu einer Haltestelle wohnen, welche montags bis freitags von 7:00 bis 12:00 Uhr und von 14:00 Uhr bis 19:30 Uhr mindestens stündlich angefahren wird, am 31. Dezember 2003

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Gorchheimertal 100%	58,2%	9,1%
Bis 15.000 EW	Markgröningen 99%	69,0%	9,0%

Anteil der Einwohner in Prozent, die im Umkreis von weniger als 500 Metern (Luftlinie) zu einer Haltestelle wohnen, welche montags bis freitags von 7:00 bis 12:00 Uhr und von 14:00 Uhr bis 19:30 Uhr mindestens halbstündlich angefahren wird, am 31. Dezember 2003

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Griesheim 100%	55%	3%

Anteil der Einwohner in Prozent, die im Umkreis von weniger als 300 Metern (Luftlinie) zu einer Haltestelle wohnen, welche montags bis freitags von 7:00 bis 12:00 und von 14:00 Uhr bis 19:30 Uhr mindestens viertelstündlich angefahren wird, am 31. Dezember 2003

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Über 100.000 EW	Berlin-Neukölln 100%	76%	47%

### Datenquellen

Stadtplanungsamt, Verkehrsbetriebe, gesonderte Erhebung

Dieser Indikator misst den Anteil der Einwohner, die von Lärmbelastung durch den Straßenverkehr betroffen sind. Wir empfehlen diesen Indikator für Kommunen über 15.000 Einwohner.

### Hintergrund

Lärm wird definiert als jeder vom Menschen hörbare Schall, der die Gesundheit schädigt oder zu Beeinträchtigungen des Wohlbefindens führt. Diese Definition verdeutlicht, dass Lärm kein rein physikalisches, sondern vor allem ein psychologisch-medizinisches Phänomen ist.

Hauptquelle der Lärmbelastigung ist Umfragen zufolge der Straßenverkehr. Jeder vierte Bürger fühlt sich durch Straßenverkehrslärm stark belästigt. Jeder fünfte kann selbst bei geschlossenen Fenstern nicht mehr ungestört schlafen. Den zweiten Rang bei den Lärmbelastigungsursachen belegt der Fluglärm, gefolgt vom Schienenverkehr. Durch Industrie- und Gewerbelärm fühlen sich allgemein deutlich weniger Bürger belästigt. Nachbarschaftslärm wird vor allem von Bewohnern der Innenstädte großer Städte als Problem genannt. Geräusche von Sportanlagen sind dagegen nur für einen geringen Bevölkerungsanteil Anlass zu Beschwerden.

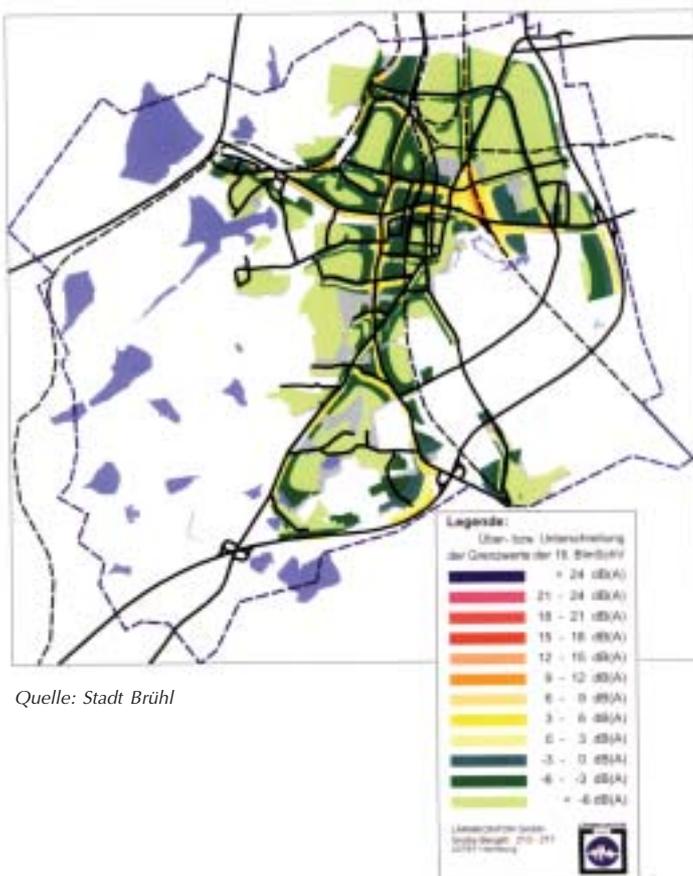
Zu den ungewollten und durch die Betroffenen nur selten zu beeinflussenden Lärmquellen kommt insbesondere bei Jugendlichen die Belastung durch überlaute Musik in Diskotheken und beim Hören von Musik über Kopfhörer, der sie sich freiwillig aussetzen.

Lärm führt zu Belästigungen, weil er Erholung, Entspannung, Gespräche in normaler Lautstärke, konzentriertes Arbeiten oder einen ruhigen Schlaf unmöglich macht. Auch die Notwendigkeit, Maßnahmen gegen den Lärm zu ergreifen (z.B. Fenster schließen, ein anderes Zimmer aufsuchen) oder auf die Nutzung von Balkonen, Terrassen und Gärten verzichten zu müssen, führt zu individuellen Beeinträchtigungen. Hierdurch können das körperliche, psychische und soziale Wohlbefinden sowie die Wohnqualität vermindert werden.

Starke und/oder dauernde Lärmbelastungen können zu Gesundheitsschäden führen. Untersuchungen zeigen, dass bei chronischen Schlafstörungen oder bei ständiger Verärgerung über auftretenden Lärm, ein erhöhtes Gesundheitsrisiko besteht. Dauerbelastungen von mehr als 65 dB (A) können zu chronischen Schädigungen des Herz-Kreislaufsystems führen. Untersuchungen haben bestätigt, dass bei Anwohnern stark befahrener Straßen mit Mittelungspegeln tagsüber von 65 bis 70 dB (A) das Herzinfarkt-Risiko im Vergleich zu Anwohnern ruhiger Nebenstraßen um ca. 20 Prozent erhöht ist. Eine weitere mögliche Folge hoher Lärmbelastungen ist die Schädigung des Gehörs.

Lärm führt aber nicht nur zu Beeinträchtigungen der Gesundheit und des Wohlbefindens. Er verursacht darüber hinaus erhebliche volkswirtschaftliche Kosten durch notwendige Lärminderungsmaßnahmen, Produktivitätsverluste infolge lärmbedingter Verringerung der Arbeitsleistung sowie medizinische Kosten im Zusammenhang mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Gehörschädigungen. Die Begrenzung und Verminderung der Lärmbelastung stellt sowohl aus gesundheitlichen und sozialen als auch aus ökonomischen Gründen eine wichtige Aufgabe auch für Kommunen dar.

*Der Konfliktplan der Stadt Brühl zeigt, in welchen Stadtgebieten die Lärmgrenzwerte über- bzw. unterschritten werden.*



### Arbeitsanleitung

Mit dem Indikator 'Lärmbelastung' wird der Straßenverkehrslärm als Hauptursache von Lärm erfasst. Gemessen wird der Anteil der Einwohner, die tagsüber (von 6.00 - 22.00 Uhr) einer Lärmbelastung von über 55 dB(A) und nachts (von 22.00 - 6.00 Uhr) von mehr als 45 dB(A) ausgesetzt sind. Die Bezugswerte entsprechen den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation zur Vermeidung von Gesundheitsschäden durch Lärm. Im Rahmen des Wettbewerbs wird ein so genannter Mittelungspegel abgefragt, sozusagen ein Durchschnittswert der Lärmbelastung. Die Lärmbelastung kann allerdings durch einzelne Spitzen sehr hoch sein, auch wenn der Mittelungspegel niedrig ist.

Um die Zahl der Einwohner zu erheben, die erhöhten Lärmbelastungen durch Straßenverkehr ausgesetzt sind, muss man die Größe der verlärmten Flächen entlang von Straßen und die Zahl der

Einwohner ermitteln, die in diesen Bereichen leben. Die Größe der verlärmten Flächen kann entweder durch Messungen oder durch Berechnungen bestimmt werden. Messungen sind genauer, liegen aber aufgrund des Aufwands in der Regel nicht vor. Es gibt Software, mit deren Hilfe man die Schallpegel entlang einer Straße in Abhängigkeit vom Abstand zur Straße berechnen kann. In die Berechnungen gehen u.a. die Fahrzeugdichte (Fahrzeuge pro Stunde), die Art der Fahrzeuge (Pkw, Lkw, Motorräder), die Art des Straßenbelags, die Fahrgeschwindigkeiten und die Bebauung entlang der Straße ein.

Solche Berechnungen sind Grundlage von Verkehrslärmplänen. Liegt ein solcher vor, braucht man diesen nur über einen Plan zu legen, der die Einwohnerverteilung in der Kommune wiedergibt, um die Zahl der Einwohner zu ermitteln, die erhöhten Belastungen durch Straßenlärm ausgesetzt sind.



5.10

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Bei den Werten für diesen Indikator gibt es sehr große Unterschiede zwischen den Kommunen, wie die folgenden Übersichten der Ergebnisse des Wettbewerbs zeigen. Sowohl bei den kleineren Kommunen als auch bei den Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern gibt es Städte bzw. Gemeinden, in denen der Lärm kein großes Problem darstellt. Im Durchschnitt sind in Großstädten aber ca. 20 Prozent und in Kleinstädten sogar rund 30 Prozent der Einwohner erhöhter Lärmbelastung durch den Straßenverkehr ausgesetzt. Gerade in kleineren Kommunen kann der Anteil an verlärmten Flächen mit Wohnbebauung, z.B. durch den Verkehr auf einer stark befahrenen Durchgangsstraße, sehr hoch sein.

Anteil der Einwohner, die tagsüber einer Lärmbelastung von über 55 dB(A) durch Straßenverkehr ausgesetzt sind, an der Einwohnerzahl in Prozent am 31. Dezember 2003

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Wedemark 3%	29%	81%
Über 100.000 EW	Erfurt 7%	20%	37%

Anteil der Einwohner, die nachts einer Lärmbelastung von über 45 dB(A) durch Straßenverkehr ausgesetzt sind, an der Einwohnerzahl in Prozent (%) am 31. Dezember 2003

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Weyhe 10%	32%	77%
Über 100.000 EW	Erfurt 7%	22%	45%

### Datenquelle

Lärmkataster, Lärminderungspläne, Gesonderte Erhebung  
(Anleitung zur annähernden Berechnung des Verkehrslärms siehe CD-Rom)

Dieser Indikator misst die Zahl der Einwohner, die im Umkreis von einem Kilometer wichtiger verschiedener Einrichtungen der Grundversorgung wohnen, bezogen auf die Zahl aller Einwohner. Wir empfehlen diesen Indikator für Kommunen bis einschließlich 15.000 Einwohner.

### Hintergrund

Vor allem in ländlichen Regionen ist seit einiger Zeit ein Rückzug von Kreditinstituten und der Post zu beobachten. Auch Einzelhandelsgeschäfte schließen, weil die „wirtschaftliche Tragfähigkeit“ nicht mehr gegeben ist. Bei Erreichen der Altersgrenze der Ladenbesitzer wird der Betrieb in vielen Geschäften eingestellt. Von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich ausgeprägt, verlieren vor allem kleine Gemeinden unterhalb der Ebene der Unterzentren zunehmend Einrichtungen der Grundversorgung wie Lebensmittelläden, Post, Banken, Gemeindeverwaltung etc. Stattdessen versorgen nun mobile Verkaufswagen, Post- oder Sparkassenbusse einige Orte.

Der Verlust dieser Einrichtungen hat für die betreffenden Orte weit reichende negative Folgen: Zunächst sinkt im Dorf die Zahl der Arbeitsplätze. Wenn jedoch Dorfläden als wichtige Kommunikationsstelle für die Bevölkerung schließen, dann geht ein Stück des Zusammenhaltes des Ortsverbandes verloren. Auch für Kinder steht der „eigene“ Laden als ein wichtiger Ort der Sozialisation nicht mehr zur Verfügung. In der Folge vermindern sich somit die Versorgungsqualität und die Attraktivität des Wohnens in kleineren Orten. Da-

gegen steigt der Anreiz zur Abwanderung aus dem ländlichen Raum. Die ökologischen Belastungen nehmen aufgrund des zunehmenden Mobilitätswangs bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen zu. Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind Bewohner ohne eigenen Pkw, zu denen häufig ältere Menschen zählen.

Wohnungsnahe Grundversorgung bedeutet Lebensqualität. Die Menschen können Artikel des täglichen Bedarfs in unmittelbarer Nähe zur Wohnung einkaufen oder bei der Bank Überweisungen tätigen, ohne einen weiten Weg in einen anderen Ort zurücklegen zu müssen. Konzepte wie Nachbarschaftsläden oder Bürgerbüros, die eine Vielzahl an verschiedenen Funktionen und Gütern anbieten, können eine sinnvolle Alternative darstellen, um die wohnungsnahe Grundversorgung vor Ort zu verbessern.<sup>27</sup>

### Arbeitsanleitung

Bei diesem Indikator wird der Anteil der Einwohner ermittelt, die im Umkreis von 1.000 Metern zum nächsten Lebensmittelladen, Postschalter, Kreditinstitut, zur nächsten Apotheke, Bücherei bzw. zu den Haltepunkten von Bücherbussen leben. Die Entfernung von 1.000 Meter wählten wir deshalb, weil diese Distanz auch sehr gut zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt werden kann. Die Erhebung gleicht der Erhebung des Indikators „Erschließung mit Bus und Bahn“. Nur dass anstelle der Haltestellen die Lebensmittelläden, Postfilialen, Apotheken, Büchereien und Kreditinstitute ermittelt werden müssen.

*Eine wohnungsnahe Grundversorgung bedeutet Lebensqualität für junge und alte Menschen.*



Foto: PixelQuelle.de

<sup>27</sup> Vgl. Stiens, Gerhard & Doris Pick (2001)



### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Die wohnungnahe Grundversorgung ist von Ort zu Ort unterschiedlich gut. Manche Kommunen profitieren von ihrer kompakten Siedlungsstruktur, so dass fast alle der Einwohner in der Nähe eines Lebensmittelladens, einer Post, einer Apotheke, eines Kreditinstituts oder einer Bücherei leben. In anderen Gemeinden dagegen erfüllt nur ein Ortsteil die oben aufgeführten Kriterien, während es in den anderen Ortsteilen beispielsweise keinen Lebensmittelladen mehr gibt.

Nur in einer der 25 Städte und Gemeinden gibt es keinen Lebensmittelladen. Einige Orte unter 5.000 Einwohner konnten dagegen die weiteren Kriterien nicht erfüllen. In zwei Kommunen befindet sich keine Post, in fünf Orten keine Apotheke, in vier Gemeinden keine Bücherei bzw. Haltepunkte von Bücherbussen und in einer Kommune kein Kreditinstitut.

Anteil der Einwohner, die im Umkreis von weniger als 1.000 Metern (Luftlinie) zum nächsten Lebensmittelgeschäft wohnen, an der Einwohnerzahl in Prozent am 31. Dezember 2003

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Gorxheimertal 100%	86%	62%
Bis 15.000 EW	Lichtenstein 100%	77%	45%

Anteil der Einwohner, die im Umkreis von weniger als 1.000 Metern (Luftlinie) zur nächsten Post oder zum nächsten Postschalter wohnen, an der Einwohnerzahl in Prozent am 31. Dezember 2003

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Vörstetten 99%	67%	22%
Bis 15.000 EW	Markgröningen 95%	63%	29%

Anteil der Einwohner, die im Umkreis von weniger als 1.000 Metern (Luftlinie) zur nächsten Apotheke wohnen, an der Einwohnerzahl in Prozent am 31. Dezember 2003

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Bissingen a.d.Teck 87,3 %	62%	22%
Bis 15.000 EW	Poing 94,0%	63%	30%

Anteil der Einwohner, die im Umkreis von weniger als 1.000 Metern (Luftlinie) zur nächsten Bücherei bzw. zu Haltepunkten von Bücherbussen wohnen, an der Einwohnerzahl in Prozent am 31. Dezember 2003

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Mönkebude 100%	87%	51%
Bis 15.000 EW	Markgröningen 95%	63%	43%

Anteil der Einwohner, die im Umkreis von weniger als 1.000 Metern (Luftlinie) zum nächsten Kreditinstitut wohnen, an der Einwohnerzahl in Prozent am 31. Dezember 2003

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Vörstetten 99%	75%	22%
Bis 15.000 EW	Markgröningen 95%	78%	51%

**Datenquelle:** Gesonderte Erhebung

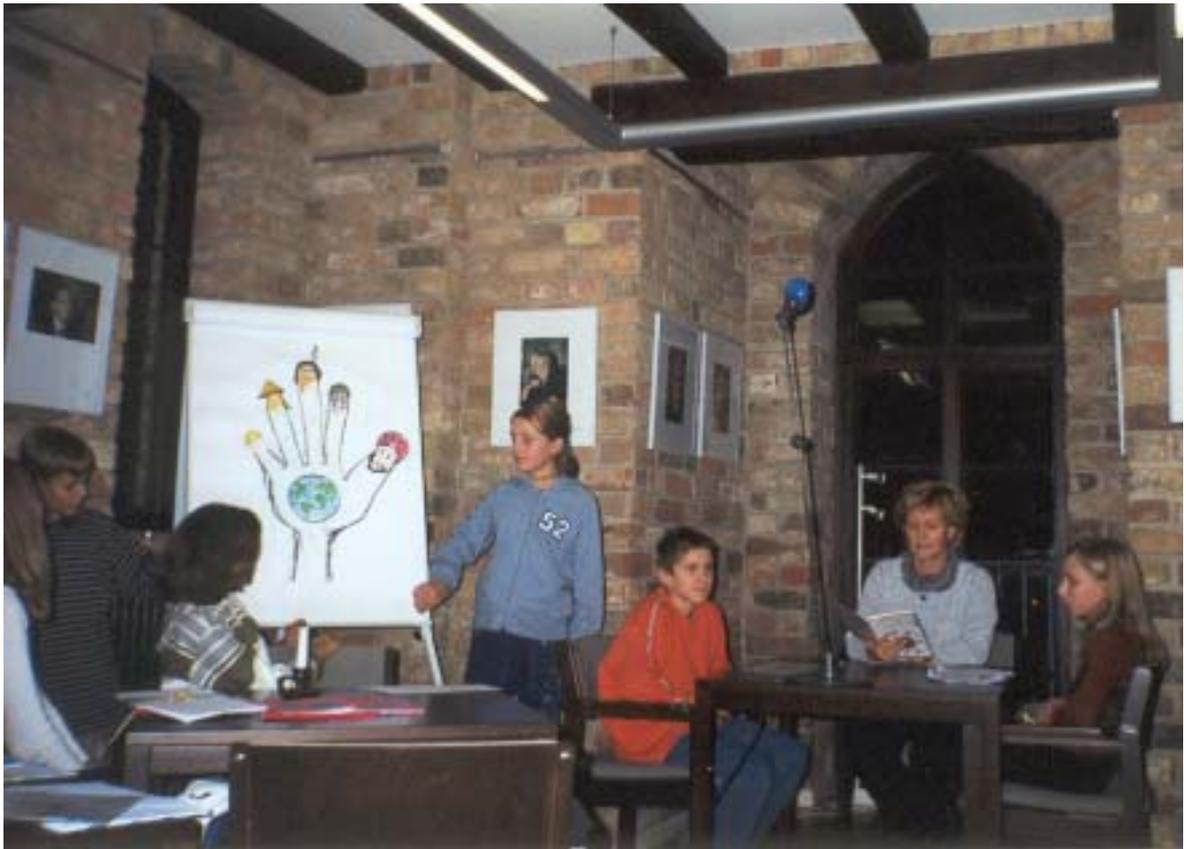


Foto: I. Schmidt, Rostock

### 6. Leitkategorie „Soziale Gerechtigkeit“

In der älteren philosophischen und theologischen Diskussion wurde die Idee der Gerechtigkeit als grundlegendes Ordnungsprinzip der Gesellschaft entfaltet. Eingang in die Verfassung fand sie bereits in der Weimarer Republik. Dort wurde in Artikel 151 der Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland proklamiert: *„Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen“.*

Die Bundesrepublik Deutschland orientiert sich ebenfalls an dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit. Sie hat in den Grundgesetzartikeln 3, 20 und 28 (GG) sowohl die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, das Verbot von Benachteiligung oder Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Heimat, Herkunft, Glauben oder Anschauung formuliert wie auch das Sozialstaatsprinzip. Angesichts real unterschiedlicher Ausgangsvoraussetzungen ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, bestehende Diskriminierungen aufgrund von Ungleichheiten abzubauen

und allen Gliedern der Gesellschaft gleiche Chancen und gleichwertige Lebensbedingungen zu ermöglichen.

Die Instrumente, mit denen der Staat diese grundgesetzlichen Forderungen zu realisieren versucht, sind – neben der Rechtsprechung – im Wesentlichen die Sozial-, Familien- und Kommunalpolitik. Insbesondere die Sozialpolitik bemüht sich um die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit, das heißt Start- und Verteilungsgerechtigkeit. Transferleistungen und -zahlungen durch Bund, Länder und Kommunen sind die wichtigsten Mittel in diesem Prozess, der durch Umverteilung zu einer gerechteren Verteilung der individuellen Freiheitsspielräume und Ressourcen in einer Gesellschaft führt.

Umverteilungsprozesse im Sinne der Nachhaltigkeit müssen jedoch berücksichtigen, dass zwischen sozialer Gerechtigkeit und anderen Grundwerten wie Freiheit, Selbstverantwortung, Solidarität und Subsidiarität enge Zusammenhänge bestehen. Solidarität als Bereitschaft, sich für andere mitver-



antwortlich zu fühlen, darf nicht durch Nutzenmaximierer und die fehlende Übernahme von Selbstverantwortung überbeansprucht werden. Anspruchsdenken und Egoismus gefährden die Solidarität. Zur Übernahme von Selbstverantwortung muss man jedoch befähigt werden, die Selbstverantwortung bedarf deshalb der Ergänzung durch Solidarität. Die Funktionsfähigkeit des Solidaritätsprinzips wird wiederum von der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips beeinflusst. Subsidiarität verlangt, dass kein Sozialgebilde Aufgaben an sich ziehen soll, die der Einzelne oder kleinere Sozialgebilde aus eigener Kraft und Verantwortung mindestens gleich gut lösen können. Andererseits sollen die größeren Sozialgebilde die kleineren bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen. Die Solidarität bezieht sich dabei nicht nur auf die gegenwärtige Generation, sie schließt die Verantwortung für die kommenden Generationen ein. Sie erstreckt sich auch auf die globale Dimension kommunalen Handelns und umfasst mit dem „Eine-Welt-Engagement“ auch die Forderung nach Entwicklungsgerechtigkeit.

Die Leitkategorie „Soziale Gerechtigkeit“ versucht, anhand von neun Indikatoren diese verschiedenen Aspekte abzubilden:

- **Betreuung von Kindern**
- **Geschlechtergerechtigkeit**
- **Kommunales Engagement für Jugendliche**
- **Engagement für Behinderte**
- **Bezahlbarer Wohnraum**
- **Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt**
- **Bildungschancen für Migranten**
- **Kommunales Eine-Welt-Engagement**
- **Einrichtungen für Kinder und Jugendliche**

Der Indikator misst die Zahl der Plätze:

- in Kinderkrippen und Krabbelstuben, bezogen auf die Kinder von eins bis unter drei Jahre,
- in Kindergärten und Kindertagesstätten, bezogen auf die Kinder von drei bis unter sechs Jahre und
- in Horten und vergleichbaren Einrichtungen, bezogen auf die Kinder von sechs bis unter 13 Jahre.

### Hintergrund

Hinsichtlich der Angebote der Kinderbetreuung befindet sich Deutschland im europäischen Vergleich im Mittelfeld. Nach dem Bericht der Europäischen Kommission für Kinderbetreuung sind in den skandinavischen Ländern die Kinderbetreuungsmöglichkeiten weit umfangreicher ausgebaut.<sup>28</sup> In Westdeutschland waren für 2,2 Prozent der Kinder bis drei Jahren und für 5,1 Prozent der Altersgruppe von 6 bis 10 Jahren Betreuungsplätze verfügbar. In Schweden dagegen waren für 33 Prozent der Kinder bis unter 3 Jahren und für 64 Prozent der Kinder in der Altergruppe von 6 bis 10 Jahren Betreuungsplätze vorhanden. Innerhalb von Deutschland bestehen immer noch große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. In den neuen Bundesländern gibt es ein bedeutend weiter ausgebautes Angebot an Betreuungseinrichtungen als in den alten Bundesländern. In Ostdeutschland hatten 41,3 Prozent der unter dreijährigen Kinder einen Betreuungsplatz, in Westdeutschland dagegen nur 2,2 Prozent. Auch bei der Gruppe der 6 bis 10-jährigen ist der Unterschied bezüglich der Betreuungsplätze sehr groß: In Ostdeutschland wurden 34,1 Prozent dieser Altersgruppe und in Westdeutschland nur 5,1 Prozent betreut.

Foto: M. Walter



<sup>28</sup>) Vgl. [www.se-zeitung.at/se42000/europa.htm](http://www.se-zeitung.at/se42000/europa.htm)

<sup>29</sup>) Vgl. Büchel, Felix & Katharina Spieß (2002)

<sup>30</sup>) Vgl. [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

<sup>31</sup>) Vgl. Büchel, Felix & Katharina Spieß (2002)

Ein ausreichendes Angebot von Betreuungsmöglichkeiten ist vor allem für allein Erziehende von großer Bedeutung. Allein Erziehende sind in der Regel auf öffentliche Betreuungsmöglichkeiten angewiesen, um am Erwerbsleben teilhaben zu können. Für diese Gruppe bedeutet der Verzicht auf einen Arbeitsplatz ein hohes Armutsrisiko. Erneut wird im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung darauf hingewiesen, dass diese Gruppe besonders von Einkommensarmut betroffen ist. Ein bedarfsgerechtes und verfügbares Angebot an Kindertageseinrichtungen würde somit die (potenzielle) Abhängigkeit allein Erziehender von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II deutlich reduzieren.<sup>29</sup> Eine Verbesserung des Angebots von Kinderbetreuungsmöglichkeiten ist für diese Gruppe dringend erforderlich, da die Zahl der allein Erziehenden seit 1996 um drei Prozent angestiegen ist. Im Mai 2003 gab es 2,2 Millionen allein Erziehende.<sup>30</sup> Entsprechend steigt der Bedarf an Betreuungsplätzen für deren Kinder.

Im weiteren sind es vor allem gut ausgebildete Frauen, die die vorhandenen Betreuungsmöglichkeiten nutzen. In Westdeutschland ist der Anteil an Frauen mit Hochschulabschluss unter den Müttern von Kindern, die eine Krippe, einen Ganztagskindergarten oder einen Hort besuchen, überdurchschnittlich hoch.<sup>31</sup>

### Arbeitsanleitung

Bei diesem Indikator werden die vorhandenen Plätze in Kinderkrippen, Kindergärten und Horten erfasst, unabhängig davon, ob diese Plätze genutzt werden oder nicht. Demgegenüber steht die Zahl der Kinder in dem entsprechenden Alter. Krippen sind Einrichtungen, die Kinder im Alter unter drei Jahren aufnehmen. In Kindergärten werden in der Regel Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt aufgenommen. Horte bieten eine Betreuungsmöglichkeit für Schüler. Wichtige Kriterien für Horte sind die Mittagsverpflegung, die Hausaufgabenbetreuung und die Freizeitbetreuung der Kinder bis 16:00 Uhr. Ein Sonderfall sind Kindergärten, die bereits zweieinhalbjährige Kinder aufnehmen. In diesem Fall werden die Plätze für diese Kinder bei den Kindergartenplätzen mitgezählt. Damit verbessert sich das Ergebnis der Kommune hinsichtlich der Situation in den Kindergärten.

*Ein wichtiger Aspekt „zukunftsfähiger Kommunen“ ist ein gutes Angebot an Einrichtungen für Kinder und Jugendliche.*

**Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“**

Laut der Wettbewerbsergebnisse ist die Spanne zwischen den Angeboten der Krippenplätze sehr hoch. Sind in manchen Orten Kinderkrippen fast unbekannt, so sind sie in anderen Städten und Gemeinden, meist in den neuen Bundesländern, völlig selbstverständlich.

Anzahl der Plätze, die in Kinderkrippen, Krabbelstuben etc. zur Verfügung stehen, pro 100 Kinder im Alter von ein bis unter drei Jahren am 31. Dezember 2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Nur drei der zehn Kommunen haben Krippenplätze erfasst		
Bis 15.000 EW	Weissach im Tal 36	14	3
Bis 100.000 EW	Strausberg 66	16	1
Über 100.000 EW	Rostock 71	24	3

Wenn wir von den Durchschnittswerten bei den Kindergartenplätzen ausgehen, so kann deutschlandweit fast von einer Vollversorgung gesprochen werden. Während es in einigen Städten und Gemeinden deutlich mehr Plätze als Kinder im Kindergartenalter sind, gibt es auf der anderen Seite doch einige Städte mit deutlich weniger Kindergartenplätzen als Kinder. Da es seit 1996 bundesweit ein Recht auf einen wohnortnahen Kindergartenplatz gibt, sind diese Zahlen sehr erstaunlich.

Anzahl der Plätze, die in Kindergärten und Kindertagesstätten zur Verfügung stehen, pro 100 Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren am 31. Dezember 2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Vörstetten 162	105	63
Bis 15.000 EW	Lichtenstein 172	118	85
Bis 100.000 EW	Riedstadt 134	107	88
Über 100.000 EW	Gera 144	110	86

Bei den Horten fällt der Unterschied zwischen Ost und Westdeutschland am größten aus. Sind Horte in den westdeutschen Teilnehmerkommunen sehr selten, so sind sie in den ostdeutschen die Regel.

Anzahl der Plätze, die in Horten und vergleichbaren Einrichtungen zur Verfügung stehen, pro 100 Kinder im Alter von sechs bis unter vierzehn Jahren am 31. Dezember 2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Nur zwei der zehn Kommunen haben Hortplätze erfasst		
Bis 15.000 EW	Lichtenstein 48	12	2
Bis 100.000 EW	Strausberg 49	9	0,2
Über 100.000 EW	Erfurt 46	16	4

**Datenquelle**

Kommunalstatistik, Jugendamt, Schulverwaltungsamt



Der Indikator misst den Anteil an Frauen und Männern

- in Leitungspositionen in der Kommunalverwaltung,
- in den Kommunalparlamenten und
- in Leitungspositionen in den drei größten Unternehmen vor Ort.

Den Teilindikator „Kommunalparlament“ empfehlen wir für alle Kommunen und die Teilindikatoren „Kommunalverwaltung“ und „Unternehmen“ für Städte und Gemeinden über 15.000 Einwohner.

### Hintergrund

In der Agenda 21 von Rio 1992 wird die Erhöhung des Frauenanteils bei politischen Entscheidungsträgern gefordert. Im deutschen Bundestag liegt der Frauenanteil bei derzeit 32,2 Prozent. Nur fünf von 14 Bundesministern sind Frauen.

Im Mikrozensus 2000 gaben nur elf Prozent der abhängig beschäftigten<sup>32</sup> Frauen an, als Führungskraft oder mit herausgehobener Tätigkeit beschäftigt zu sein. Bei den abhängig erwerbstätigen Männern waren es dagegen 20 Prozent. Je nach Altersklasse war dieses Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern sehr unterschiedlich ausgeprägt: In der Altersgruppe der unter 30-Jährigen waren Frauen und Männer mit jeweils sieben Prozent als Führungskräfte gleich stark vertreten. Aber mit zunehmendem Alter zeigt sich das Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern. Bei den Männern steigt diese Rate mit zunehmendem Alter: Unter den 45- bis 60-jährigen Männern nehmen 25 Prozent der abhängig Erwerbstätigen Führungspositionen ein, bei den Frauen dagegen waren nur 12 Prozent der 45- bis 60-Jährigen.

*Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Männern und Frauen in Führungspositionen sollte in einer zukunftsfähigen Kommune selbstverständlich sein.*



Der Karriereknick von Frauen im Alter von 30 bis 45 Jahren ist vor allem familiär bedingt. 85 Prozent der anspruchsberechtigten Haushalte nehmen die Elternzeit. Der Väteranteil ist von 1,5 Prozent (2001) auf 4,9 Prozent (2004) angestiegen. Bei 60 Prozent der Eltern in Elternzeit ist der Vater während der ersten zwei Lebensjahre des Kindes in Vollzeit erwerbstätig und die Mutter geht keiner Erwerbstätigkeit nach. Dem Wiedereinstieg von Frauen nach der Babypause kommt daher eine hohe Bedeutung zu, um die beruflichen Perspektiven von Frauen zu verbessern. Erleichtert wird dieser Wiedereinstieg insbesondere durch das Angebot von Teilzeitstellen.

Teilzeitstellen werden vor allem von Frauen genutzt. Über 40 Prozent der abhängig beschäftigten Frauen arbeiten in Teilzeit, Männer dagegen nur zu 5,5 Prozent.<sup>33</sup> Allerdings werden Teilzeitstellen vor allem bei Führungspositionen selten angeboten.<sup>34</sup> Als leistungsstark, engagiert und aufstiegsorientiert gilt bei Führungskräften noch immer, wer lange Arbeitszeiten einbringt. Eine Bewertung erfolgt in der Regel unabhängig von der qualitativ und quantitativ geleisteten Arbeit.<sup>35</sup> Diese Einstellung vermindert die beruflichen Chancen für alle Menschen, die neben ihrer Erwerbsarbeit auch Familienaufgaben wahrnehmen wollen.

Erschwerend für den Aufstieg von Müttern auf der Karriereleiter ist das immer noch geltende Senioritätsprinzip, nach dem Arbeitnehmer mit zunehmendem Alter und Betriebszugehörigkeit immer weiter aufsteigen. Der durch Kinder bedingte Bruch im Erwerbsleben zwingt die Mütter, sich nach diesem Prinzip auf der Karriereleiter wieder „unten anzustellen“.

### Arbeitsanleitung

Die Daten zu den Beschäftigten in der Kommunalverwaltung und zur Zusammensetzung der Kommunalparlamente liegen der Kommunalverwaltung vor. Bei den Daten bezüglich der Leitungspositionen in der Kommunalverwaltung wird der Anteil der Frauen in den drei höchsten Hierarchieebenen erhoben. Die Abfolge der Hierarchieebenen lautet in der Regel Oberbürgermeister/Bürgermeister – Dezernent/Beigeordneter – Amtsleiter/Fachbereichsleiter. Bei der Erhebung werden Angestellte und Beamte erfasst. In kleinen Gemeinden gibt es manchmal auch nur zwei Hierarchieebenen, die eine Leitungsposition einnehmen.

Foto: bilderbox.de

<sup>32)</sup> Zur Zahl der abhängig Beschäftigten gehören alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, einschließlich der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Beamten

<sup>33)</sup> Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (2003)

<sup>34)</sup> Forschungsgruppe Hamburg F.G.H.(1999)

<sup>35)</sup> Chudziak, Gisela (1999)



Der Frauenanteil bei den Führungskräften in Unternehmen muss direkt bei den Unternehmen erfragt werden. Die Größe des Unternehmens richtet sich nach der Anzahl der Beschäftigten.

Bei der Bewertung des Indikators wurde das Verhältnis von 50 Prozent zu 50 Prozent als Orientierungsrahmen für Geschlechtergerechtigkeit in Politik, Verwaltung und Unternehmen zugrunde ge-

legt. In der Regel sind es Männer, die die Mehrheit in den Leitungspositionen in der Kommunalverwaltung, in der Wirtschaft und in den Kommunalparlamenten haben.

In einer zukunftsfähigen Kommune sollten gleich viele Frauen wie Männer in verantwortlichen Positionen in Politik, Kommunalverwaltung und Unternehmen tätig sein.

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

In Städten und Gemeinden aus den neuen Bundesländern ist laut der Ergebnisse des Wettbewerbs der Frauenanteil in der Kommunalverwaltung sehr hoch. In Großstädten sind die Frauenanteile tendenziell höher als in kleinen Gemeinden. Zudem sind in der Kommunalverwaltung anteilig weit mehr Frauen in Führungspositionen vertreten als in Unternehmen.

Zu beachten ist, dass immer nur die Abweichung vom Verhältnis 50 Prozent zu 50 Prozent angegeben wird. Der Wert 10 Prozent in Germering bedeutet, dass dort 60 Prozent der Männer und 40 Prozent der Frauen Leitungspositionen in der Kommunalverwaltung inne haben.

Abweichung des Anteils von Frauen und Männern an der Zahl aller Angestellten und Beamten in Leitungspositionen in der Kommunalverwaltung im Verhältnis von 50%:50% am 31. Dezember 2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Germering 10,0%	31,5%	50,0%
Über 100.000 EW	Bezirk Neukölln 0,8%	23,5%	38,4%

Abweichung des Anteils von Frauen und Männern an der Zahl der gewählten Mandatsträger im Verhältnis von 50%:50% am 31. Dezember 2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Vörstetten 16,7%	29,5%	42,3%
Bis 15.000 EW	Poing 10,0%	28,1%	46,4%
Bis 100.000 EW	Germering 2,5%	22,1%	36,5%
Über 100.000 EW	Rostock 2,8%	16,1%	24,2%

Abweichung des Anteils von Frauen und Männern an der Zahl aller Personen in Leitungspositionen in den drei größten Unternehmen im Verhältnis von 50%:50% am 31. Dezember 2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Riedstadt 19,2%	36,1%	50,0%
Über 100.000 EW	Gera 16,6%	34,6%	46,2%

### Datenquelle

Gesonderte Erhebung, Personalamt

Der Indikator misst die Höhe der kommunalen Ausgaben für die Jugendarbeit sowie kommunale Zuschüsse an freie Träger der Jugendarbeit bezogen auf die Anzahl aller Jugendlichen. Wir empfehlen diesen Indikator für Kommunen über 15.000 Einwohner.

### Hintergrund

Kinder und Jugendliche von heute werden in wenigen Jahren ins Erwerbsleben einsteigen. Die Kompetenzen und Fähigkeiten, die erforderlich sind, um den künftigen Aufgaben gewachsen zu sein, werden in der Jugend vermittelt. Die Jugendarbeit kann und soll Jugendlichen den Rahmen dafür bieten. Sie umfasst Maßnahmen wie beispielsweise jugendkulturelle Veranstaltungen, Ferien- und Freizeitunternehmungen, internationale Begegnungen, politische Bildung, Mitarbeit in Gremien, Seminare und Schulungen.

Häufig werden die pädagogischen Leistungen der Jugendarbeit unterschätzt. Nach Ansicht von Prof. Dr. Kolbmüller werden sie oft „auch nur unter dem Gesichtspunkt Prävention betrachtet, also daran gemessen, wie viele Kinder und Jugendliche von Straftaten oder anderen unerwünschten Dingen abgehalten werden. Dabei ist die Fachwelt sich inzwischen einig, dass Jugendarbeit auch einen

wesentlichen Beitrag zur Jugendbildung leistet. Er ist schwerer zu fassen als der Beitrag der Schule, weil sein Ergebnis nicht in Noten und Zeugnissen festgehalten werden kann. Seit den Pisa-Studien wissen wir aber, dass schulischer Erfolg oft Voraussetzungen hat, die die Schule allein nicht herstellen kann. Er setzt immer auch die Förderung informeller Bildungsprozesse voraus, die ja das eigentliche Feld von Jugendarbeit sind: Entwicklung des Selbstbewusstseins, Vertretung eigener Interessen, Einüben des fairen Umgangs miteinander, Teilhabe am öffentlichen Leben sind Bereiche, in denen Jugendarbeit Unverzichtbares leistet.“<sup>36</sup>

Die Befragung von Jugendlichen zum verfügbaren Angebot an Jugendzentren/Jugendclubs führte zu einem negativen Ergebnis.<sup>37</sup> Nur knapp ein Viertel der jungen Deutschen ist damit zufrieden. Dagegen äußerten sich Dreiviertel der befragten Jugendlichen und jungen Erwachsenen positiv zum verfügbaren Angebot an Sportstätten.

Der Begriff der Jugendarbeit ist im §11 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) geregelt. „(1) Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen.“<sup>38</sup> Die Kommunen als Träger der Jugendhilfe sind daher verpflichtet, Jugendarbeit anzubieten und zu fördern. In vielen

*Investitionen in die Jugend von heute bedeutet Förderung für die Erwachsenen von morgen.*



<sup>36</sup> <http://www.uni-hildesheim.de/de/2511.htm>

<sup>37</sup> Vgl. ipos (2002)

<sup>38</sup> <http://www.sgbviii.de/S86.html>

Fällen wird die Jugendarbeit nicht von der Kommune, sondern von freien Trägern übernommen. Art und Weise sowie der Umfang der Jugendarbeit sind jedoch nicht genau festgelegt. Laut dem Paragraphen 79 im KJHG haben die öffentlichen Träger wie die Kommunen einen angemessenen Anteil der für die Jugendhilfe bestimmten Mittel für die Jugendarbeit zu verwenden. Ein einklagbarer Rechtsanspruch besteht jedoch nicht.

In den kommunalen Haushalten sind die Ausgaben für die Jugendarbeit daher häufig mit dem Vermerk „freiwillige Leistung“ geführt. In Zeiten knapper kommunaler Kassen, wie dies gegenwärtig in Deutschland der Fall ist, werden solche Leistungen in vielen Fällen gekürzt. Im Sinne einer zukunftsfähigen Kommunalentwicklung ist eine kommunale Jugendarbeit aber unverzichtbar.

### Arbeitsanleitung

Die Ausgaben für die Jugendhilfe werden bei diesem Indikator nicht erfasst. Auf die Höhe der Jugendhilfe haben die Kommunen nur einen geringen Einfluss. Den Umfang der Jugendarbeit hingegen kann die Kommune weitgehend selbst bestimmen, deshalb wurde der Indikator in dieser Hinsicht eingegrenzt.

Aus dem kommunalen Haushaltsplan können alle Ausgaben der Jugendarbeit angegeben werden. Das Statistische Bundesamt führt diese Ausgaben in der



Foto: PixelQuelle.de

Regel unter der Kostenstelle Nr. 451 „Jugendarbeit“. Viele kommunale Haushalte weichen aber in ihrer Struktur von dieser vorgegeben Form ab. Zum Teil werden unter dieser Kostenstelle auch andere Haushaltstitel abgerechnet. Zum Teil stehen Haushaltstitel, die zu den Ausgaben der Jugendarbeit zählen, unter einer anderen Kostenstelle. Deshalb müssen die Haushaltstitel einzeln geprüft werden, ob ihnen Ausgaben der Jugendarbeit zugeordnet sind. In den Erläuterungen auf der beigefügten CD-Rom wird ausführlich definiert, welche Ausgaben der Jugendarbeit bei diesem Indikator erfasst werden können.

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Laut den Ergebnissen scheint der Pflichtaufgabe „Jugendarbeit“ in den Städten und Gemeinden in sehr unterschiedlichem Umfang nachgekommen zu werden. Interessant ist der Vergleich mit dem Indikator „Kommunale Schulden“, denn der Stand der Schulden steht jedenfalls nach den Ergebnissen dieses Wettbewerbs in keinem Zusammenhang mit den Ausgaben für die Jugendarbeit! Ein niedriger Schuldenstand der Kommune muss daher keineswegs bedeuten, dass in großem Umfang Geld in die Jugendarbeit investiert wird.

Höhe der kommunalen Ausgaben für die Jugendarbeit sowie kommunale Zuschüsse in Euro an freie Träger der Jugendarbeit bezogen pro Kind oder Jugendlicher zwischen 10 und 18 Jahren im Jahr 2002

Teilnehmerklasse	Beste(r) Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Rüsselsheim 384	153	33
Über 100.000 EW	Freiburg 322	195	75

### Datenquelle

Kämmerei

Der Indikator misst den Anteil von Schwerbehinderten im Erwerbsleben. Wir empfehlen diesen Indikator für Kommunen über 15.000 Einwohner.

### Hintergrund

1999 waren bundesweit 6,6 Millionen amtlich anerkannte Schwerbehinderte mit gültigem Ausweis registriert. Dies entsprach einem Anteil von rund 8 Prozent der Bevölkerung. Drei Viertel der Schwerbehinderten waren 55 Jahre und älter, der Anteil der unter 25-jährigen war mit 3,9 Prozent relativ gering. 86,2 Prozent der Behinderungen waren krankheitsbedingt, nur 2,5 Prozent durch Unfälle oder eine Berufskrankheit verursacht.<sup>39</sup>

Ein Schlüssel für die Integration von Behinderten in der Gesellschaft ist die Erwerbsarbeit Schwerbehinderter. *„Nicht selten folgt einer Behinderung der berufliche Abstieg oder das dauerhafte Ausscheiden aus dem Erwerbsleben. Dabei sind nicht nur erhebliche materielle Einbußen hinzunehmen, auch die soziale Rolle in anderen sozialen Beziehungen und das bisherige Selbstbild wird in Frage gestellt.“*<sup>40</sup>

Nach dem Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter und dem Sozialgesetzbuch sind Arbeitgeber mit mehr als 20 Beschäftigten verpflichtet, fünf Prozent der Arbeitsplätze mit schwerbehinderten Menschen zu besetzen. Für

jeden nicht besetzten Pflichtplatz müssen pro Monat und je nach Erfüllungsgrad der Pflichtquote 105 Euro bis 260 Euro Ausgleichsabgabe gezahlt werden.<sup>41</sup>

Im Jahr 2001 betrug die Beschäftigungsquote 3,8 Prozent. Bei dem gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtsatz von fünf Prozent wären 978.500 Plätze mit schwer behinderten Menschen zu besetzen gewesen. Tatsächlich gab es aber nur 768.400 Plätze für schwer behinderte Arbeitnehmer. Die Zahl der unbesetzten Pflichtplätze betrug 328.300. Bei privaten Arbeitgebern lag die Beschäftigungsquote bei 3,4 Prozent, bei öffentlichen Arbeitgebern bei 5,1 Prozent.

59.200 der 151.600 Arbeitgeber mit mehr als 20 Beschäftigten hatten überhaupt keine schwer behinderten Menschen beschäftigt. Dagegen hatten 30.900 Arbeitgeber alle Pflichtplätze – teilweise sogar weit darüber hinausgehend – mit schwer behinderten Menschen besetzt. Arbeitgeber mit weniger als 250 Beschäftigten geben deutlich weniger Schwerbehinderten Arbeit als Arbeitgeber mit mehr als 250 Beschäftigten.<sup>42</sup> Arbeitgeber, die Schwerbehinderte beschäftigen, werden nicht nur von der Ausgleichsabgabe befreit. Im Einzelfall geben die Agenturen für Arbeit Zuschüsse für die Einrichtung zum Beispiel behindertengerechter Arbeitsplätze.<sup>43</sup>

*Die Integration behinderter Menschen ist ein wichtiges Anliegen einer zukunftsfähigen Kommune.*



Foto: I. Schmidt, Rosock

<sup>39</sup>) Vgl. Statistisches Bundesamt (2003b)

<sup>40</sup>) Zentrum für Planung und Evaluation Soziale Dienste Uni Siegen (2004)

<sup>41</sup>) <http://www.lvr.de/FachDez/Soziales/Sozialausschuss/Informationen/soz03050611169.pdf>.

<sup>42</sup>) <http://www.arbeitsagentur.de/Presse/Info/055/2004>

<sup>43</sup>) Ebenda



Trotz der gesetzlichen Regelungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter liegt die Arbeitslosenquote Schwerbehinderter deutlich über dem Durchschnitt. Im Jahr 2001 waren 163.900 Schwerbehinderte arbeitslos gemeldet. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 15,8 Prozent. Im Vergleich dazu lag die allgemeine Arbeitslosenquote 2001 bei 10,3 Prozent.

### Arbeitsanleitung

Die Zahl der schwer behinderten Beschäftigten in der Kommunalverwaltung ist dem Personalamt bekannt.

Die entsprechende Zahl in den drei größten Unternehmen vor Ort muss bei diesen erfragt werden.

Die Größe der Unternehmen bezieht sich auf die Zahl der dort beschäftigten Personen. Die Unternehmen sind nicht verpflichtet diese Daten herauszugeben. Durch den Datenschutz ist es auch keiner öffentlichen Institution erlaubt, diese Daten herauszugeben. Die Daten liegen aber jedem Unternehmen vor, da sie die Anzahl der schwer behinderten Beschäftigten melden müssen. Falls ein Unternehmen diese Daten nicht herausgibt, kann auf das nächstkleinere zurückgegriffen werden.

Als Orientierung bei der Interpretation dieses Indikators kann auf die gesetzlich vorgeschriebene Mindestquote von fünf Prozent Behinderter unter den Beschäftigten zurückgegriffen werden.

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Die teilnehmenden Kommunalverwaltungen liegen im Durchschnitt über der gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtquote von fünf Prozent. Allerdings gibt es innerhalb der Kommunalverwaltungen große Unterschiede hinsichtlich der Beschäftigung Schwerbehinderter. Der schlechteste Wert in unserem Wettbewerb liegt bei 2,7 Prozent und damit deutlich unter der vorgeschriebenen Quote.

Anteil der schwer behinderten Beschäftigten (ab 50 Prozent) an der Anzahl aller Beschäftigten in der Kommunalverwaltung in Prozent am 31. Dezember 2002.

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Strausberg 9,3 %	5,2 %	2,7 %
Über 100.000 EW	Bezirk Neukölln 8,6 %	5,5 %	3,9 %

Die erstaunliche Zahl von 32,4 Prozent Schwerbehinderte unter den Beschäftigten in den drei größten Unternehmen in Burgdorf ist damit zu erklären, dass in Burgdorf eine Behindertenwerkstatt zu den drei größten Arbeitgebern vor Ort gehört. Der hohe Durchschnittswert bei den Kommunen unter 100.000 Einwohnern könnte damit zusammenhängen, dass einige Unternehmen mit einem sehr geringen Anteil von Behinderten unter ihren Beschäftigten keine Angaben gemacht haben.

Anteil der schwer behinderten Beschäftigten (ab 50 Prozent) an der Anzahl aller Beschäftigten in den drei größten Unternehmen am 31. Dezember 2002.

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Burgdorf 32,4 %	5,5 %	0,8 %
Über 100.000 EW	Gera 5,7 %	2,9 %	1,4 %

### Datenquelle

Personalamt, eigene Erhebung

Dieser Indikator misst den Anteil der Haushalte, die Wohngeld empfangen, an der Zahl aller Haushalte. Wir empfehlen diesen Indikator für Kommunen über 15.000 Einwohner.

### Hintergrund

Das Wohngeld ist ein staatlicher Zuschuss für Mieter oder Eigentümer, die sich durch ein zu geringes Einkommen angemessenen Wohnraum nicht leisten können. Die Höhe des Wohngelds hängt ab von der Zahl der zum Haushalt gehörenden Familienmitglieder, der Höhe des Gesamteinkommens und der Höhe der Miete bzw. der Belastung durch Kredite. Im Jahr 2002 bezogen 1.960.004 Haushalte in Deutschland allgemeines Wohngeld, das sind fünf Prozent der Haushalte. Der durchschnittliche Wohngeldanspruch lag bei 105 Euro pro Monat.

Die Zahl der Wohngeldempfänger ist ein Zeichen dafür, dass sich viele Haushalte ohne diese finanzielle Unterstützung keinen angemessenen Wohnraum leisten können. Dieser Indikator dient daher als ein Indiz für die Verbreitung von Armut in einer Stadt bzw. Gemeinde. Armut ist in Deutschland - statistisch gesehen - nicht eindeutig greifbar. Der Begriff Armut entzieht sich wegen seiner Vielschichtigkeit einer allgemeingültigen Definition.<sup>44</sup> Dem ersten Armuts- und Reichtumsbericht liegt ein der Definition des Rates der EU von 1984 vergleichbar weit gefasstes Armutsverständnis zugrunde. Diesem Verständnis nach gelten die Personen, Familien und Gruppen als arm, „die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mit-

tel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.“<sup>45</sup> Am ehesten kann Armut am Einkommen gemessen werden.

Wenn man Armut am Einkommen misst, so gilt allgemein als arm, wer unter 50 Prozent des durchschnittlichen Einkommens bezieht. Im Jahr 2000 waren das etwa neun Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands.<sup>46</sup> Nach dieser Definition können nicht nur Arbeitslose als einkommensarm gelten, sondern auch Erwerbstätige, die ein sehr geringes Einkommen haben. Häufig betrifft dies Familien mit minderjährigen Kinder, bei denen nur ein Partner erwerbstätig ist und ein niedriges Einkommen hat. Die am Einkommen gemessene Armutsquote von Menschen in Erwerbstätigenhaushalten liegt nur geringfügig unter der allgemeinen Armutsquote. Etwa dreimal so hoch wie für die Gesamtbevölkerung ist dagegen die Armutsquote für Arbeitslose, allein Erziehende, Ausländer und Spätaussiedler.<sup>47</sup> Die Armutsquote nach dem Einkommen kann auf Bundesebene berechnet werden, auf der Ebene der Städte und Gemeinden ist dies jedoch nicht möglich.

Die Zahl der Wohngeldempfänger ist deshalb geeignet, um Armut annähernd abzubilden, weil alle Bevölkerungsgruppen wie Familien mit niedrigem Einkommen, Arbeitslose, allein Erziehende oder Migranten erfasst werden. Wohngeldempfänger müssen nicht unbedingt nach der oben genannten Definition arm sein. Ihre Lage muss aber zumindest als von Armut bedroht angesehen werden.



<sup>44</sup>) Vgl. Bundesregierung (2001)

<sup>45</sup>) Vgl. ebd.

<sup>46</sup>) Vgl. <http://www.schaunichtweg.de>

<sup>47</sup>) Vgl. <http://www.fh-niederrhein.de/fb06/dozenten/baecker/armut.htm>

### Arbeitsanleitung

Durch den Indikator wird indirekt das Mietniveau vor Ort gemessen, denn der Bedarf an Wohngeld wird dem örtlichen Mietniveau angepasst. So wird einerseits gemessen, wie viele Haushalte sich angemessenen Wohnraum leisten können. Zum anderen wird ermittelt, ob bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.

Sozialhilfeberechtigten und Kriegsopferfürsorgeberechtigten steht ein so genannter besonderer Mietzuschuss zu, der zusammen mit der Sozialhilfe oder den Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz ausgezahlt wird. Diese Zahl an Empfängern wird bereits beim Indikator „Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt“ erhoben und wird daher bei diesem Indikator nicht berücksichtigt. Die Daten können bei der Wohngeldstelle der Kommunalverwaltung erfragt werden.

Ein Empfänger von Wohngeld entspricht einem Haushalt, der Wohngeld erhält. Die Zahl der Personen, die Wohngeld bekommen, ist hingegen in der Regel nicht bekannt. Dementsprechend muss bei der Bezugsgröße auf die Zahl der Haushalte in der Kommune zurückgegriffen werden.

Die Zahl der Haushalte ist leider nicht überall statistisch erfasst. Sie kann aus der Kommunalstatistik oder beim Einwohnermeldeamt erhoben werden. Ansonsten kann die Zahl der Haushalte bei den regionalen Entsorgungsunternehmen erfragt werden. Ein weitere Möglichkeit ist, die Zahl der Haushalte näherungsweise aus der Zahl der Einwohner zu berechnen. In einem Haushalt leben im bundesdeutschen Durchschnitt 2,1 Einwohner.

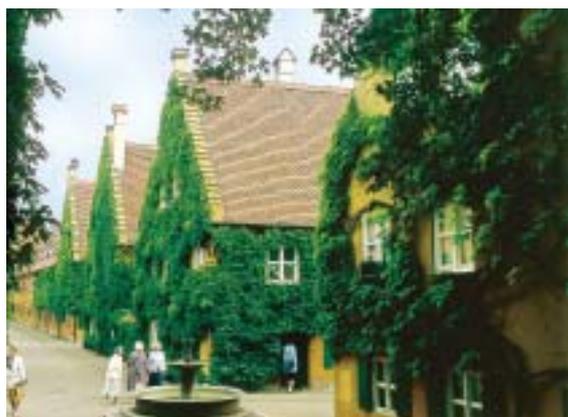


Foto: Stadt Augsburg

*Sozialer Wohnungsbau mit ansprechender Optik – in der Fuggerei in Augsburg gibt es auch heute noch sehr günstige und schöne Wohnungen für Sozialschwache.*

6.5

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Die Ergebnisse zeigen, dass vor allem in einkommensschwachen Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit wie in den neuen Bundesländern die Zahl der Wohngeldempfänger hoch ist. Die Höhe der Mieten dagegen schlägt sich nur geringfügig nieder. Denn in Städten mit hohen Mieten gibt es trotzdem meist relativ wenig Wohngeldempfänger. Wichtig ist dieser Indikator, weil vor allem in Ostdeutschland die Sozialhilfezahlen verglichen mit Westdeutschland etwas niedriger sind, obwohl die Arbeitslosigkeit sehr hoch ist. Die Ergebnisse des Wettbewerbs decken sich mit den Angaben des Statistischen Bundesamts.<sup>48</sup> Dieser Indikator zeigt, dass viele einkommensschwache Haushalte in den neuen Bundesländern trotz vergleichsweise niedriger Mieten auf Wohngeld angewiesen sind.

Anteil der Haushalte, die Wohngeld empfangen, an der Gesamtzahl der Haushalte in Prozent im Jahr 2002

Teilnehmerklasse	Beste Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Augsburg 3,6 %	8,6 %	18,0 %
Über 100.000 EW	Weyhe 2,6 %	8,5 %	31,2 %

### Datenquelle

Empfänger von Wohngeld: Wohngeldstelle der Kommunalverwaltung  
Zahl aller Haushalte: Kommunalstatistik, regionale Entsorgungsunternehmen

<sup>48)</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2004)

Dieser Indikator misst die Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen auf die Einwohnerzahl.

### Hintergrund

„Die Sozialhilfe hat die Funktion, in Not geratenen Menschen ohne anderweitige Unterstützung eine der Menschenwürde entsprechende Lebensführung zu ermöglichen.“<sup>49</sup> Sie wird daher erst gewährt, wenn sich die Personen nicht selber bzw. deren Angehörige dem Menschen nicht helfen können, oder wenn andere Träger, wie beispielsweise die Agentur für Arbeit, nicht zu Sozialleistungen verpflichtet sind.

Die Sozialhilfe wird in zwei Haupthilfearten unterschieden:

- der Hilfe zum Lebensunterhalt und
- der Hilfe in besonderen Lebenslagen.

Die Hilfe zum Lebensunterhalt ist die allgemeine Hilfe, die jedem Menschen zusteht, der seinen Lebensunterhalt nicht aus eigenen Kräften decken kann. Bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen handelt es sich um die Eingliederungshilfe für Behinderte, die Pflege bedürftiger Personen und die Krankenhilfe. Da die Zahl der Behinderten im Er-

werbsleben bereits beim Indikator Engagement für Behinderte erfasst wird, bleibt die Höhe der Hilfe in besonderen Lebenslagen bei diesem Indikator unberücksichtigt.

Die Hilfe zum Lebensunterhalt umfasst Leistungen, die den Bedarf an Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Hausrat usw. decken sollen. Sie setzt sich aus Regelsätzen, einmaligen Leistungen, evtl. Mehrbedarfzuschlägen und den Kosten der Unterkunft zusammen. Der errechnete Bedarf schwankte 2001 zwischen durchschnittlich 581 EURO monatlich für einen Ein-Personen-Haushalt und 1343 EURO für ein Ehepaar mit zwei Kindern. Bis Ende der 60er Jahre gab es im früheren Bundesgebiet etwa eine halbe Million Sozialhilfeempfänger. Diese Zahl stieg bis 1982 auf über eine Million an. Mit der Einbeziehung der neuen Bundesländer 1991 erreichte die Zahl die Zwei-Millionen-Marke. Ende 1997 erreichte sie ihren bisherigen Höchststand mit 2,9 Millionen Sozialhilfeempfängern. Seitdem ist sie rückläufig. Im Jahr 2001 lag die Zahl der Sozialhilfeempfänger bei 2,7 Mill. Personen. Dies entspricht einer Sozialhilfequote von 3,3 Prozent. 2001 waren 37 Prozent der Sozialhilfeempfänger Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, 56 Prozent Frauen und 22 Prozent Ausländer.

*Waren es vor vierzig Jahren viele alte und pflegebedürftige Menschen, die Sozialhilfe erhielten, sind es heute immer mehr alleinerziehende Frauen und deren Kinder.*



Foto: bilderbox.cd



Foto: PixelQuelle.de

<sup>49</sup> Statistisches Bundesamt (2003b), S. 206

### Arbeitsanleitung

Die Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt ist beim örtlichen Sozialamt erhältlich. In manchen Fällen sind nur die Daten des Kreises zu bekommen. In der Regel können die Angaben für jede Kommune erhoben werden.

Die Abfrage ist auf die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt beschränkt. Das bedeutet, dass alle Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt erfasst werden, denen Leistungen für mindestens einen Monat in Form monatlicher Regelsätze gewährt wurden. Empfänger, die nur Tagessätze beim Sozialamt bezogen haben, werden nicht mitgerechnet, da es sich oft um Durchreisende ohne festen Wohnsitz handelt. Mit diesem Indikator soll abgebildet werden, wie viele Sozialhilfeempfänger mit festem Wohnsitz in der Kommune leben. Die Sozialhilfeempfänger in besonderen Lebenslagen werden dagegen nicht erhoben.

Mit der Einführung von Hartz IV am 1. Januar 2005 werden alle erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger „Arbeitslosengeld II“ bekommen, das der Sozialhilfe vergleichbar ist. Die bisherigen Arbeitslosenhilfeempfänger werden zukünftig ebenfalls „Arbeitslosengeld II“ bekommen. Die nicht erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger werden auch weiterhin Sozialhilfe beziehen. Damit sind die bisherigen Daten zu Sozialhilfeempfängern mit den

zukünftigen verfügbaren Daten nicht mehr vergleichbar.

Um annähernd einen Überblick über die Zahl armer Haushalte in der Kommune zu bekommen, sollte der Indikator vor allem im Zusammenhang mit den Indikatoren „Bezahlbarer Wohnraum“ und „Arbeitslosigkeit“ betrachtet werden. Denn die Sozialhilfe bildet nicht alle Fälle „armer Haushalte“ in der Kommune ab. Hinzu kommt, dass nicht alle Menschen ihre berechtigten Ansprüche wahrnehmen. Es ist nicht bekannt, um wie viele Personen es sich dabei handelt.<sup>50</sup> Nach einer Studie vom Frankfurter Institut für Sozialberichterstattung und Lebenslagenforschung im Auftrag der Caritas (1998) kommt auf einen Sozialhilfeempfänger eine Person, die ihre Rechte nicht wahrnimmt.<sup>51</sup>



Foto: bildbox.cd

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Je kleiner die Orte sind, desto weniger Sozialhilfeempfänger wurden angegeben. Diese Tendenz kann aus den Ergebnissen des Wettbewerbs herausgelesen werden. In den neuen Bundesländern gibt es zahlreiche Städte und Gemeinden, in denen die Arbeitslosenquote sehr hoch, aber die Rate der Sozialhilfeempfänger sehr niedrig ist.<sup>51</sup>

Anteil der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt an der Gesamtzahl aller Einwohner in Prozent am 31. Dezember 2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Gessertshausen 0,5 %	1,0 %	2,1 %
Bis 15.000 EW	Neunkirchen a. B. 0,4 %	3,0 %	14,8 %
Bis 100.000 EW	Weinstadt 1,1 %	3,5 %	10,6 %
Über 100.000 EW	Gera 1,2 %	5,0 %	12,5 %

### Datenquelle

Kommunalstatistik, Sozialamt, für kreisangehörige Kommunen: Landratsamt

<sup>50</sup> Vgl. Bundesregierung (2001)

<sup>51</sup> Vgl. <http://home.t-online.de/home/boa-muenchen/n0105020.htm>

<sup>52</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2004)

Bei diesem Indikator wird der Anteil der ausländischen und deutschen Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss in Beziehung gesetzt zur Gesamtzahl der ausländischen bzw. deutschen Schulabgänger mit Hauptschulabschluss. Wir empfehlen diesen Indikator für Kommunen über 15.000 Einwohner.

### Hintergrund

Im Jahr 2000 besuchten 950.490 ausländische Schüler allgemein bildende Schulen in Deutschland, das entsprach 9,5 Prozent der Schüler. Dabei gibt es große Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern sowie zwischen Großstädten und ländlichen Räumen. In einer westdeutschen Großstadt geht anteilmäßig ein Vielfaches mehr an ausländischen Schülern zur Schule als im ländlichen Raum in den neuen Bundesländern.

Im Schuljahr 2002/2003 waren 8,5 Prozent der Abgänger an allgemein bildenden Schulen ausländischer Herkunft. 7,9 Prozent der deutschen Schüler und 19,2 Prozent der ausländischen Schüler verließen die Schule ohne Hauptschulabschluss. 24,8 Prozent der deutschen Schüler und nur 8,9 Prozent der ausländischen Schüler erreichten die allgemeine Hochschulreife.<sup>53</sup>

In der Pisa-Studie 2000 wurden die Lesekompetenz und die mathematischen Fähigkeiten von Schülern der neunten Klasse getestet und weltweit verglichen. Laut dieser Studie schneiden Migranten in Deutschland in allen untersuchten Kompetenzbereichen wesentlich schlechter ab als Kinder und Jugendliche, deren Väter und Mütter in Deutschland geboren wurden. 20 Prozent der extrem schwachen Leser sind Migranten, deren Väter und Mütter zugewandert sind. Dagegen lesen 9 Prozent der deutschen Schüler sehr schlecht.<sup>54</sup> Während Schüler, deren beide Eltern in Deutschland geboren wurden, im Jahr 2000 zu 31 Prozent ins Gymnasium und zu 24 Prozent in die Hauptschule gingen, besuchten fast 50 Prozent der Schüler aus Migrationsfamilien die Hauptschule und nur 9 Prozent das Gymnasium. Im internationalen Vergleich der Pisa-Studie schneidet Deutschland hinsichtlich der Integration der Migranten damit sehr schlecht ab.<sup>55</sup>

Mehr als 70 Prozent der jugendlichen Migranten, die in der Pisa-Studie getestet wurden, haben vom Kindergarten bis zum Ende der Pflichtschulzeit durchgehend Bildungseinrichtungen in Deutschland besucht. Die Schwäche der Migrantenschüler kann daher als Schwäche des deutschen Bil-

*Sprachförderungen in Kindergärten und Grundschulen erhöhen die Bildungschancen von Migranten.*



<sup>53</sup>) Vgl. [http://www.destatis.de/themen/d/thm\\_bildung1.php](http://www.destatis.de/themen/d/thm_bildung1.php)

<sup>54</sup>) Vgl. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (2001)

<sup>55</sup>) Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (2003)



dungssystemen verstanden werden, auch wenn das Elternhaus den entscheidenden Einfluss auf die Sprachentwicklung der Kinder hat. Die Grundlagen für den Schulerfolg werden früh gelegt. Interessant in dieser Hinsicht ist eine Studie aus Berlin. Dort wurde anhand der Einschulungsuntersuchung von 28.000 Kindern die Sprachbeherrschung getestet. Nach diesen Ergebnissen spricht fast die Hälfte der türkischen Kinder bei der Einschulung nicht ausreichend Deutsch.<sup>56</sup> Diesem Umstand können Kommunen durch die Förderung der deutschen Sprechkompetenz in den Kindergärten entgegenwirken.

### Arbeitsanleitung

Die Statistischen Landesämter verfügen in der Regel über die Daten. Allerdings ist für die Auswertung auf kommunaler Ebene eine Sonderauswertung notwendig. Deshalb sind diese Angaben zum Teil kostenpflichtig. Oft liegen die Daten auch nur auf der Kreisebene vor. Alternativ ist eine Erhebung bei den örtlichen Schulen möglich.

Es wird in diesem Indikator nur nach den Hauptschulabgängern gefragt, da die Gymnasien und die

Realschulen oft keine Angaben zum Ausländeranteil machen können. In Gesamt-, Mittel-, Regel-, Regional- und Sekundarschulen werden alle Schüler erfasst, die durch die erfolgreiche Absolvierung der neunten Klasse einen Hauptschulabschluss erworben haben und die Schule nicht weiter besuchen, um einen höheren Abschluss zu erwerben.

Berechnet wird das jeweilige Verhältnis von ausländischen bzw. deutschen Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss zu ausländischen bzw. deutschen Schulabgängern mit Hauptschulabschluss. Ein Ergebnis könnte zum Beispiel lauten: In einer Stadt verlassen im Verhältnis zu den Schulabgängern mit Hauptschulabschluss dreimal mehr Migranten die Schule ohne Hauptschulabschluss als Deutsche.

In Kommunen unter 15.000 Einwohnern oder mit einem sehr geringen Ausländeranteil hat der Indikator nur geringe Aussagekraft, weil die Datenbasis zu klein ist. Das Ergebnis wird dort zu sehr von Einzelfällen beeinflusst. Um Ergebnisse differenziert betrachten zu können, ist es hilfreich zu wissen, aus welchen Nationen die Migranten stammen und zu welcher Zeit sie zugewandert sind.

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Bei den Ergebnissen des Wettbewerbs fällt auf, dass der Durchschnittswert bei den großen Städten höher ist als bei den kleineren Orten. Möglicherweise hängt dies mit dem großen Anteil ostdeutscher Städte in der Teilnehmerklasse der Großstädte zusammen. Werte über 2,1 wurden nur von Städten und Gemeinden in den alten Bundesländern erzielt. Die Aussagekraft in ostdeutschen Kommunen ist oft sehr eingeschränkt, da dort nur sehr wenige Ausländer leben. Der sehr gute Wert von Gera ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass es dort im Schuljahr 2002/2003 nur einen ausländischen Hauptschulabgänger gab.

Anteil der ausländischen Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen ausländischen Hauptschulabgängern im Verhältnis zum Anteil der deutschen Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen deutschen Hauptschulabgängern zum Ende des Schuljahres 2002/2003

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Halberstadt/Hassloch 0	2,5	8,7
Über 100.000 EW	Gera 0	1,5	2,9

### Datenquelle

Statistische Landesämter, im Bundesland Thüringen beim Kultusministerium.  
Gesonderte Erhebung bei den Hauptschulen

<sup>56)</sup> Vgl. <http://www.isoplan.de/aid/2003-1/forschung.htm>

Dieser Indikator misst die Höhe der kommunalen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit bezogen auf die Einwohnerzahl der Kommune.

### Hintergrund

Etwa jeder fünfte Mensch auf der Erde lebt in extremer Armut und muss mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen.<sup>57</sup> Viele der Ärmsten in dieser Welt sind Kinder. Meistens bleiben die Kinder armer Eltern arm. Besonders betroffen sind Frauen und Mädchen. 70 Prozent der Armen sind weiblich.

2002 wurden nur 0,27 Prozent des Nationaleinkommens in Deutschland für die Entwicklungshilfe und damit für die weltweite Armutsbekämpfung ausgegeben. Seit 1980 ist der Anteil der Entwicklungshilfe am Nationaleinkommen um ein Drittel gesunken.<sup>58</sup> Die derzeitige Finanzlage der Bundesregierung lässt befürchten, dass dieser Anteil noch weiter sinken wird.

Kommunales Eine-Welt-Engagement wirkt immer zweifach: zum einen durch die direkte Hilfe für betroffene Menschen in armen Ländern und zum anderen durch einen in Gang kommenden Prozess der Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung vor Ort. Durch kommunale Projekte wird die Möglichkeit geschaffen, dass sich Kommunalverwaltung und –politik sowie auch Bürgerinnen und Bürger eher mit der Eine-Welt-Arbeit identifizieren können. Das kommunale Eine-Welt-Engagement macht die Sorgen und Nöte anderer Länder in den jewei-

ligen deutschen Städten und Gemeinden bekannt. Damit werden die Menschen für die Probleme in ärmeren Ländern sensibilisiert. Darüber hinaus werden durch die Eine-Welt-Arbeit vor Ort direkte Kontakte geknüpft und es entstehen internationale Netzwerke.<sup>59</sup> Daher ist es von großer symbolischer Bedeutung, wenn in einer Kommunalverwaltung nur noch fair gehandelter Kaffee angeboten wird oder nur noch fair gehandelte Blumen bei Ehrungen übergeben werden. Der Gedanke des fairen Handels wird hier in breitere Schichten hineingetragen. Erfolge der kommunalen Eine-Welt-Arbeit können häufig nur bedingt gemessen werden. Beispielsweise werden oft Sachspenden direkt weitergegeben, deren Wert in keiner Bilanz auftaucht.

Städtepartnerschaften sind sehr häufig die Ausgangsbasis für kommunale Eine-Welt-Aktivitäten. So findet beispielsweise oft auch ein beidseitiger Austausch von Schülern oder Studierenden statt. Durch Spendenaufrufe etwa werden bestimmte Projekte in der Partnerstadt unterstützt. Darüber hinaus kann die Kommune ihre Partnerstadt auch in aktuellen Krisensituationen, wie zum Beispiel Naturkatastrophen, mit Geld und Sachspenden beistehen. Im Rahmen der Städtepartnerschaft kann zudem fairer Handel mit Betrieben aus der Partnerstadt initiiert und gefördert werden. Unabhängig von Städtepartnerschaften gibt es oft Aktionen für konkrete Projekte in armen Regionen dieser Welt, die von örtlichen Eine-Welt-Gruppen initiiert und von der Kommune unterstützt werden.

<sup>57</sup> Vgl. <http://www.bmz.de/de/themen/armut/hintergrund/index.html>

<sup>58</sup> Vgl. Welthungerhilfe und terre des hommes Deutschland e. V. (2002)

<sup>59</sup> Vgl. Deutsches Institut für Urbanistik (2002)



Foto: Ökostation Freiburg

Bei dem vom baden-württembergischen Umweltministerium geförderten Projekt „Die blaue Schatzkiste“ in der Ökostation Freiburg lernen Kinder spielerisch fremde Erdteile kennen.

### Arbeitsanleitung

Die Ausgaben für das kommunale Eine-Welt-Engagement werden in der Regel in keiner gesonderten Kostenstelle erfasst. Die größten Posten sind meistens die Ausgaben für Städtepartnerschaften. Ob die Ausgaben für eine Städtepartnerschaft zum Eine-Welt-Engagement zählen, hängt vom jeweiligen Land ab, in dem die Partnerstadt liegt. Klassische Städtepartnerschaften mit Frankreich oder einem anderen Land der EU werden nicht mitgerechnet. Partnerschaften mit osteuropäischen Städten werden nur dann mitgezählt, wenn die jeweiligen Länder nicht der EU beigetreten sind.

Zu den Ausgaben für die Städtepartnerschaften werden noch die kommunalen Zuschüsse für Eine-Welt-Organisationen und Eine-Welt-Läden hinzugezählt. Auch die finanzielle Unterstützung entwicklungspolitischer Veranstaltungen und der Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Eine-Welt werden mitgerechnet. Die Ausgaben von Kirchen oder anderen ehrenamtlichen Organisationen vor Ort oder Sammelaktionen an Schulen werden nicht bei der Erhebung der Zahlen berücksichtigt.

Auch die Ausgaben einer Kommune für fair gehandelte Produkte wie Kaffee werden oft nicht

gesondert erfasst. Diese können bei Betreibern von Kantinen etc. erfragt werden. Dabei können auch alle Kantinen der Eigenbetriebe hinzugezählt werden.

Foto: Gemeinde Weissach im Tal



Besuch eines Kaffeebauern aus Peru – die Gemeinde Weissach im Tal bezieht dessen Kaffee über einen Dritte-Welt-Laden.

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

28 der 54 Teilnehmerkommunen mit mehr als 5.000 Einwohnern haben Angaben zum Eine-Welt-Engagement gemacht. Die neun Gemeinden unter 5.000 Einwohnern nannten keine Zahlen bei diesem Indikator. Das Eine-Welt-Engagement macht nur einen sehr geringen Teil der kommunalen Ausgaben aus. Insbesondere für fair gehandelte Produkte werden oft nur sehr geringe Summen ausgegeben. Gelder für das Eine-Welt-Engagement werden fast nur im Rahmen von Städtepartnerschaften ausgegeben. Direkte Geldzuwendungen für Eine-Welt-Projekte werden nur selten durch Kommunen getätigt.

Summe der laufenden kommunalen Ausgaben für das Eine-Welt-Engagement und kommunale Ausgaben für fair gehandelte Produkte in Euro pro 1.000 Einwohner im Jahr 2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Wurde von keiner Kommune unter 5.000 EW erhoben		
Bis 15.000 EW	Zeulenroda 1239 EURO	322 EURO	11 EURO
Bis 100.000 EW	Wolfenbüttel 839 EURO	301 EURO	7 EURO
Über 100.000 EW	Hildesheim 392 EURO	205 EURO	9 EURO

### Datenquelle

Kämmerei, gesonderte Erhebung bei den Kantinen etc.

Der Indikator misst den Anteil an Einwohnern, die im Umkreis von maximal einem bzw. zwei Kilometern eines Kindergartens, einer Grundschule oder einem Jugendhaus bzw. Jugendtreff wohnen. Wir empfehlen diesen Indikator für Kommunen bis einschließlich 15.000 Einwohner.

### Hintergrund

Jedes Kind in Deutschland hat einen Anspruch auf einen wohnortnahen Kindergartenplatz. Der Begriff „wohnortnah“ ist aber interpretationsfähig. In manchen Fällen gibt es trotz des gesetzlichen Anspruchs keinen Kindergartenplatz im Ort. Fast alle Kinder von drei bis sechs Jahren besuchen in Deutschland einen Kindergarten. Die Nähe des Kindergartens ist wichtig für Eltern, um ihre Kinder zu Fuß dorthin bringen zu können, aber auch für Kinder, die auf ihrem täglichen Fußweg zum Kindergarten ihre nächste Umgebung kennen lernen können. Eine Entfernung von über 1.000 Metern ist dagegen vor allem für Kindergartenkinder als Fußweg zu lang. Dadurch liegt es nahe, aus Zeitersparnis die Kinder mit dem Auto in den Kindergarten zu fahren.

Im Jahr 2000 gingen 3,4 Millionen Kinder in Deutschland zur Grundschule.<sup>60</sup> Wegen rückläufiger Schülerzahlen sind manche Grundschulen von der Schließung bedroht. Die Grundschule vor Ort ist ein Mindestangebot für Familien, über die jede ländliche Gemeinde bzw. Kleinstadt verfügen sollte. Je näher die Kinder an der Grundschule wohnen, desto besser. Denn dann können sie zu Fuß in die Schule gehen. Unterwegs können sie spielen oder ihre Schulfreunde kennen lernen. Wenn die Grundschüler im Umkreis von 2.000 Metern zur

Schule wohnen, können sie diese Strecke mit dem Fahrrad oder mit dem Bus problemlos zurücklegen.

Für Jugendliche ist ein Jugendhaus oder ein Jugendtreff vor Ort eine wichtige Möglichkeit, ihre Freizeit im Ort zu verbringen und gemeinsam zu gestalten. Dort können sie sich treffen und vorhandene Freizeitangebote in Anspruch nehmen. Vor allem im ländlichen Raum sind die kommerziellen Angebote oft sehr einseitig und wenig attraktiv. Ein Jugendhaus bzw. Jugendtreff im Ort verbindet die Jugendlichen auch mit der heimischen Gemeinde. Das Jugendhaus ist eine wichtige Ergänzung zum Angebot der örtlichen Vereine.

### Arbeitsanleitung

Der Indikator wird nur in Kommunen unter 15.000 Einwohnern erhoben. In größeren Kommunen sind die erfragten Einrichtungen in der Regel vorhanden. Zudem kann dieser Indikator in kleinen Gemeinden problemlos erhoben werden, während die Datenerhebung in Großstädten mit einem immensen Aufwand verbunden ist.

Bei der Erhebung wird auf einem Stadtplan (z.B. Maßstab 1:10.000 oder Maßstab 1:5.000) ein Kreis geschlagen. Der Radius entspricht bei Kindergärten 1.000 Meter und bei Grundschulen sowie Jugendeinrichtungen 2.000 Meter, ausgehend von der jeweiligen Einrichtung.

Erfasst werden soll die Anzahl aller Bewohner, die in den Gebäuden innerhalb der Kreise leben. Bei kleinen Gemeinden ist das oft recht einfach, weil meist fast der ganze Ort innerhalb des Kreises liegt. Dann muss nur die Zahl der Einwohner außerhalb des Kreises ermittelt werden. Unter Angabe der Straßennamen können die genauen Einwohnerzahlen beim Einwohnermeldeamt erhoben werden.

Für eine vorausschauende Kindergarten- und Schulplanung ist es sehr empfehlenswert, die potenziellen zukünftigen Kindergarten- und Schuljahrgänge regelmäßig zu ermitteln, um in der Kindergarten- und Schulplanung auf Jahrgangsspitzen und -schwächen vorbereitet zu sein.

*Ein ausreichendes Angebot an Einrichtungen für Kinder und Jugendliche spricht für eine familienfreundliche Kommunalpolitik.*



Foto: platte+partner, Hamm

<sup>60</sup> Vgl. Kultusministerkonferenz (2002)



### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Fast alle Städte und Gemeinden haben diese drei Teilindikatoren erhoben.

Nur in drei Kommunen wohnen 100 Prozent der Einwohner in höchstens 1.000 Metern Entfernung vom nächsten Kindergarten. Mit nur 39 Prozent schneiden zwei süddeutsche Gemeinden am schlechtesten ab.

Anteil der Einwohner, die im Umkreis von weniger als 1.000 Metern (Luftlinie) zum nächsten Kindergarten wohnen, an der Einwohnerzahl in Prozent am 31. Dezember 2003

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Gorxheimer Tal, Riegel, Mönkebude 100 %	80 %	39 %
Bis 15.000 EW	Teningen 98 %	86 %	51 %

Die Erreichbarkeit bei den Grundschulen liegt auf einem ähnlichen Niveau wie bei den Kindergärten. Es haben nur wenige Gemeinden am Wettbewerb teilgenommen, bei denen es keine Grundschule in zumutbarer Entfernung gibt.

Anteil der Einwohner, die im Umkreis von weniger als 2.000 Metern (Luftlinie) zur nächsten Grundschule wohnen, an der Einwohnerzahl in Prozent am 31. Dezember 2003

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Vörstetten 99 %	81 %	54 %
Bis 15.000 EW	Markgröningen, Weissach im Tal 100 %	86 %	54 %

Ein sehr eindrücklicher Befund aus dem Wettbewerb ist die Tatsache, dass es in den teilnehmenden Kommunen bis 15.000 Einwohner häufiger Jugendhäuser als Grundschulen gibt. Gerade in kleinen Gemeinden scheint die Wichtigkeit eines Jugendhauses erkannt worden zu sein. Dies spricht für das kommunale Engagement kleiner Gemeinden für Jugendliche, da die Kommunen meist der Träger der Jugendhäuser und somit für deren Ausstattung verantwortlich sind.

Anteil der Einwohner, die im Umkreis von 2.000 Metern (Luftlinie) zum nächsten Jugendhaus/Jugendtreff wohnen, an der Einwohnerzahl in Prozent am 31. Dezember 2003

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Mönkebude 100 %	91 %	72 %
Bis 15.000 EW	Markgröningen, Schwanstetten, Altstadt 100 %	86 %	60 %

### Datenquelle

Gesonderte Erhebung

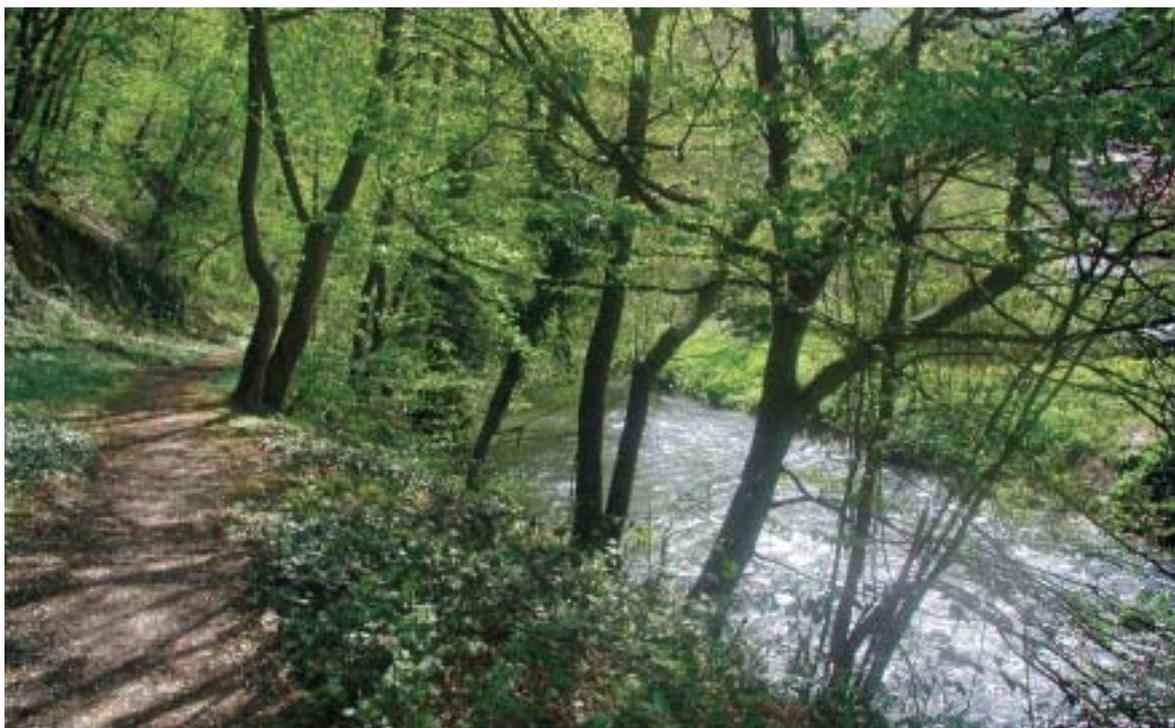
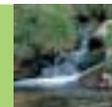


Foto: PixelQuelle.de

### 7. Leitkategorie „Umweltqualität und Ressourceneffizienz“

Häufungen von Extremwetterereignissen wie die „Jahrhundertstürme“ und das „Jahrhunderthochwasser“ haben in den letzten Jahren sehr deutlich gemacht, dass technischer Fortschritt und wirtschaftlicher Erfolg nicht ausreichen, um Leben, Gesundheit und Wohlstand zu sichern, sondern dass hierfür eine intakte Umwelt notwendig ist. Tatsächlich hat sich die Zahl der großen Naturkatastrophen in den 1990er Jahren gegenüber den 1960er Jahren mehr als verdreifacht. Es ist damit zu rechnen, dass aufgrund des globalen Klimawandels in den kommenden Jahrzehnten Stürme, Hochwasser und andere Folgen extremer Wetterlagen weiter zunehmen werden – vor allem auch in Mitteleuropa.

Die Hauptursache des globalen Klimawandels ist der zum größten Teil vom Menschen verursachte Treibhauseffekt und damit letztlich der hohe Energieverbrauch vor allem in den hoch industrialisierten Ländern. In Deutschland hat der Primärenergieverbrauch in den 1990er Jahren zwar insgesamt um 4,9 Prozent abgenommen, der Verbrauch der privaten Haushalte ist jedoch um sieben Prozent und der des Verkehrs sogar um mehr als 15 Prozent gestiegen – bei einer Zunahme der Bevölkerung um lediglich 2,8 Prozent.<sup>61</sup>

Der globale Klimawandel hat noch andere Auswirkungen, die möglicherweise folgenschwerer sein werden als die Wetterkatastrophen: Die sich abzeichnenden Verschiebungen der Klimazonen und Veränderungen der jahreszeitlichen Temperatur- und Niederschlagsmuster in einigen Regionen. Sie werden wahrscheinlich dramatische Folgen für Flora, Fauna und landwirtschaftliche Erträge – auch in Europa – haben.

Einher geht diese Entwicklung mit dem drastischen Verlust an Tier- und Pflanzenarten. Jedes Jahr sterben rund 6000 Tierarten aus. 13 Prozent der Vögel, 25 Prozent der Säugetiere und 34 Prozent der Fische sind stark in ihrem Bestand bedroht. Das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten bedeutet allerdings nicht nur einen unersetzlichen Verlust an biologischer Vielfalt, sondern es gehen auch unschätzbare genetische Ressourcen verloren. Auch in Deutschland sind viele frei lebende Arten durch die Zerstörung natürlicher Lebensräume bedroht, immer mehr Arten werden auf kleine Restgebiete zurückgedrängt. Der Artenschwund wird sich als Folge des Klimawandels noch verschärfen, die Hauptursache ist jedoch bisher der „Rohstoffhunger“ der Industrieländer. Jährlich werden weltweit 17 Milliarden Hektar Wald, die vierfa-

<sup>61</sup>) Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2002)



che Fläche der Schweiz, vernichtet, vor allem, um den Bedarf an Bauholz und Papiererzeugnissen zu decken.<sup>62</sup>

Städte und Gemeinden, die in ihnen lebenden Menschen und die dort wirtschaftenden Unternehmen tragen nicht nur einen großen Teil der Verantwortung für den Zustand der natürlichen Umwelt vor Ort. Vor dem oben beschriebenen Hintergrund leisten etliche Städte und Gemeinden seit Jahren einen Beitrag, um die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und wieder herzustellen. Sie können durch einen schonenden Umgang mit energetischen und stofflichen Ressourcen sowie konsequente Beachtung der begrenzten Belastbarkeit der Ökosysteme wesentlich zur Lösung regionaler und sogar globaler Probleme beitragen. So versuchen sie, ihren Verbrauch an natürlichen Ressourcen auf ein nachhaltiges Niveau zu reduzieren oder die Inanspruchnahme von Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke – die gegenwärtig bei täglich 130 Hektar in Deutschland liegt – durch die Wiedernutzung von Brachen zu verringern.

Darüber hinaus haben sie sich entschieden, folgende Regeln bei der Planung und Entscheidung zu beachten:

- Eingriffe und Einträge von Stoffen in die Umwelt dürfen die Funktionsfähigkeit ökologischer Systeme nicht stören.
- Die Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft müssen erhalten bleiben.
- Der Einsatz nicht erneuerbarer Ressourcen muss reduziert werden. Sie dürfen nur in dem Umfang genutzt werden, in dem sie durch erneuerbare Ressourcen oder erhöhte Produktivität ersetzt werden können.
- Die Abbaurate erneuerbarer Ressourcen darf die natürliche Regenerationsrate nicht übersteigen.

Im Indikatorensatz des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“ wird die Umweltqualität und die Ressourceneffizienz in Städten und Gemeinden anhand von elf Indikatoren bewertet:

- **Geschützte Natur**
- **Flächenverbrauch**
- **Sparsamer Umgang mit Flächen**
- **Qualität der Fließgewässer**
- **Trinkwasserverbrauch**
- **Abfall**
- **Niedriger Energie-Einsatz**
- **Umwelt- und ressourcenschonende Energieerzeugung**
- **Verkehrsmittelwahl**
- **Bäume auf der Siedlungsfläche**
- **Vorkommen der Mehlschwalbe**

<sup>61)</sup> Vgl. Umweltbundesamt (2002)

Gleich M. u.a. (2000)

World Watch Institute (1998)

Dieser Indikator misst die Größe der Natura 2000 Gebiete und der unter Naturschutz stehenden Flächen bezogen auf die Gesamtfläche der Kommune.

### Hintergrund

Ohne den Eingriff des Menschen wäre Deutschland größtenteils von Laubmischwäldern bewachsen. Diese Urwälder gibt es nicht mehr. Bereits seit dem Mittelalter wird fast jedes Stück Land in Mitteleuropa durch den Menschen genutzt. Der bis vor 100 Jahren üblichen, kleinteiligen, bäuerlichen Bewirtschaftung der Wiesen und Felder hatte sich eine Vielzahl an Tieren und Pflanzen angepasst. Die Einführung des Kunstdüngers vor etwa 100 Jahren, der Einsatz von Pestiziden, die Vergrößerung der Felder durch Flurbereinigung und die ab den 20er Jahren einsetzende Mechanisierung haben den Lebensraum dieser Tiere und Pflanzen stark verändert. Die Lebensräume von vielen Tier- und Pflanzenarten verschwanden. Einige der damals häufigen Tier- und Pflanzenarten gibt es heute nicht mehr in Deutschland.

Der Gedanke, seltene Tiere und Pflanzen in Deutschland zu schützen, begann sich bereits im Zuge der Romantik gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu verbreiten. 1923 wurde der Drachenfelsen im Siebengebirge als erstes Naturschutzgebiet

ausgewiesen. Schon bald erkannten die Naturschützer, dass es nicht möglich ist, eine einzelne Art zu schützen. Es muss immer der ganze Lebensraum geschützt werden, und dieser hängt von der jeweiligen Landnutzung ab. Naturschutz bedeutet daher in vielen Fällen, eine althergebrachte Landnutzung zu erhalten. Er heißt dagegen nicht, die Menschen aus den Naturschutzgebieten herauszuhalten. Dies bekräftigte im Jahr 2004 Bundesumweltminister Trittin: „*Naturschutz heißt nicht, einen Zaun um Flächen zu legen. Vielmehr geht es darum, den Menschen die Naturschätze näher zu bringen*“.<sup>63</sup>

In Deutschland betrug die Naturschutzgebietsfläche 1.009.513 Hektar (ha) Ende des Jahres 2002. Das entsprach 2,8 Prozent der Gesamtfläche der Bundesrepublik Deutschland. In Naturschutzgebieten werden Natur und Landschaft insgesamt oder in Teilen streng geschützt. Eine landwirtschaftliche Nutzung ist keineswegs generell ausgeschlossen. Deren Fortführung ist in vielen Fällen sogar notwendig, um den Bestand der seltenen Lebensräume zu erhalten.

Mit dem Inkrafttreten der Fauna-Flora-Habitatrichtlinie (FFH-Richtlinie) im Mai 1992 zur „Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen“ ist erstmals ein umfassendes rechtliches Instrumentarium zum Lebensraum-

*In einer zukunftsfähigen Kommune gibt es genügend Lebensraum für schützenswerte Pflanzen und Tiere.*



<sup>63</sup> Vgl. [http://www.bfn.de/03/0311\\_nsg.htm](http://www.bfn.de/03/0311_nsg.htm)



und Artenschutz in der Europäischen Union geschaffen worden.<sup>64</sup> Nach europaweit einheitlichen Kriterien werden die zu schützenden Arten und Lebensraumtypen kartiert. Das Schutzgebietssystem Natura 2000 ist in Deutschland zusätzlich mit der Umsetzung in nationales Recht im April 1998 rechtsverbindlich geworden und schließt auch die Gebiete nach der Vogelschutz-Richtlinie der EU ein. Die Art und Weise, wie die zu schützenden Arten und Lebensräume erhalten werden sollen, wird in der FFH-Richtlinie nicht vorgeschrieben. Viele FFH-Gebiete sind bereits Naturschutzgebiete und haben daher einen gesetzlichen Schutzstatus. FFH-Gebiete können in der späteren Folge als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden. Die Bundesregierung ist aber zum Schutz der Arten und Lebensräume in den gemeldeten Gebieten verpflichtet. Bisher sind 3.215.083 ha FFH-Flächen gemeldet worden. Dies entspricht 6,7 Prozent des Bundesgebiets. Wenn man die Nachmeldeabsichten der Bundesländer hinzuzählt, sind es etwa 4.200.000 Hektar, was 9,2 Prozent der Gesamtfläche Deutschlands entspricht.

### Arbeitsanleitung

Die gemeldeten Natura 2000 Gebiete sind der unteren Naturschutzbehörde bekannt. Allerdings werden die Grenzen der Gebiete oft nur auf einer Karte im Maßstab 1:25.000 sehr grob festgelegt. Erfasst ist die Gesamtfläche eines Gebiets. Wenn sich das Gebiet aber auf mehrere Gemeindegebiete erstreckt, ist nicht ausgewiesen, wie sich die Fläche auf die einzelnen Gemeindegebiete verteilt. Dieser Wert muss anhand der vorliegenden Karten so genau wie möglich ermittelt werden.

Einige Naturschutzgebiete, Nationalparke und flächenhafte Naturdenkmale werden nicht als Natura 2000 Gebiet gemeldet, weil zum einen die Lebensraumtypen oder die Arten, die als Kriterien für ein Natura 2000 Gebiet verlangt werden, nicht vorhanden sind, oder weil das Gebiet nur sehr klein ist bzw. eine sehr untergeordnete Rolle hat. Diese Gebiete werden aufgrund ihres hohen Schutzstatus zusätzlich erhoben.

Landschaftsschutzgebiete werden bei diesem Indikator nicht mitgezählt, da solche Gebiete über einen weit geringeren Schutzstatus als die zu erhebenden Gebiete verfügen.

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

In Deutschland gibt es kleine Orte wie Mönkebude, wo das gesamte Gemeindegebiet geschützt ist. Doch sogar einige Großstädte verfügen über große Schutzgebiete. In Rostock, zum Beispiel, ist über die Hälfte des Stadtgebietes geschützt. Dem gegenüber stehen Städte und Gemeinden, in denen nur ein verschwindend geringer Anteil der Fläche unter Schutz steht. Wir sind uns darüber bewusst, dass dieser Indikator auch die Verteilung der verschiedenen Natur- bzw. Kulturräume in Deutschland abbildet. An der Ostseeküste gibt es seltenere Lebensraumtypen als zum Beispiel in einer ausgeräumten Bördenlandschaft, in der die Flächen bereits seit 80 Jahren im industriellen Maßstab landwirtschaftlich bewirtschaftet werden.

Anteil der als Natura 2000 Gebiet oder als Naturschutzgebiet, Naturdenkmal oder als Nationalpark ausgewiesenen Fläche an der Gemarkungsfläche in Prozent (%) am 31. Dezember 2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Mönkebude 100%	38%	2,00%
Bis 15.000 EW	Lichtenstein 13%	5%	0,30%
Bis 100.000 EW	Hassloch 24%	8%	0,02%
Über 100.000 EW	Rostock 56%	16%	0,40%

### Datenquelle

Untere Naturschutzbehörde, Grünflächenamt

<sup>64</sup> Vgl. <http://www.bfn.de/03/0303.htm>

Der Indikator setzt sich aus zwei Teilindikatoren zusammen, und zwar:

- der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche der Kommune und
- der Siedlungsdichte, d.h. die Zahl der Einwohner bezogen auf die Siedlungs- und Verkehrsfläche der Kommune.

### Hintergrund

Jede Sekunde 15 Quadratmeter oder ca. 47.000 Hektar pro Jahr – das ist die Fläche, die derzeit in Deutschland zugebaut wird.<sup>65</sup> Ungebremste Neuausweisung von Wohnbau- und Gewerbegebieten steht im Widerspruch zu einer nachhaltigen Gemeinde- und Stadtentwicklung. In den vergangenen vierzig Jahren hat sich die Siedlungsfläche im früheren Bundesgebiet nahezu verdoppelt. Der Trend der Siedlungsflächenzunahme hat sich weitgehend von der Einwohnerentwicklung entkoppelt. „*Standen jedem Bewohner 1950 im früheren Bundesgebiet 350 Quadratmeter Siedlungsfläche zur Verfügung, waren es 1997 bereits 500 Quadratmeter.*“<sup>66</sup>

Im Zeitraum von 1993 bis 2002 stieg die Flächeninanspruchnahme durch Siedlungen und Verkehrsinfrastruktur (10,1 Prozent) schneller als die Bevölkerung (1,8 Prozent). Hauptursachen für diese Entwicklung sind der gewachsene Wohlstand, die gestiegenen individuellen Raumnutzungsansprüche sowie die Bebauung und Neuausweisung von Wohn- und Gewerbeflächen im größeren Umfang in den ostdeutschen Bundesländern.<sup>67</sup> Die Ausweitung der Siedlungs- und Verkehrsfläche in diesem Zeitraum fand verstärkt in weniger dicht besiedelten Räumen statt, was dort durch die niedrigeren Baulandpreise begünstigt wird.

Im Zeitraum von 1997 bis 2000 ist im Bundesmittel die Siedlungs- und Verkehrsfläche je Einwohner von 513 Quadratmeter auf 529 Quadratmeter angestiegen. Das bedeutet, dass die Siedlungsdichte und damit die Auslastung von Infrastruktur weiter abnehmen.<sup>68</sup> Diese Entwicklung wird begünstigt durch die Tatsache, dass viele städtische Brachen nicht wiedergenutzt werden sowie vor allem in den neuen Bundesländern umfangreiche Leerstände in den Innenstädten und in Plattenbausiedlungen bestehen.

Die zunehmende Flächeninanspruchnahme hat Beeinträchtigungen und eine ökologische „Entwertung“ von Natur und Landschaft zur Folge. Für viele Tier- und Pflanzenarten bedeutet eine Flächenzerschneidung vor allem durch den Neubau von Straßen eine Verinselung und somit irreversiblen Verlust an Lebensraum. Mit der Flächeninanspruchnahme kann eine Verschlechterung des Stadtklimas einhergehen. Dazu kommt der Verlust naturnaher Erholungsflächen und fruchtbarer Böden. Zudem wirkt sich die vermehrte Versiegelung negativ auf die Grundwasserneubildungsrate aus. Durch die verschlechterte Retention der Niederschlagswasser erhöht sich die Gefahr von Hochwasser.

Aus Sicht der Kommunen bedeuten eine Ausweitung ihres Siedlungsgebietes in Form locker bebauter Wohngebiete höhere Folgekosten bei der Infrastruktur, insbesondere hinsichtlich der ungünstigeren Erschließung der Wohngebiete mit Bussen und Bahnen etc. Auf lange Sicht ist es viel günstiger, innerstädtische Brachen zu sanieren als an den Stadt- bzw. Gemeindegrenzen neue, aufgelockerte Siedlungen entstehen zu lassen.



Foto: PixiQuelle.de

*Jede Sekunde 15 Quadratmeter oder 47.000 Hektar pro Jahr – das ist die Fläche, die derzeit in Deutschland zugebaut wird.*

<sup>65</sup> Vgl. Dosch, Fabian (2002)

<sup>66</sup> Troge, Andreas & Wulf Hülsmann (2002), S. 9

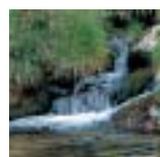
<sup>67</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2003a)

<sup>68</sup> Vgl. Dosch, Fabian (2002)

**Arbeitsanleitung**

Indem wir den Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche der Kommune ermitteln, messen wir a) die ökologische Entwertung von Naturräumen und b) näherungsweise den Versiegelungsgrad in der Kommune. Optimal wäre es, nur die tatsächlich versiegelte Fläche, also die Flächen von Wohn- und Gewerbegebäuden, befestigten Grundstücksteilen, Straßen und Plätzen zu erfassen. Diese Zahlen sind in der Regel jedoch nicht verfügbar. Nur Kommunen, die eine Niederschlagswasserabgabe erheben, haben oft den tatsächlichen Grad der Versiegelung ermittelt. Dennoch gibt dieser Teilindikator wichtige Hinweise zum Versiegelungsgrad und kann somit handlungsleitend bei der künftigen Flächenplanung sein.

Der Indikator „Siedlungsdichte“ besagt, wie viele Menschen auf einem Hektar Siedlungs- und Verkehrsfläche leben. Er zeigt, ob die für Wohn-, Arbeits- und Verkehrszwecke verwendeten Flächen effizient genutzt werden. Je geringer die Siedlungsdichte ist, desto höher ist der Aufwand für Infrastrukturleistungen (Abwasser, Straßen etc.) pro Einwohner. Auch die Wirtschaftlichkeit von Bus und Bahn hängt von der Nutzerdichte im Einzugsbereich der Haltestellen entscheidend ab. Deshalb ist im Sinne einer nachhaltigen Kommunalentwicklung eine bauliche Verdichtung des Siedlungsbestands geboten.



7.2

**Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“**

Die Ergebnisse des dritten Wettbewerbsjahres zeigen, dass der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche höher wird, je mehr Menschen in der Kommune leben. Die Größe der Gesamtfläche der Kommune beeinflusst entscheidend das Ergebnis.

Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche in Prozent (2002)

Teilnehmerklasse		Bester Wert		Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis	5.000 EW	Mönkebude	3,8%	10,6%	19,6%
Bis	15.000 EW	Schwanstetten	8,6%	15,6%	28,5%
Bis	100.000 EW	Freudenstadt	11,8%	25,0%	46,5%
Über	100.000 EW	Gera	20,2%	42,2%	95,6%

Quer durch alle Teilnehmerklassen zählen Städte und Gemeinden mit einer hohen Siedlungsdichte entweder zu den Großstädten oder sie befinden sich in der Nähe von Großstädten oder Ballungszentren wie etwa Frankfurt, Stuttgart und München. Je ländlicher die Region ist, desto niedriger ist auch die Siedlungsdichte. Die Ergebnisse des Wettbewerbs spiegeln die Realität in Deutschland wider. Eine Übersicht über die Siedlungsdichte in Deutschland zeigt die Karte auf der Internetseite: [www.bbr.bund.de/raumordnung/siedlung/siedlungsdichte2001.htm](http://www.bbr.bund.de/raumordnung/siedlung/siedlungsdichte2001.htm)

Zahl der Einwohner pro Siedlungs- und Verkehrsfläche in EW pro ha (2002)

Teilnehmerklasse		Bester Wert		Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis	5.000 EW	Vörstetten	31	01	09
Bis	15.000 EW	Lichtenstein	40	23	09
Bis	100.000 EW	Germering	53	26	12
Über	100.000 EW	Berlin-Neukölln	71	39	27

**Datenquelle**

Statistisches Landesamt

Der Indikator setzt sich aus zwei Teilindikatoren zusammen, und zwar:

- der Größe neu erschlossenen Baulands der letzten fünf Jahre bezogen auf die Einwohnerzahl und
- der Wiedernutzung von Brachflächen in den letzten fünf Jahren bezogen auf die Gesamtzahl der Brachflächen.

Wir empfehlen den Teilindikator „Bauland“ für alle Kommunen und den Teilindikator „Brachflächen“ für Kommunen über 15.000 Einwohner.

### Hintergrund

Wie beim Indikator „Flächenverbrauch“ ausgeführt wird, wurden in den letzten Jahren zunehmend mehr Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke in Anspruch genommen. Die Gründe für diese Entwicklung sind vielschichtig. Eine wesentliche Ursache ist ein gesellschaftlicher Wandel. Die Ein-Personenhaushalte nehmen zu, während die Zahl der Familien abnimmt. Hinzu kommen die seit den 50er Jahren mit dem gestiegenen Wohlstand zunehmenden hohen Ansprüche an die Wohnfläche. 1950 lebte eine Person durchschnittlich auf 14 Quadratmeter, 1999 auf 39 Quadratmeter – Tendenz steigend.

Der anhaltende Ausbau von Straßen und Wohnwünsche wie das „Eigenheim im Grünen“, die durch die Förderpolitik wie die Eigenheimzulage und Entfernungspauschale verstärkt werden, haben

flächenaufwändige Siedlungs- und Verkehrsformen zur Folge. Mit den Wohngebieten im Grünen dehnen sich auch Einkaufsgebiete, Handels- und Lagerstätten aus. Funktionsentmischung und zunehmende Distanzen zur Erfüllung von Daseinsfunktionen wie Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeit sind die Folge der Umsetzung des städtebaulichen Leitbilds der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“<sup>69</sup>. Als eine weitere Ursache ist das Bodenpreisgefälle in Stadtregionen zu nennen. Während die Menschen in der Innenstadt hohe Grundstückspreise zahlen, sind in ländlicheren Gebieten die Grundstückspreise im Vergleich zur Stadt um einiges günstiger.

Im Sinne einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung sollten im Innenbereich zuerst freie Flächen bzw. Brachen bebaut werden, bevor neue Wohn- oder Gewerbegebiete auf der grünen Wiese ausgewiesen werden. Denn vielerorts besteht kein Mangel an Bauland, sondern vielmehr die Unkenntnis über das Potenzial. Weil bestehende Reserven und Brachen nicht mobilisiert werden können, wird zu oft zusätzliches Bauland ausgewiesen.

### Arbeitsanleitung

Der Indikator „Baulandzunahme“ dokumentiert, wie viel Bauland pro Einwohner innerhalb eines definierten Zeitraums neu ausgewiesen wurde. Unter dem Begriff „Bauland“ verstehen wir neu in Anspruch genommene Flächen, für welche die Erschließungsmaßnahmen in dieser Zeit abgeschlossen wurden. Die Flächen werden für einen Zeitraum von fünf Jahren erhoben.

Bei der Erhebung des Teilindikators „Bauland“ werden alle in Kraft getretenen Bebauungspläne der letzten fünf Jahre als Grundlage herangezogen. Für diese ausgewiesenen potentiellen Baugebiete muss jeweils beim Bauordnungsamt bzw. Stadtplanungsamt geklärt werden, ob die Erschließungsmaßnahmen abgeschlossen sind.

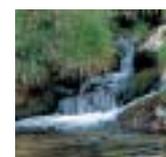
Kriterium für die Datenerhebung sind die abgeschlossenen Erschließungsmaßnahmen. Denn Bebauungspläne legen zwar fest, wie die jeweilige Fläche bebaut werden soll, sagen aber nur eingeschränkt aus, bis wann die Bebauung abgeschlossen sein soll. Wenn die Erschließungsmaßnahmen erfolgt sind, kann in der Regel davon ausgegan-

Foto: Stadt Freiburg



Im Freiburger Quartier Vauban wurden auf einer ehemaligen Konversionsfläche neuer Wohnraum geschaffen. Inzwischen leben dort 4.400 Einwohner.

<sup>69</sup> Vgl. Dosch, Fabian (2002)



gen werden, dass die Flächen bebaut werden. Optimal wäre es, jedes genehmigte oder neu errichtete Gebäude zu erfassen. Leider ist dies nicht in jeder Kommune möglich.

Der Teilindikator „Brachflächen“ bildet ab, inwieweit das innerstädtische Potenzial an Brachen für eine Neubebauung genutzt wird. Brachen sind vormals gewerblich oder militärisch genutzte Flächen, die länger als ein Jahr weder für gewerbliche noch für wohnbauliche Zwecke genutzt wurden und für die keine Umnutzung erfolgt ist. Zur

Vereinfachung werden erst Flächen ab einem halben Hektar Größe erfasst. Diese Angabe bezieht sich nicht auf eine Parzelle, sondern auf die Mindestgröße einer zusammenhängenden Fläche beispielsweise in einem schon bestehenden Stadtteil.

Für eine genauere Erfassung von Brachen ist ein Brachflächenkataster empfehlenswert, in dem alle nicht bebauten oder nicht genutzten innerstädtischen Grundstücke erfasst werden. Ansonsten müssen die Brachflächen vom Stadtplanungsamt erhoben werden.

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Die Durchschnittswerte weisen darauf hin, dass quer durch alle Teilnehmerklassen Städte und Gemeinden einen sehr hohen Baulandbedarf in diesem Zeitraum hatten. Dabei galt: Je kleiner die Kommune, desto höher der Baulandbedarf pro Einwohner in diesem Zeitraum. Diese Entwicklung ist auch im Zusammenhang mit dem positiven Wanderungssaldo vor allem bei kleineren Kommunen zu sehen. Begünstigt wird sie dadurch, dass es wegen der Baulandpreise in ländlichen Gebieten billiger und daher einfacher ist, freistehende Einfamilienhäuser zu bauen als in Ballungsräumen. Allerdings gibt es auch Ausnahmen, wie beispielsweise die Gemeinde Weissach im Tal im Speckgürtel von Stuttgart und die Stadt Neuburg, die kein neues Bauland in diesem Zeitraum erschlossen haben.

Größe des neu erschlossenen Baulands pro Einwohner (qm/EW) im Zeitraum vom 1.01.1998 bis 31.12.2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Gorxheimertal 3,95	17,7	43,3
Bis 15.000 EW	Weissach im Tal 0,00	10,9	47,4
Bis 100.000 EW	Neuburg a.d. Donau 0,00	6,60	19,5
Über 100.000 EW	Dresden 0,53	5,80	15,0

Nur 60 Prozent der teilnehmenden Kommunen haben diese Daten erhoben. Nicht in allen Städten und Gemeinden gibt es das geeignete Instrumentarium, um die Brachflächen vor Ort zu erfassen. Wie die Werte zeigen, wird das Potenzial der Brachflächen nicht ausgeschöpft.

Anteil der wiedergenutzten Brachflächen an den Brachflächen am 31.12.2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Traunstein 100,0 %	38,4%	6%
Über 100.000 EW	Gera 51,4 %	30,8%	10%

### Datenquellen

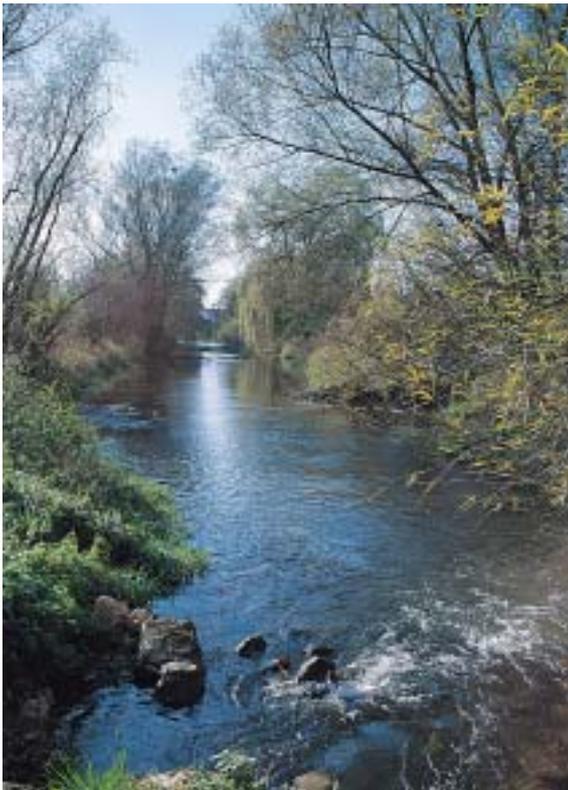
Stadtplanungsamt, Brachenkataster, Bebauungspläne, die in den letzten fünf Jahren in Kraft getreten sind, gesonderte Erhebung

Dieser Indikator misst die Länge der Fließgewässerabschnitte mit einer geringen oder mäßigen Belastung im Verhältnis zur Gesamtlänge der Fließgewässer, die auf ihre biologische Qualität hin untersucht wurden. Wir empfehlen diesen Indikator für Kommunen über 15.000 Einwohner.

### Hintergrund

Gewässer sind Lebensräume für viele Tiere und Pflanzen. Gleichzeitig dienen sie dem Menschen als Transportwege, zur Energieerzeugung sowie zur Freizeitgestaltung. Gewässer können eine hohe wasserreinigende Wirkung haben. 30 Prozent unseres Trinkwassers werden aus Oberflächengewässern gewonnen. Allerdings sind viele Gewässer aufgrund verschiedener Einleitungen belastet und können deshalb nur eingeschränkt als Badegewässer, Fischgewässer oder zur Trinkwassergewinnung genutzt werden.<sup>70</sup>

Foto: G. Thielcke



Seit Jahrzehnten sind Oberflächengewässer verschiedenen Belastungen ausgesetzt. In diese werden nicht nur leicht abbaubare organische Substanzen, sondern auch schwer abbaubare Stoffe wie Düngemittel (insbesondere Nitrat) und Pestizide aus der Landwirtschaft sowie Stickoxide, Schwefelverbindungen und Schwermetalle aus Verkehr und Industrieprozessen eingeleitet.<sup>71</sup> Häufig werden die Grenzwerte von Schwermetallen (vor allem Cadmium, Zink, Nickel und Kupfer), Inhaltsstoffen von Pflanzenschutzmitteln und bestimmten Industriechemikalien (wie chlorierten Kohlenwasserstoffen) überschritten.<sup>72</sup>

Seit den 1970er Jahren wurde viel getan, um Gewässerbelastungen durch das Einleiten von Abwasser zu minimieren. Der Bau und der Betrieb von Kläranlagen sowie die Verringerung der Abwasserbelastung vieler Industriebetriebe durch produktionsinterne Maßnahmen (Kreislaufführung, Substitution von Gefahrstoffen) oder durch Stilllegungen führten zu einer deutlichen Verbesserung der Qualität der Oberflächengewässer. Dagegen beeinträchtigen weiterhin die oben genannten Immissionen aus Landwirtschaft, Verkehr und Industrieprozessen erheblich die Qualität der Gewässer. Ein Vergleich der biologischen Gewässergüteklassifikation der Jahre 1995 und 2000 verdeutlicht die erzielten Erfolge. Entsprachen 47,2 Prozent im Jahr 1995 der Güteklasse II und höher, so waren es 65,1 Prozent der Fließgewässer im Jahr 2000.<sup>73</sup>

Nachdem sich die Wasserqualität vieler Flüsse in Deutschland erheblich verbessert hat, steht nun die ökologische Qualität der Fließgewässer als Lebensraum für Natur und Mensch im Vordergrund der Debatte. Die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) gibt vor, dass bis zum Jahr 2015 alle Gewässer ei-

*Naturnahe und saubere Bäche und Flüsse weisen auf eine zukunftsfähige Umweltpolitik hin.*

<sup>70</sup> Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2001)

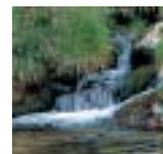
<sup>71</sup> Vgl. <http://home.nikocitiy.de/sapro/presse/press009.htm>

<sup>72</sup> Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2001)

<sup>73</sup> Alle fünf Jahre stellt das Umweltbundesamt nach Angaben der Landesarbeitsgemeinschaft (LAWA) die Werte der biologischen Gewässergüteklassifikation zusammen. Vgl. [www.env-it.de/umweltdaten](http://www.env-it.de/umweltdaten)

Güteklasse	Grad der Bezeichnung	Anteil der Flusskilometer am Gewässernetz von ca. 30.000 km	
		1995	2000
I	Unbelastet bis gering belastet	0,7%	0,8%
I-II	Gering belastet	3,8%	6,5%
II	Mäßig belastet	42,7%	57,8%

Quelle: [www.env-it.de/umweltdaten](http://www.env-it.de/umweltdaten)



nen „guten Zustand“ hinsichtlich der Strukturgüte erreichen sollen. Die Strukturgüte der Gewässer wird derzeit aufgrund der EU-Richtlinie deutschlandweit kartiert. Einige Bundesländer haben diesen Prozess schon abgeschlossen, andere Bundesländer sind noch am Anfang. Es ist aber zu erwarten, dass in den nächsten Jahren flächendeckend Daten zur Strukturgüte der Fließgewässer vorliegen werden. Ein Indikator zur Gewässerstrukturgüte ist eine gute Ergänzung zum Indikator „Qualität der Fließgewässer“.

### Arbeitsanleitung

Bei diesem Indikator wird die biologische Gewässergüte für die untersuchten Fließgewässer der 2. und 3. Ordnung gemessen. Erhoben wird die Länge der Fließgewässer mit der Güteklasse I, I-II und II.

Die biologische Gewässergüte wird anhand des Vorkommens in Art, Anzahl und Vielfalt bestimmter Saprobien (Kleinlebewesen im Faulschlamm) bestimmt. Sie erfasst allerdings nur den Zustand des untersuchten Gewässers, in dem ein Index der noch vorhandenen Organismen erstellt wird. Aussagen darüber, ob die jeweils noch vorhandenen Saprobien eventuell durch Pflanzenschutzmittel

### Einteilung der biologischen Gewässergüte

<b>Güteklasse I</b>	unbelastet bis sehr gering belastet
<b>Güteklasse I-II</b>	gering belastet
<b>Güteklasse II</b>	mäßig belastet
<b>Güteklasse II-III</b>	kritisch belastet
<b>Güteklasse III</b>	stark verschmutzt
<b>Güteklasse III-IV</b>	sehr stark verschmutzt
<b>Güteklasse IV</b>	übermäßig verschmutzt

Quelle: [www.bmu.de](http://www.bmu.de)

oder Schwermetalle geschädigt sind, können nicht gemacht werden. Es kann auch nicht unterschieden werden, ob das Fehlen der Arten durch Sauerstoffdefizite oder durch den Einfluss von Schwermetallen oder Pflanzenschutzmitteln verursacht wurde. Einwirkungen von Pflanzenschutzmitteln oder Schwermetallen auf die Saprobien und somit auf die Lebenswelt der Fließgewässer können daher mit einer Gewässergütekartierung nicht hinreichend ermittelt werden.<sup>74</sup>

7.4

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

75 Prozent der Städte und Gemeinden über 15.000 Einwohnern haben diesen Indikator erhoben. Einige der Städte und Gemeinden mit sehr guten Ergebnissen liegen in Mittelgebirgsregionen wie dem Schwarzwald, dem Harz oder dem Taunus. Erstaunlich ist, dass der Durchschnittswert der Großstädte über dem Durchschnittswert der mittelgroßen Städte liegt.

Anteil der Fließgewässer (2. und 3. Ordnung), welche die biologische Güteklasse I, I-II oder II haben, an den untersuchten Fließgewässern in Prozent (%) am 31.12.2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert	
Bis 100.000 EW	Bad Nauheim, Freudenstadt, Goslar, Neubrandenburg, Neuburg a.d. Donau und Wolfen	100%	61%	0%
Über 100.000 EW	Freiburg	100%	64%	1%

### Datenquellen

Untere Wasserbehörde, Wasserwirtschaftsämter

<sup>74)</sup> Vgl. <http://home.nikocitiy.de/sapro/presse/press009.htm>

Dieser Indikator misst den Trinkwasserverbrauch der privaten Haushalte (einschließlich Kleingewerbe und Dienstleistungsunternehmen) bezogen auf die Einwohnerzahl. Wir empfehlen diesen Indikator für Kommunen über 15.000 Einwohner.

### Hintergrund

In den letzten Jahren ist der durchschnittliche Trinkwasserverbrauch zurückgegangen. Im Jahr 2001 nutzte jeder Bundesbürger 127 Liter Trinkwasser pro Tag.<sup>75</sup> Der Trinkwasserbedarf wird durch die häuslichen Lebensgewohnheiten, die sanitäre Ausstattung der Wohnung, Zahl und Art der wasserbrauchenden Geräte und Ansprüche an die Körperpflege bestimmt. Nur ungefähr fünf Liter verwenden wir als „Lebensmittel“. Die restlichen Liter benutzen wir für die Körperhygiene, Toilettenspülung, Wäschewaschen, Raumreinigung etc.

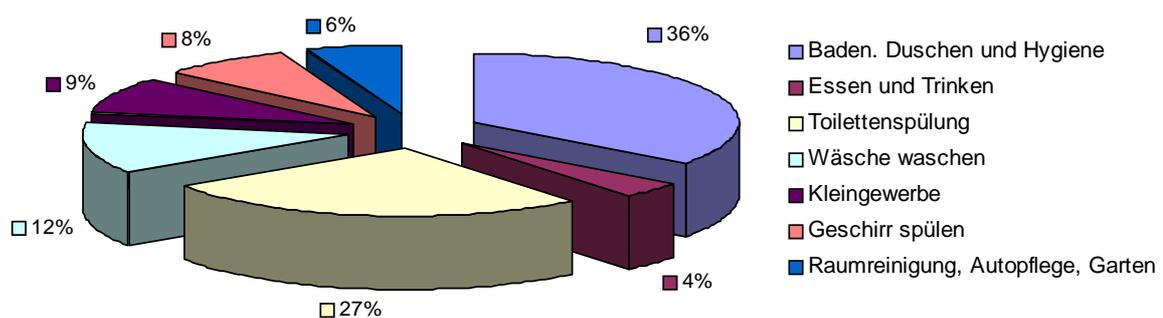
Deutschland ist ein wasserreiches Land. In einzelnen Regionen ist das Wasserdargebot aufgrund der unterschiedlichen Niederschlagsmengen, Ergiebigkeit der Grundwasservorkommen oder Verfügbarkeit von Oberflächengewässern unterschiedlich. In Ballungsgebieten wie Stuttgart und Frankfurt ist der Wasserbedarf höher als das Wasserdargebot. Diese Räume werden mit Fernversorgungsleitungen aus den Wasserüberschussgebieten versorgt.<sup>76</sup>

Die Trinkwasserqualität ist gut bis sehr gut. Regelmäßig wird die Qualität überwacht. Sie entspricht den strengen Güteanforderungen der Trinkwasserversorgung. Um Trinkwasserqualität zu erlangen, muss die größte Menge des Rohwassers überhaupt nicht oder nur geringfügig gereinigt werden. Wenn das Rohwasser nicht alle Qualitätsanforderungen erfüllt, wird es im Wasserwerk aufbereitet.<sup>77</sup>

Bemühungen des Wassersparens werden durch den verhältnismäßig niedrigen Wasserpreis scheinbar unnötig. Der bewusste Umgang mit Trinkwasser ist dennoch erforderlich. Wasser wird nicht wie andere Stoffe „verbraucht“, sondern bleibt in einem Kreislauf erhalten.

Rund 70 Prozent des Trinkwassers stammen aus Grundwasser, während 30 Prozent aus Oberflächenwasser gewonnen werden. Je nach Herkunft und Qualität muss das Oberflächenwasser aufwändiger gereinigt und aufbereitet werden als Grundwasser. Im Vergleich zu oberirdischen Gewässern galt Grundwasser in der Vergangenheit gegenüber anthropogenen Verunreinigungen als gut geschützt. *„Doch Reinigungs- und Rückhaltevermögen der überlagernden Bodenschichten wurden überschätzt. Mit dem Ausbau der Messnetze zur Beobachtung der Grundwasserqualität wurde deutlich, dass Grundwasser vielerorts und in erheblichem Umfang belastet ist und eine Vielzahl von Gefährdungen besteht. Neben punktuellen Quellen oder linienförmigen Belastungen wie z.B. Altstandorte, Altablagerungen, Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen oder undichten Abwasserkanälen sind es vor allem diffuse Einträge aus Industrie, Landwirtschaft und Verkehr, die das Grundwasser belasten bzw. gefährden.“*<sup>78</sup>

### Trinkwasserverbrauch pro Tag und pro Einwohner



Quelle: <http://www.hydrogeographie.de/trinkwasserverbrauch.htm>

<sup>75</sup> Vgl. <http://www.bmu.de>

<sup>76</sup> Vgl. <http://www.env-it.de/umweltdaten>

<sup>77</sup> Vgl. [http://www.forum-trinkwasser.de/datenundfakten/versorgung\\_gebrauch.html](http://www.forum-trinkwasser.de/datenundfakten/versorgung_gebrauch.html)

<sup>78</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2001), S. 35



Sparsamer Umgang mit Wasser schont die Ressourcen.

### Arbeitsanleitung

Der Trinkwasserverbrauch der privaten Haushalte wird bei den Stadtwerken oder den regionalen Wasserversorgungsunternehmen in Kubikmeter für ein gesamtes Jahr erhoben. Aus statistischen Gründen können Angaben für Kleingewerbe und private Haushalte nicht getrennt erhoben werden. Die statistische Unschärfe ist nicht zu beheben, führt aber auch nicht zu großen Veränderungen im Ergebnis. Die Daten für die privaten und die gewerblichen Kleinverbraucher dagegen können von den Großverbraucher getrennt ermittelt werden, weil die Wasserversorgungsunternehmen für Großverbraucher wie große Unternehmen, Schulen oder Krankenhäuser meist gesonderte Tarife haben. Um die ermittelten Daten öffentlichkeitswirksam darstellen zu können, wird der tägliche Trinkwasserverbrauch pro Einwohner dargestellt.

Die höchste Aussagekraft hat der Indikator, wenn die Angaben nur für die Kommune gemacht werden kann. Der Trinkwasserverbrauch kann in der Regel nur für das gesamte Versorgungsgebiet der regionalen Wasserversorgern erhoben werden. In diesem Fall muss die Zahl der Einwohner im Versorgungsgebiet ermittelt werden.

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Auffallend ist, dass der tägliche Wasserverbrauch pro Kopf in den beiden ostdeutschen Städten Strausberg und Rostock deutlich unter dem bundesweiten Durchschnittswert von 127 Litern pro Einwohner und Tag liegt. Woran das liegt, ist nicht bekannt. In vielen teilnehmenden westdeutschen Kommunen dagegen liegt der tägliche Wasserverbrauch pro Person deutlich über dem Durchschnittswert. Die Wettbewerbsergebnisse decken sich mit den durchschnittlichen Verbrauchsangaben für die neuen und alten Bundesländern. Laut diesen ist in den ostdeutschen Bundesländern der Trinkwasserverbrauch mit gegenwärtig 97 Litern pro Tag erheblich niedriger als in westdeutschen Bundesländern mit 135 Liter pro Tag. Die Gründe für diesen Unterschied sind nicht bekannt.<sup>79)</sup> In Großstädten ist der Trinkwasserverbrauch deutlich höher als in Kleinstädten oder im ländlichen Raum.

Verbrauchtes Trinkwasser in Liter (l) pro Einwohner (EW) pro Tag im Jahr 2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Strausberg 84	125	169
Über 100.000 EW	Rostock 88	138	179

### Datenquellen

Stadtwerke, regionales Wasserversorgungsunternehmen

<sup>79)</sup> Vgl. Kreditanstalt für Wiederaufbau (2000)

Dieser Indikator misst das Abfallaufkommen (Rest- und Sperrmüll) bezogen auf die Einwohnerzahl. Wir empfehlen diesen Indikator für Kommunen über 15.000 Einwohner.

### Hintergrund

Durch die mit dem Wirtschaftswachstum verbundenen Produktions- und Konsumsteigerungen sind seit den 1950er Jahren die Abfallberge kontinuierlich gestiegen. In den 1980er Jahren produzierte jeder Bundesbürger die doppelte Gewichtsmenge Müll wie zu Beginn der 50er Jahre.<sup>80</sup> Trotz verschiedener Gesetze zur Vermeidung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen, hat sich das Gesamtaufkommen an Siedlungsabfällen in Deutschland seit 1990 nur geringfügig verändert. Im Zeitraum von 1996 bis 2001 stiegen die Siedlungsabfälle<sup>81</sup> sogar leicht an. Waren es 44,4 Millionen Tonnen im Jahr 1996, so wurden 48,8 Millionen Tonnen Siedlungsabfälle im Jahr 2001 erfasst.<sup>82</sup>

Bei den Siedlungsabfällen besteht der größte Anteil aus Hausmüll und hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen, die über die öffentliche Müllabfuhr eingesammelt werden. Im Zeitraum von 1996 bis 2001 ist dieser Anteil leicht zurückgegangen, während der Anteil von Glas, Papier, Pappe, Kartonaugen, Leichtverpackungen (inklusive Kunststoffe) und kompostierbaren Abfällen aus der Biotonne

durch die verstärkte Förderung der Abfalltrennung und Verwertung angestiegen ist.<sup>83</sup> Immer mehr Bürger führen Abfälle einer Wiederverwertung zu, wie sie das Kreislaufwirtschaftsgesetz und das Abfallgesetz vorsehen. „*Betrug der Anteil verwertbarer Siedlungsabfälle nach Angaben des Umweltbundesamtes im Jahr 1990 noch weniger als 15%, ist für 2001 eine Steigerung auf mehr als 50% zu verzeichnen.*“<sup>84</sup> Damit sind die Deutschen Europameister im Sortieren, denn die Verwertungsquote in der Europäischen Union liegt bei etwa 26 Prozent.<sup>85</sup>

Trotz dieser Entwicklung ist die wichtigste Frage noch nicht gelöst: Wohin mit dem Restmüll? Bis Juni 2005 werden Abfälle, die nicht verwertet werden können, auf Deponien oder in Müllverbrennungsanlagen (MVA) entsorgt. Ab diesem Zeitpunkt ist jedoch die Ablagerung unbehandelter, organischer, biologisch abbaubarer Siedlungsabfälle wie dem Hausmüll verboten. Obwohl in den letzten Jahrzehnten Vorgaben für Deponien erstellt und die Deponietechnik verbessert wurde, konnte die langfristige Umweltverträglichkeit der herkömmlichen Deponierung von Abfällen nicht sichergestellt werden. Nach wie vor besteht das Risiko von Altlasten. Dagegen wurden Grenzwerte für Emissionen aus MVAs im Jahr 1990 verschärft. Laut der Technischen Anleitung Siedlungsabfall, die im Juni 1993 in Kraft trat, können deren strengen Anforder-

<sup>80</sup> Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (1988), S. 12

<sup>81</sup> Unter Siedlungsabfällen werden im wesentlichen die Abfallarten Hausmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, Sperrmüll, Markt- abfälle, Garten- und Parkabfälle, Kehricht und getrennt gesammelte, verwertbare Abfälle wie Bioabfall, Papier, Pappe, Glas, Kunststoffe usw. erfasst.

<sup>82</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2003a)

<sup>83</sup> Statistisches Bundesamt (2003a) S. 64

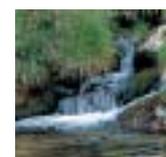
<sup>84</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2004), S. 9

<sup>85</sup> Vgl. <http://www.env-it.de/umweltdaten>

*Maßnahmen wie Aufräumaktionen in Innenstädten wie von Freiburg sensibilisieren Kinder und Jugendliche für die Abfallproblematik.*



Fotos: Ökoaktion Freiburg



rungen an die abzulagernden Abfälle nur mit thermischen Verfahren erreicht werden. Ab Mitte 2005 werden die noch knapp 50 Prozent der anfallenden Siedlungsabfälle in MVAs oder durch mechanisch-biologische Behandlungsverfahren entsorgt.

In einem Bericht des Bundesumweltministeriums wird davon ausgegangen, dass neue MVA's gebaut werden müssen, um die künftig anfallenden Abfälle entsorgen zu können. Eine solche Standort-suche bedeutet in der Regel Konflikte mit der lokalen Bevölkerung, die wegen gesundheitlichen und umweltverträglichen Bedenken nicht in der Nähe einer solcher Anlage leben will.

Ziel einer zukunftsfähigen Abfallwirtschaft sollten geschlossene Materialkreisläufe sein, wobei auch dann eine gewisse Restmenge an Siedlungsabfällen nicht zu vermeiden sein wird. Als ein weiteres Ziel sollte das Abfallaufkommen deutlich gesenkt werden. Ein intensiver Ausbau von Strukturen der Kreislaufwirtschaft kann eine Politik der Abfallvermeidung unterstützen. Dennoch sollte das oberste Gebot weiterhin Abfallvermeidung lauten. Dazu

tragen nicht nur Hersteller und Vertreiber bei, die laut dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz seit 1996 dazu verpflichtet sind, sondern jeder Einzelne durch den Kauf eines Produkts mit keiner oder nur geringer Verpackung.

### Arbeitsanleitung

Die Angaben für Rest- und Sperrmüll werden für ein gesamtes Jahr erhoben. Unter Restmüll sind Hausmüll, Geschäftsmüll und Kleinmengenselbstanlieferung zusammengefasst. Der hausmüllähnliche Gewerbeabfall und weiterer Gewerbeabfall werden darunter nicht erfasst. Zu Sperrmüll werden Holz und Sperrabfälle gezählt.

Häufig ist es schwierig, die Daten für eine Stadt oder Gemeinde zu bekommen. In einem solchen Fall können die Daten für das gesamte Entsorgungsgebiet erhoben werden. In diesem Fall muss die Zahl der Einwohner, die in diesem Entsorgungsgebiet leben, erhoben und als Bezugsgröße herangezogen werden.

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Ein entscheidender Faktor für ein geringes Restmüllaufkommen sind gut durchdachte Abfallwirtschaftskonzepte mit individuellen Erfassungssystemen für die Wertstoffe Glas, Papier, Metalle, Kunststoffe, Bioabfall sowie mit einer flächendeckenden Ausstattung mit Wertstoffhöfen. Die Festlegung der Höhe der Müllgebühren in Abhängigkeit von Behältervolumen, intensive Öffentlichkeitsarbeit wie etwa Abfallberatung und die Servicefreundlichkeit der Entsorgungsinfrastruktur durch die Kommune bzw. den Landkreis (Trennsysteme) spielen eine wichtige Rolle. Weitere zu berücksichtigende Faktoren sind zum Beispiel regionale Mentalitäten beim Abfallaufkommen und bei der Wertstoff-erfassung sowie die individuelle Akzeptanz und Nutzung der Trennsysteme durch die Bürgerinnen und Bürger.

In Freudenstadt und Freiburg hat sich die Umsetzung guter Abfallwirtschaftskonzepte auf Kreis- und Stadtebene, in denen frühzeitig auf Abfallvermeidung und -verwertung gesetzt wurde, ausgezahlt.

Restmüll und Sperrmüll im Entsorgungsgebiet in Kilogramm (kg) pro Einwohner (EW) im Jahr 2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Freudenstadt 66,6	196,8	353,6
Über 100.000 EW	Freiburg 153,7	229,3	331,7

### Datenquellen

Untere Abfallbehörde, regionales Entsorgungszentrum

Dieser Indikator misst

- den Energieverbrauch in den kommunalen Liegenschaften pro Einwohner und
- den privaten Stromverbrauch pro Einwohner.

Wir empfehlen diesen Indikator für Kommunen über 15.000 Einwohner.

### Hintergrund

Energie wird täglich für Licht und Wärme, beim Betrieb von Maschinen oder bei der Kommunikation in Haushalten, Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen eingesetzt. Die Anteile am Endenergieverbrauch haben sich in den letzten Jahrzehnten in den verschiedenen Bereichen erheblich verschoben. Innerhalb der Sektoren „Bergbau und verarbeitendes Gewerbe“, „Verkehr“, „Haushalte“ und „Gewerbe, Handel, Dienstleistungen“ ist die Bedeutung der Industrie erheblich zurückgegangen. Ihr Anteil am gesamten Endenergieverbrauch sank von gut einem Drittel im Jahre 1990 auf lediglich 25,3 Prozent im Jahre 2002. Im Vergleich dazu ist der Anteil der privaten Haushalte von 25,1 Prozent in 1990 auf 29,2 Prozent in 2002 angestiegen.<sup>86</sup>

Der Energieverbrauch verursacht erhebliche Umweltbelastungen, wie Luftverschmutzung und Treibhauseffekt. Die Minimierung des Energieverbrauchs ist daher geboten, denn sie trägt durch die Reduzierung der Luftbelastung wesentlich zum Schutz der Umwelt und des Klimas bei. Energiesparendes Verhalten sowie energetische Modernisierung ist nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz, sondern bringt auch nennenswerte Vorteile für das private und das kommunale Budget sowie für den Erhalt oder die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Viele Städte und Gemeinden haben wirksame Schritte unternommen, um den Energieverbrauch zu verringern. Energiekonzepte wurden erarbeitet, ein Energiemanagement in kommunalen Gebäuden etabliert. Immer mehr Kommunen berücksichtigen Kriterien der Energieeffizienz bei der Ausweisung neuer Baugebiete. Durch Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen werden verschiedene gesellschaftliche Gruppen für diese wichtigen Themen sensibilisiert. Zunehmend werden bei den privaten Haushalten Maßnahmen des Energiesparens ergriffen, es wird energieeffizienter gebaut und Altbauten werden zunehmend saniert.

Anteil der Sektoren am Endenergieverbrauch in Prozent<sup>87</sup>

Sektoren	1990	2002*
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	31,4	25,3
Verkehr	25,1	29,0
Haushalte	25,1	29,2
Gewerbe, Handel, Dienstleistungen	18,4	16,5

\*Vorläufige Angaben, Stand: 08.08.03; Abweichungen in den Summen durch Rundungen

Das Einsparen von Strom und Wärme schont den eigenen Geldbeutel und schützt das Klima.



### Arbeitsanleitung

Die Daten für den kommunalen Energie- und den privaten Stromverbrauch werden für ein gesamtes Jahr ermittelt. Bei der Erhebung des Teilindikators „Energieverbrauch in den kommunalen Liegenschaften“ wird der Strom- und Wärmeverbrauch für alle Gebäude in kommunaler Nutzung, einschließlich Eigenbetriebe und angemieteter Objekte, ermittelt. Darunter können – je nach Größe der Kommune – Schwimmbäder, Krankenhäuser, Eisstadion, Sporthallen oder Fußballstadien fallen.

Die Angaben für den kommunalen Strom- und Wärmeverbrauch werden addiert und in Bezug zur

<sup>86</sup>) Vgl. <http://www.env-it.de/umweltdaten/jsp/index>

<sup>87</sup>) ebenda



Einwohnerzahl gesetzt. Dabei werden die Angaben für Gas und Heizöl in Kilowattstunden (kWh) umgerechnet (ein Kubikmeter Gas entspricht 8,81 kWh und ein Liter Öl wird mit 9,84 kWh gleichgesetzt). Die Wirkungsgrade bleiben dabei unberücksichtigt. Bezugsgröße des Indikators ist die Einwohnerzahl, weil Daten zu Brutto- oder Nettogeschossflächen städtischer Liegenschaften nicht in allen Städten vorliegen.

Da Daten zum Wärmeverbrauch der privaten Haushalte schwer zu erheben sind, sollte der private Stromverbrauch als Basis herangezogen werden. Die Energieversorgungsunternehmen (EVU) unterscheiden in der Regel zwischen Klein- und Großverbrauchern. Zu den Kleinverbrauchern gehören die privaten Haushalte, das Kleingewerbe und die Dienstleistungsunternehmen. Eine separate Erfassung der privaten Haushalte und des Kleingewerbes ist aufgrund der verfügbaren Daten nicht möglich. Zu Großverbrauchern werden große Unternehmen, Schulen und Krankenhäuser gezählt.

Bei der Datenerhebung ist zu beachten, dass die Versorgungsgrenzen der EVU nicht mit den Kommunalgrenzen übereinstimmen. In diesem Fall sollte die Einwohnerzahl im Versorgungsbereich der EVU erhoben werden. Die durch die Liberalisierung des Strommarktes mögliche Durchleitung des Stroms an andere Versorger ist bei den Kleinverbrauchern so gering, dass sie in der Regel vernachlässigt werden kann. Ein Vergleich verschiedener Jahre kann problematisch sein, denn seit der Liberalisierung des Strommarktes haben die EVU neue Tarifgruppen eingeführt und verwenden nicht mehr die klassische Unterscheidung in Kleinverbraucher und Großverbraucher. Auch wenn die Datenerhebung mit Unsicherheiten behaftet sein kann, so liefert dieser Teilindikator Hinweise zum „Aufklärungszustand“ der Bürgerinnen und Bürger sowie zum Stand der elektrischen Geräte in Haushalten und Kleingewerbe.

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Die Ergebnisse sind von Faktoren wie Energiemanagement der kommunalen Liegenschaften, energetischer Zustand und Alter der Gebäude etc. beeinflusst.

Energieverbrauch in den kommunalen Liegenschaften in Kilowattstunden (kWh) pro Einwohner (EW) im Jahr 2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Buchholz 222	473	803
Über 100.000 EW	Rostock 265	583	1.551

Auffallend ist, dass in den ostdeutschen Teilnehmerstädten die privaten Haushalte und das Kleingewerbe weniger Strom verbrauchen als in Westdeutschland.

Stromverbrauch der privaten Haushalte und des Kleingewerbes in Kilowattstunden (kWh) pro Einwohner (EW) im Jahr 2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Strausberg 1.339	2.130	3.628
Über 100.000 EW	Rostock 1.030	2.690	5.605

### Datenquellen

Stelle für das Energiemanagement, Kämmerei, Stadtwerke, Energieversorgungsunternehmen

Der Indikator setzt sich aus acht Teilindikatoren zusammen, und zwar:

- der installierten Leistungskapazität (Strom) durch Windenergie pro Einwohner
- der installierten Leistungskapazität (Strom) durch Wasserkraft pro Einwohner
- der installierten Leistungskapazität (Strom) durch Biomasse pro Einwohner
- der installierten Leistungskapazität (Wärme) durch Biomasse pro Einwohner
- der installierten Leistungskapazität (Strom) von Photovoltaikanlagen pro Einwohner
- der Fläche der solarthermischen Anlagen pro Einwohner
- der tatsächlichen Energieerzeugung (Strom) durch Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen pro Einwohner
- der tatsächlichen Energieerzeugung (Wärme) durch Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen pro Einwohner

### Hintergrund

Ziel der Bundesregierung ist es, bis 2010 gegenüber 2000 den Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch auf 4,2 Prozent und am Stromverbrauch auf 12,5 Prozent zu erhöhen.<sup>88</sup> In den letzten Jahren wurde einiges schon erreicht. Laut des Statistischen Bundesamts hat sich der Anteil der erneuerbaren Energieträger am Primärenergieverbrauch in Deutschland zwischen 1991 und 2003 von 0,8 auf 3,1 Prozent erhöht. Nach dieser Erhebung ist die Biomasse, wozu auch Abfälle gezählt werden, mit 58 Prozent der in Deutschland wichtigste Träger erneuerbarer Energie, ge-

folgt von Wasserkraft (18 Prozent) und Windenergie (16 Prozent).<sup>89</sup>

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das im April 2000 in Kraft trat, hat in den vergangenen Jahren einen deutlichen Anstieg der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bewirkt. Dies gilt vor allem für die Windenergie. Aber auch für Energiearten wie Biomasse, Solarenergie, Wasserkraft und Geothermie wurden vorteilhafte Bedingungen geschaffen. Durch die Novelle des EEG im Juli 2004 mit neuen Netzzugangsregelungen sowie besseren Vergütungen für Solarenergie, nachwachsende Rohstoffe und Erdwärmekraftwerke wird davon ausgegangen, dass der Ökostrom bald deutlich höhere Anteile am Verbrauch decken wird.

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien spielen die Städte und Gemeinden eine wichtige Rolle, denn sie können mit verschiedenen Maßnahmen wie Förderprogrammen bis hin zu Festlegungen in städtebaulichen Planungen den Bau von Anlagen von regenerativen Energien vorantreiben.

### Arbeitsanleitung

Bei diesem Indikator werden alle Anlagen auf dem Gebiet einer Kommune erfasst, seien es private Anlagen, Anlagen im Besitz der Kommune oder als Eigentum von Unternehmen. Bei den Anlagen, die mit Wind, Wasser, Biomasse und Sonne Energie erzeugen, wird die installierte Leistungskapazität in Kilowatt (kW) für einen bestimmten Stichtag, wie beispielsweise am 31. Dezember 2004, erhoben. Bei den solarthermischen Anlagen wird deren Fläche in Quadratmetern am selben Stichtag ermittelt. Wir empfehlen, die Teilindikatoren für sich zu betrachten und die Werte nicht zu addieren.

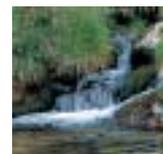


Foto: Schindl im Wasserwind

*Städte und Gemeinden leisten einen wichtigen Beitrag beim Ausbau einer umweltschonenden Energieversorgung.*

<sup>88)</sup> Deutscher Bundestag (o.J.), S. 20

<sup>89)</sup> Vgl. Bayer, Wolfgang (2004)



Bei den Angaben für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen bzw. Blockheizkraftwerken wird dagegen die tatsächliche Energieerzeugung in Kilowattstunden (kWh) für ein ganzes Jahr ermittelt. Wenn Blockheizkraftwerke beispielsweise mit Rapsöl betrieben werden, kann die Kommunalverwaltung die Werte sowohl bei der Abfrage der Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen als auch bei der Abfrage nach Biomasse aufführen.

Die Angaben für die einzelnen Energiearten können in der Regel beim regionalen Energieversor-

gungsunternehmen erfragt werden. Nur die Fläche der solarthermischen Anlagen muss meist gesondert ermittelt werden. Bei der Erhebung der Solaranlagen können kommunale Förderprogramme darüber Auskunft geben, wie viele private Anlagen finanziell unterstützt wurden.

Weitere Möglichkeiten sind Zählungen durch Umweltgruppen, Schulkassen oder auch Aufrufe in der Lokalpresse. Sanitär- und Heizungsinstallateure, die Solaranlagen installieren, geben in der Regel gerne Auskunft.

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Fast alle Kommunen haben diesen Indikator erhoben, wobei es von Teilindikator zu Teilindikator Unterschiede gab. Da sich nur wenige Kommunen an für die Nutzung von Wasserkraft geeigneten Flüssen oder an den für die Windkraft prädestinierten Standorten befinden, nannten nur 35 Prozent der Kommunen Daten für den Teilindikator „Wasserkraft“ und 24 Prozent von ihnen Angaben für den Teilindikator „Windkraft“. 84 Prozent der Städte und Gemeinden erhoben den Teilindikator „Photovoltaik“.

Bei der Darstellung der Ergebnisse des dritten Wettbewerbsjahres 2003/2004 haben wir uns auf eine Auswahl beschränken müssen. Auf welchen Gemarkungen Strom aus Wind, Wasser, Biomasse und Sonne erzeugt wird, hängt nicht nur von der geographischen Lage der Stadt bzw. Gemeinde ab. Einige Kommunen sind sehr aktiv. Sie nutzen die erneuerbaren Energien als Werbeträger für ihren Ort. In Freiburg hat sich die Solarenergie zu einem wichtigen Wirtschaftszweig mit zahlreichen Arbeitsplätzen in Forschungseinrichtungen und Unternehmen entwickelt.

Installierte Leistungskapazität bei Photovoltaikanlagen pro Kilowatt (kW) pro 1.000 Einwohner am 31.12.2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Offingen 14,0	8,7	1,4
Bis 15.000 EW	Baienfurt 21,0	4,8	0,3
Bis 100.000 EW	Traunstein 18,6	3,0	0,2
Über 100.000 EW	Freiburg 12,7	2,5	0,3

Tatsächliche Energieerzeugung (Wärme) durch Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen in Kilowattstunden (kWh) pro 1.000 Einwohner im Jahr 2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Offingen 72.394	k.A.	k.A.
Bis 15.000 EW	Poing 1.442.221	322.264	4911,0
Bis 100.000 EW	Neubrandenburg 5.593.667	641.369	2,2
Über 100.000 EW	Freiburg 4.590.123	2.156.056	0287,0

### Datenquellen

Stadtwerke, Energieversorgungsunternehmen, eigene Erhebung

Die Verkehrsmittelwahl wird anhand des Modal Split gemessen, das heißt am Anteil der verschiedenen Verkehrsarten an den Wegen, welche die Einwohner der Kommune täglich zurücklegen. Wir empfehlen diesen Indikator für Kommunen über 15.000 Einwohner.

### Hintergrund

In unserer Gesellschaft hat Mobilität einen sehr wichtigen Stellenwert. Ein gut ausgebautes Verkehrsnetz ist eine wichtige Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft. Die Möglichkeit, sich selbstbestimmt von einem Ort zum anderen bewegen zu können, ist aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken.

Das zunehmende Verkehrsaufkommen belastet die Umwelt in vielfacher Weise. Schadstoffe und Lärm werden Rohstoffe und Flächen verbraucht. Durch den Straßen- und Bahnbau sowie durch den Bau bzw. Ausbau von Flughäfen wird die Landschaft zerschnitten. Der Verkehr erzeugt Treibhausgase und verschärft somit das Klimaproblem. Zudem

*Bus und Rad im Umweltverbund „Busspur – Radfahrer frei“ und „Radweg – Busse frei“, diese intelligente Lösung für den stadtrechten Verkehr gibt es an vielen Stellen in Münster.*



beeinträchtigt er die Lebensqualität vor allem in Städten erheblich. Bei Verkehrsunfällen starben in Deutschland im Jahr 2001 rund 7.000 Menschen. Rund 500.000 Menschen wurden verletzt.<sup>90</sup> Schnelligkeit und Hektik des heutigen Straßenverkehrs verunsichern und verdrängen schwächere Verkehrsteilnehmer, so dass Kinder und ältere Menschen ohne fremde Hilfe zunehmend immobil werden.

Um das wachsende Verkehrsvolumen in nachhaltigere Bahnen zu lenken, sind die Bundes-, die Landes- und die kommunale Ebene gefordert. In Städten und Gemeinden beginnt Verkehrsvermeidung mit raumordnerischen und städtebaulichen Entscheidungen. Wenn der Weg zum Arbeitsplatz oder zum nächsten Supermarkt ohne Auto nicht zu bewältigen ist, bleiben Appelle, andere Verkehrsmittel zu nutzen, ungehört. Eine zukunftsfähige Verkehrspolitik setzt deshalb Siedlungs- und Verkehrsstrukturen mit kurzen Wegen voraus.

Es gibt verschiedene Ansätze, um andere Verkehrsmittel als das Auto attraktiver für den Menschen zu machen. In den letzten Jahren geht in der Stadtplanung der Trend zu Stadtteilen mit einer Funktionsmischung von Wohnen und Arbeiten. Kurze und verkehrssichere Wege kommen vor allem auch den Bedürfnissen von Familien entgegen. Kinder können alleine zur Schule gehen und müssen nicht von einem Elternteil begleitet werden. Der Ausbau eines sicheren Radnetzes kann eine Zunahme des Radverkehrs ermöglichen. Zudem nutzen mehr Menschen Bus und Bahn, wenn das Nahverkehrsangebot vor Ort attraktiv ist. Auch durch Wohnumfeldverbesserungen, die Förderung von Carsharing-Projekten und die Einführung von Jobtickets können Städte und Gemeinden dazu beitragen, dass sich mehr Menschen auf umweltfreundliche Weise fortbewegen.

*In der modernisierten Rostocker Straßenbahn können Menschen mit Kinderwagen oder Rollstühlen barrierefrei einsteigen.*



<sup>90</sup> Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2003)

**Arbeitsanleitung**

Mit Hilfe einer Modal Split Untersuchung wird erfasst, mit welchen Verkehrsmitteln die Einwohner einer Kommune Entfernungen zurücklegen. Der Modal Split gibt die prozentuale Aufteilung der Verkehrsmittelnutzung an der Zahl der zurückgelegten Wege an einem durchschnittlichen Werktag an.

Die Daten können entweder dem Verkehrswegeplan bzw. Verkehrsentwicklungsplan entnommen werden, oder sind bei den Verkehrsbetrieben erhältlich. Im Jahr 2001 wurde eine Pendlererhebung im Rahmen des Mikrozensus durchgeführt. Es wurden die Pendler am Wohnort, d.h. Pendler innerhalb der Gemeinde, und Auspendler erfasst. Die diesbezüglichen Daten für den Modal Split können Städte mit mehr als 250.000 Einwohnern bei den Statistischen Landesämtern bekommen. Ansonsten muss eine eigene Befragung durchgeführt

werden. Viele Kommunen im dritten Wettbewerbsjahr 2003/2004 ermittelten die Daten durch Umfragen.

Die aussagekräftigste Befragungsmethode ist eine Haushaltsbefragung (Adressen z.B. aus dem Telefonbuch nach dem Zufallsprinzip). Einigermaßen aussagekräftige Befragungen können aber auch im öffentlichen Raum oder in Einkaufsbereichen durchgeführt werden. Eine Anleitung zum Modal Split finden Sie auf der beigefügten CD-Rom bei der Abfrage des Indikators.

Die Einwohner, die am Ort wohnen, werden befragt, ob sie ihre alltäglichen Wege zur Arbeit, zum Einkaufen und in der Freizeit zu Fuß oder mit dem öffentlichen Nahverkehr, mit Auto oder Rad zurücklegen. Dazu zählen auch vor Ort wohnende Pendler, die aus dem Ort auspendeln. Menschen, die woanders leben und in der Kommune arbeiten, werden nicht befragt.

**Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“**

20 der 37 teilnehmenden Kommunen über 15.000 Einwohner haben diesen Indikator ermittelt. Laut der Ergebnisse bestehen zwischen Großstädten sowie klein- und mittelgroßen Städten Unterschiede bezüglich des Mobilitätsverhalten. Erstaunlich ist die Bandbreite der Werte bei den Kommunen zwischen 15.001 bis 100.000 Einwohner. Dies kann in der Größe oder der Lage der jeweiligen Kommune - ländlicher oder städtischer Raum - begründet liegen. In den Großstädten nutzen die Menschen eher den öffentlichen Nahverkehr, gehen entweder zu Fuß oder fahren mit dem Rad als mit dem Auto. Dort können die innerstädtischen Wege so kurz sein, dass man kein Auto braucht. Oft nehmen Stau und Parkplatzsuche dem Pkw den vermeintlichen Zeitvorteil vor den anderen Fortbewegungsmitteln. Zudem können gut ausgebaute Radweg- und öffentliche Nahverkehrsnetze dazu führen, dass sich die Menschen lieber mit Rad, Bus und Bahn fortbewegen.

Anteil der Wege, die zu Fuß, mit dem Rad oder mit Bus oder Bahn zurückgelegt werden, an der Zahl aller Wege in Prozent (%) im Jahr 2003

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Neubrandenburg 92%	49%	14%
Über 100.000 EW	Freiburg 70%	58%	45%

**Datenquellen**

Verkehrswegeplan, Verkehrsentwicklungsplan, Gesonderte Erhebung, Verkehrsbetriebe, Mikrozensus, Verkehrsamt

Der Indikator misst die Zahl der Bäume auf der Siedlungsfläche bezogen auf die Einwohnerzahl. Wir empfehlen diesen Indikator für Kommunen über 15.000 Einwohner.

### Hintergrund

„Die Allee, das ‚geschlossene Baumdach‘, bietet Schutz vor Regen und Sonne gleichermaßen. Gleichzeitig enthält das Dach über dem Platz aber auch noch eine weitergehende ‚Botschaft‘. Das Baumdach über dem Straßenfreiraum oder über dem ‚inneren Rand‘ ist ein Zeichen dafür, dass hier Platz ist.“<sup>91</sup> „Platz in der Stadt zu haben“ ist wichtig, um die Straßen und Plätze in einer Stadt als Lebens- und nicht nur als Verkehrsräume erfahren zu können. Bäume bieten diesen Platz für Stadtbewohner. Sie laden ein zu Sinneserfahrungen, zum Rascheln im Laub, zum Auf-die-Bäume-klettern und zum Hinter-Bäumen-verstecken. Gerade für Kinder können Bäume in ihrem Lebensraum ein großes Glück bedeuten. Aber auch Erwachsenen tut es gut, im Grau des Asphalt das Grün der Bäume betrachten zu können.

Bäume sind ein wesentlicher Faktor für eine hohe Aufenthalts- und Lebensqualität der Menschen in einer Kommune. Eine große Bedeutung haben sie auch als Lebensraum für eine Vielzahl von Vögeln und Kleinstlebewesen. Viele Bäume auf der Siedlungsfläche bieten auch noch weitere Vorteile: Sie verbessern die Luftqualität, indem sie die Staubbelastung, Kohlendioxid und die Luftfeuch-

tigkeit reduzieren. Sie sorgen zudem für ein besseres Stadtklima. Durch ihren Schatten verhindern sie das Aufheizen des Asphalt und kühlen somit die im Sommer aufgeheizten Städte. Zudem schirmen sie die Plätze und Häuser der Stadt vom Straßenlärm und Straßendreck ab.

Bäume brauchen nicht viel Fläche und sind auch nicht teuer in der Anschaffung, Pflanzung und Pflege. Sie können weit über 100 Jahre werden und sind eine Anschaffung, von der künftige Generationen reichlich profitieren können. In diesem Sinne sind Bäume in der Stadt ein nahezu idealtypisches Beispiel für eine nachhaltige Investition in die Zukunft.

### Arbeitsanleitung

Bei diesem Indikator können alle Bäume, auch Neuanpflanzungen, gezählt werden, die innerhalb der Siedlungsfläche auf öffentlichen Flächen wie Plätzen, in Grünanlagen und entlang von Straßen stehen. Die Zahl der Straßenbäume wird nur innerhalb der Ortschaft ermittelt. Nicht erfasst werden Bäume an Autobahnen und Bundesstrassen sowie in Privateigentum.

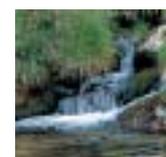
In der Regel sollte zumindest die Zahl der Straßenbäume in einer Stadt bzw. Gemeinde bekannt sein. Denn nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs von 1965 sind Kommunen im Rahmen der Verkehrssicherheit dazu verpflichtet sind, ihre Straßenbäume regelmäßig zu überprüfen.

*Viele Bäume in der Stadt bedeuten Lebensqualität.*



Foto: R. Emenich

<sup>91</sup> Theiling, Christoph (1997), S. 119



In vielen Städten und Gemeinden gibt es Baumkataster, die Auskunft über die Anzahl von Bäumen geben. Durch die Einführung der regelmäßigen Baumkontrollen können die Effizienz der Pflegemaßnahmen und der Sicherheitsstatus der Straßenbäume erheblich gesteigert werden. Darüber hinaus können auch die Baumbestände weiterer öffentlicher Liegenschaften erfasst werden.

Um die Datenerfassung auch in Zukunft effizient und dauerhaft zu gestalten sowie eine noch schnellere Koordination zwischen den Ämtern zu erreichen, bietet es sich an, das Baumkataster zu digitalisieren und in ein gemeinsames städtisches Geographisches Informationssystem einzubinden.

Im Rahmen des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“ wurde der Indikator auf verschiedene Weise erhoben. So ermittelten Kommunen die Daten bei Baumschutzkontrollen und aus Grünflächenkatastern oder werteten Luftbilder aus.

Um ihren Baumbestand zu vergrößern, können Städte und Gemeinden Maßnahmen wie die Begrünung der Straßen mit standortgerechten Laubbäumen ergreifen. Auch können sie Baumschutzsatzungen oder Baumschutzverordnungen verabschieden, um die Erhaltung und den Schutz des Baumbestandes zu gewährleisten.

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Wie die Ergebnisse der drei Wettbewerbsjahre zeigen, schwanken die besten und die schlechtesten Werte sowie die Durchschnittswerte von Jahr zu Jahr. Die unterschiedlichen Werte bei der Stadt Unna lassen sich dadurch erklären, dass die Datenerhebung der Bäume vom ersten zum zweiten Wettbewerbsjahr intensiviert wurde.

Zu Beginn des Wettbewerbs gingen wir davon aus, dass nur einige Kommunen diesen Indikator erheben können. Diese Annahme wurde eindrucksvoll widerlegt. Erhoben im ersten Wettbewerbsjahr 85 Prozent der Teilnehmer die Daten, so waren es im zweiten Jahr 88 Prozent und im dritten Jahr sogar 95 Prozent.

Zahl der Bäume auf öffentlichen Flächen innerhalb der Siedlungsfläche pro 1.000 Einwohner im Jahr 2000

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Unna 1.310	272	20
Über 100.000 EW	Heilbronn 430	267	100

Zahl der Bäume auf öffentlichen Flächen innerhalb der Siedlungsfläche pro 1.000 Einwohner im Jahr 2001

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Unna 1.618	305	97
Über 100.000 EW	Ulm 575	250	80

Zahl der Bäume auf öffentlichen Flächen innerhalb der Siedlungsfläche pro 1.000 Einwohner im Jahr 2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Bamberg 1.006	319	46
Über 100.000 EW	Oldenburg 290	205	69

### Datenquellen

Baumkataster, gesonderte Erhebung

Dieser Indikator misst die Zahl der Brutpaare der Mehlschwalbe bezogen auf die Einwohnerzahl.

### Hintergrund

Die Mehlschwalbe ist eine ausgezeichnete Signalart für den ökologischen Zustand besiedelter Bereiche. Sie weist auf das Vorhandensein unversiegelter Bereiche und genügend Insekten sowie indirekt auch auf die Bereitschaft der Bevölkerung zum Artenschutz hin.<sup>92</sup>

Im Vergleich zu den Rauchschnalben erkennt man Mehlschnalben an ihrer weißen Unterseite. Die Mehlschnalben sind Zugvögel. Sie sind nur zur Brutzeit von Anfang April bis Mitte Oktober bei uns zu Gast. Jeden Herbst kann man sie beobachten, wie sie sich zu Hunderten sammeln.

Mehlschnalben kommen in fast allen Städten und Gemeinden Deutschlands vor, selbst in Industriegebieten. Sie nisten an Hausfassaden meist etwa 10 Zentimeter unten den Simsen. Für den Bau der Nester benötigen sie Ton, Lehm, Schlamm oder Dung. Das Material wird mit klebrigem Speichel vermengt und an den Rauputz geklebt.<sup>93</sup> Um Lehm zu finden, sind die Mehlschnalben auf lehmige Pfützen in der Nähe ihrer Nistplätze angewiesen. Die Pfützen dürfen nicht nur nach einem Regenguss Wasser enthalten, sondern auch an warmen bis heißen Frühsommertagen, an denen die Mehlschnalben ihren Nestbau tätigen.<sup>94</sup> Solche Pfützen sind heutzutage im besiedelten Bereich nur noch selten zu finden, da die meisten Freiflächen

in Gebäudenähe befestigt oder begrünt sind. Mancherorts werden solche Pfützen für die Mehlschnalben angelegt. Das Anlegen der Schnalbenpfützen ist technisch problemlos an vielen Orten möglich. Allerdings entspricht es nicht den verbreiteten „Ordnungsvorstellungen“.<sup>95</sup> Im nordsächsischen Düben haben sich beispielsweise durch die Anlage einer einzigen Schnalbenpfütze weit über 500 Schnalben angesiedelt.<sup>96</sup>

Das Vorhandensein von Mehlschnalben weist uns auch darauf hin, wie ausgeprägt das Naturbewusstsein der Menschen vor Ort ist. Die Nester der Mehlschnalben werden nicht von allen Menschen geduldet, denn der Kot der Jungvögel kann die Fassade verschmieren. Für diesen Fall empfehlen sich Kotbretter, die unter den Nestern angebracht werden. Immer häufiger werden Kunstnester für die Mehlschnalben an den Wänden befestigt. Diese können dann auch ohne lehmige Pfützen überleben.

Brütende Mehlschnalben zeigen uns, ob es ausreichend Insekten und Schädlinge als Nahrung gibt. In ausgeräumten Landschaften und in Orten ohne Grünanlagen finden sie keine Nahrung. Sie ernähren sich hauptsächlich von Mücken, Blattläusen, Fliegen, Käfern und kleinen Schmetterlingen und gehören zu den größten natürlichen Feinden von Stechmücken. Während einer Brut verzehrt eine Schnalbenfamilie mehr als ein Kilo Insekten - das sind, bei einem Durchschnittsgewicht einer Fliege von vier Milligramm, etwa 250.000 Insekten.

*Die Zahl der Mehlschnalben ist ein Indikator für die hohe ökologische Qualität einer Stadt oder Gemeinde.*



<sup>92</sup> Vgl. Boll, Antje

<sup>93</sup> Vgl. ebenda

<sup>94</sup> Vgl. Landratsamt Chemnitzer Land (1997)

<sup>95</sup> Vgl. ebenda

<sup>96</sup> Vgl. ebenda

**Arbeitsanleitung**

Die örtlichen Naturschutzverbände oder auch private Ornithologen haben in einigen Fällen bereits Daten zu den Mehlschwalben gesammelt. In diesem Fall müssen die Daten nur abgefragt werden. Ansonsten muss die Zahl der genutzten Mehlschwalbennester gezählt werden. Auch hierbei sind die Naturschutzverbände oder Ornithologen in vielen Fällen gerne behilflich. Mehlschwalben zu zählen, erfordert keine besonders großen zoologischen Kenntnisse. Es können daher auch Schulklassen oder Agenda 21 Gruppen die Zahl der Mehlschwalben erheben. Für das Zählen durch Schulklassen spricht insbesondere, dass dadurch allgemeines Wissen über den heimischen Naturraum mitvermittelt werden kann.

Der günstigste Zeitpunkt für die Erfassung ist Anfang Juli, denn dann haben die meisten Mehlschwalben Junge. Die Nester können meist von öffentlichen Straßen und Wegen aus gesehen werden. In manchen Fällen ist es nötig, private Gärten zu betreten, um die der Straße abgewandten Seiten der Häuser einsehen zu können. Die Nester sind oft dicht beieinander. Am Anfliegen der Eltern und dem Hinausschauen und Rufen der Jungen erkennt man, ob ein Nest genutzt wird. Wir stellen Ihnen gerne eine Anleitung zur Verfügung.



Foto: Gemeinde Wettberg

*Ein engagierter Beitrag zum Artenschutz: die Schwalbenhäuser in Wettberg.*

7.11

**Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“**

31 der 63 teilnehmenden Kommunen im Wettbewerbsjahr 2003/2004 haben die Mehlschwalben gezählt. Interessanterweise wurden die Mehlschwalben genauso so oft in Großstädten wie auch in kleinen Gemeinden gezählt. Jedoch liegen die Zahlen der Mehlschwalben in den kleinen Kommunen durchweg höher als in den großen Städten. Allerdings ist es in einer kleinen Gemeinde auch einfacher, die Zahl der Mehlschwalben vollständig zu erfassen.

Anzahl der von Mehlschwalben genutzten Nester pro 1.000 Einwohner am 31. Dezember 2003

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Mönkebude 84,1	32,9	5,5
Bis 15.000 EW	Weissach im Tal 19,1	5,8	0,7
Bis 100.000 EW	Neubrandenburg 28,5	7,0	0,3
Über 100.000 EW	Erfurt 11,2	2,7	0,4

**Datenquellen**

Naturschutzverbände, private Ornithologen, untere Naturschutzbehörde, eigene Erhebung



Foto: PixelQuelle.de

### 8. Leitkategorie „Wirtschaftliche Effizienz“

In den 1990er Jahren hat der Handel im Vergleich zum allgemeinen Wirtschaftswachstum einen enormen Sprung gemacht, Warenproduktion und Dienstleistungen wurden zunehmend globalisiert. Im Zuge der Intensivierung der Handelsbeziehungen entstanden globale Finanzmärkte, die sich mehr und mehr verselbständigten, so dass die globalen Finanztransaktionen noch um ein Vielfaches schneller expandierten als Weltproduktion und Welthandel. In den späten 1990er Jahren wurden an den Weltdevisenbörsen täglich bereits Geschäfte im Umfang von rund 1.200 Milliarden US-Dollar getätigt, wovon allenfalls fünf Prozent der Finanzierung von Handelsgeschäften und Direktinvestitionen dienten. Der große Rest war Handel zwischen den Banken.<sup>97</sup>

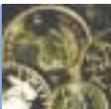
Es darf nicht übersehen werden, dass sich der Löwenanteil der Direktinvestitionen auf die Industrieländer konzentriert, die auch den größten Teil des Welthandels bestreiten. Nur 15 Prozent des Welthandels spielen sich zwischen unterschiedlichen Erdteilen ab, und an weniger als drei Prozent des Welthandels ist Afrika beteiligt. Gewinner der Globalisierung sind bisher vor allem die ohnehin reichen Industrienationen. Der Abstand zwischen dem wohlhabendsten Fünftel und dem ärmsten Fünftel der Weltbevölkerung hat sich in den letzten drei Jahrzehnten mehr als verdoppelt.<sup>98</sup>

<sup>97)</sup> Vgl. Enquete-Kommission (2002)

<sup>98)</sup> Ebenda

Die Globalisierung der Waren-, Dienstleistungs- und Finanzmärkte hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass sich der Wettbewerb mehr und mehr als Kostenwettbewerb gestaltet. In diesem geben die international operierenden Unternehmen den Kostendruck oft noch verschärft an die zumeist kleinen, lokalen Zulieferer weiter. Unter diesem Druck drohen Rücksichten auf Kultur, Umwelt und soziale Ausgewogenheit immer weiter in den Hintergrund gedrängt zu werden. Standorte für Produktion und Dienstleistungen werden im Zuge der internationalen Arbeitsteilung oft dort errichtet, wo diese Rücksichten die geringste Rolle spielen. Unter dem Anpassungsdruck an globale Standards geraten damit auch allgemeine Werte in Gefahr, wie die ökologische Nachhaltigkeit, die Menschenrechte, die soziale Gerechtigkeit oder die kulturelle Vielfalt.

Die deutsche Wirtschaft kann bisher als Gewinner der Globalisierung angesehen werden. Das zeigt sich zum Beispiel daran, dass selbst in Zeiten weltwirtschaftlicher Schwäche (2001/2002) der Außenhandelsüberschuss erhalten blieb. Dieses Gesamtergebnis kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch in Deutschland zahlreiche Verlierer gegeben hat und gibt. Nicht zuletzt sind Arbeitsplätze im großen Umfang verloren gegangen oder wurden ins Ausland verlagert.



Aus der Globalisierung und dem beschleunigten Strukturwandel ergeben sich besondere Herausforderungen für die Städte und Gemeinden, nicht nur wegen der sinkenden Steuereinnahmen und den Auswirkungen der Arbeitslosigkeit. Global agierende Unternehmen entziehen sich immer mehr dem Einfluss von Nationalstaaten und die Möglichkeiten von Kommunen, wirtschaftliche Entscheidungen zu beeinflussen, sind noch geringer.

Aber Städte und Gemeinden können zumindest etwas dafür tun, dass sie als Wirtschaftsstandort attraktiv sind. Sie müssen sich viel stärker als früher damit auseinandersetzen, ob die Wirtschaftsstruktur vor Ort die notwendige Flexibilität und Anpassungsfähigkeit aufweist und auch dauerhaft Beschäftigung und Wohlstand gewährleisten kann. Die Erfahrungen der jüngsten Zeit zeigen, dass es nicht darum gehen kann, wirtschaftliches Strohfeuer zu schüren und Unternehmen anzusiedeln, die für kurze Zeit am Aktienmarkt boomen, aber genauso schnell verschwinden, wie sie aufgestiegen sind. Sondern es muss das Ziel sein, gemeinsam mit den Unternehmen lokal eine nachhaltige Wirtschaftsstruktur und -weise zu entwickeln. Städte und Gemeinden können die Entwicklung einer krisenfesten Wirtschaftsstruktur unterstützen und den Unternehmen dabei helfen, ihren sozialen und ökologischen Verpflichtungen nachzukommen.

Eine nachhaltige – und damit dauerhaft leistungsfähige und effiziente – Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsweise zeichnet sich dadurch aus,

- dass die wirtschaftlichen Aktivitäten in erster Linie dazu dienen, den Menschen Arbeit, Einkommen und die Möglichkeiten zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse, wie Ernährung, Kleidung, Wohnen, Kultur, Gesundheit und Mobilität, zu geben;
- dass der Kapitalstock aus Natur-, Produktiv-, Sozial- und Humankapital sowie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhalten und qualitativ verbessert werden;
- dass die Unternehmen dazu beitragen, materielle und immaterielle Benachteiligungen sowohl innerhalb der Gesellschaft als auch in den Beziehungen zu anderen Staaten abzubauen.

Die Nachhaltigkeit der lokalen Wirtschaftsstruktur und -weise wird anhand von neun Indikatoren gemessen.

- **Ausbildungschancen**
- **Arbeitslosigkeit**
- **Existenzgründungen**
- **Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur**
- **Kommunale Schulden**
- **Öko-zertifizierte Unternehmen**
- **Flächeneffizienz der Wirtschaft**
- **Ökologische Landwirtschaft**
- **Arbeitsplatzangebot**



Der Indikator setzt sich aus zwei Teilindikatoren zusammen, und zwar:

- der Zahl der Ausbildungsverhältnisse (bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) und der Handwerkskammer gemeldet) bezogen auf die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und
- dem Verhältnis zwischen Ausbildungsplätzen und Ausbildungsplatzsuchenden.

Wir empfehlen diesen Indikator für Kommunen über 15.000 Einwohner.

### Hintergrund

Im Jahr 2003 erreichte das Angebot an Ausbildungsstellen in Deutschland einen neuen Tiefstand. Mit 572.450 Ausbildungsstellen gab es das geringste Angebot an Ausbildungsstellen in den letzten zehn Jahren. Diesen standen 592.672 Bewerber um einen Ausbildungsplatz gegenüber. In Ostdeutschland kamen auf 1.000 Bewerber 912 angebotene Ausbildungsstellen. Im Westen standen je 1.000 Bewerber 982 Ausbildungsstellen zur Verfügung.

Foto: bilderbox.cd



<sup>99)</sup> Presse und Informationsamt der Bundesregierung (2002), S. 76

Wenn es bundesweit nicht so viele Stellen wie Bewerber gibt, bedeutet dies, dass in manchen Regionen der Ausbildungsmarkt sehr überlastet ist. Junge Menschen, die in solchen Regionen einen Ausbildungsplatz suchen, haben nur zwei Möglichkeiten: Entweder sie nehmen vor Ort als ungelernete Kräfte Arbeit an oder sie ziehen in andere Regionen. Diese Entwicklung ist vor allem in Ostdeutschland zu beobachten.

In einem hochindustrialisierten und ressourcenarmen Land wie Deutschland ist ein hoher Ausbildungsstand ein sehr wichtiges wirtschaftliches Kapital. In den letzten Jahren lag die Quote der 25-jährigen ohne Hochschulzugangsberechtigung bzw. Berufsausbildung bei zehn bis zwölf Prozent.<sup>99</sup> Diese Quote ist für ein Land mit einem hohen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zu hoch. Wohlstand und Sozialsysteme in Deutschland können nur erhalten werden, wenn in Zukunft gut ausgebildete Arbeitskräfte qualifizierte Arbeit verrichten. Deshalb ist der Ausbildungsmarkt ein wichtiger Indikator für die zukunftsfähige Ökonomie eines Landes.

### Arbeitsanleitung

Wir messen die Ausbildungschancen mit zwei Indikatoren. Zum einen wird der Zahl der gemeldeten Ausbildungsverhältnisse die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gegenübergestellt. Mit diesem Indikator kann festgestellt werden, ob die vorhandenen Betriebe ihrer Arbeitnehmeranzahl entsprechend ausbilden. Ein Nachteil ist, dass die Ausbildungsverhältnisse bei den öffentlichen und teilweise auch bei den privaten Arbeitgebern des Dienstleistungssektors weder bei der IHK noch bei der Handwerkskammer gemeldet sind. Dadurch kann es zu Verzerrungen im Ergebnis kommen. Kommunen mit vielen öffentlichen und privaten Arbeitgebern, die bei den Kammern nicht erfasst sind, schneiden schlechter ab, als es in der Realität der Fall ist.

Beim zweiten Indikator werden die gemeldeten Berufsausbildungsstellen den Bewerbern für Berufsausbildungsstellen gegenübergestellt. Dieser Indikator bildet die Situation für den einzelnen Bewerber vor Ort am besten ab. Aber auch bei einem ausgeglichenen Verhältnis von Bewerbern und Stellen bedeutet dies nicht, dass alle Bewerber ihren Wunschausbildungsplatz erhalten. Dieser Indikator kann in der Regel nur auf der Bezirksebene der Agenturen für Arbeit erhoben werden.



Kommunen bilden selber aus, können aber darüber hinaus den Ausbildungsmarkt nur wenig und indirekt beeinflussen. Eine Möglichkeit sind Veranstaltungen in Kooperation mit der jeweiligen Agentur für Arbeit, auf denen für Ausbildungsstellen geworben wird. Bürgermeister können zum Beispiel auch Unternehmen, die viele Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, öffentlich auszeichnen. Bei der Ansiedlung von Gewerbebetrieben kann die Kommune den Firmen größere Aufmerksamkeit zukommen lassen, die viele Ausbildungsplätze anbieten.

Natürlich können solche Maßnahmen die bundesweit wirksamen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht außer Kraft setzen. Aber das Thema ist für die Zukunft der Kommunen zu wichtig, um es seitens der Kommunalpolitik und -verwaltung unbeachtet zu lassen. Der soziale Abstieg einer breiten Schicht der jüngeren Generation kann zu sozialen Brennpunkten in Stadtteilen bis hin zum sozialen Unfrieden führen. Deshalb ist dieser Indikator unverzichtbar für eine zukunftsorientierte Kommunalpolitik.

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Auffällig bei den Wettbewerbsergebnissen ist, dass gerade Kommunen mit sonst eher schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen relativ gut abschneiden. So liegen vor allem einige ostdeutsche Kommunen hier vorne, die in den anderen Wirtschaftsindikatoren eher schlecht abschneiden. Eine mögliche Erklärung ist, dass der Indikator die Ausbildungsplatzsituation nur relativ zur allgemeinen Beschäftigungssituation abbildet. So kann eine Stadt, in der die allgemeine Beschäftigungssituation schlecht ist, bei diesem Indikator trotzdem relativ gut abschneiden, wenn es dort relativ viele Ausbildungsplätze bezogen auf die Arbeitsplätze gibt.

Zahl der Ausbildungsverhältnisse pro 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Jahr 2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Weyhe 349	97	11
Über 100.000 EW	Gera 263	84	27

Die Durchschnittswerte der teilnehmenden Kommunen liegen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 982 Ausbildungsstellen je 1.000 Bewerber. Anscheinend haben am Wettbewerb einige Kommunen teilgenommen, in denen der Ausbildungsmarkt sehr schwach ist. Der schlechteste Wert lag bei nur 376 Ausbildungsstellen auf 1.000 Bewerber.

Anzahl der Ausbildungsstellen, die 1.000 Bewerbern um einen Ausbildungsplatz im Berichtsjahr Oktober 2001 bis September 2002 zur Verfügung standen

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Weinstadt 1323	823	376
Über 100.000 EW	Freiburg 1292	885	613

### Datenquellen

Agentur für Arbeit

Der Indikator setzt sich aus zwei Teilindikatoren zusammen, und zwar

- der Zahl der Arbeitslosen bezogen auf die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Prozent und
- dem Anteil der arbeitslosen Jugendlichen (von 15 bis unter 25 Jahren) an der Gesamtzahl der Jugendlichen in Prozent.

### Hintergrund

Über keinen Wert wird derzeit soviel diskutiert, wie über die Arbeitslosenquote. Alle Parteien betrachten es als ihre Aufgabe, die Arbeitslosigkeit in Deutschland zu verringern. Die bundesweiten Zahlen sind dramatisch: Im Jahr 2003 waren 11,6 Prozent der Erwerbstätigen arbeitslos.

Große Unterschiede bei der Arbeitslosenquote gibt es zwischen Ost- und Westdeutschland. 2003 waren durchschnittlich 20,2 Prozent der Erwerbstätigen in Ostdeutschland arbeitslos, in Westdeutschland dagegen nur 9,3 Prozent. In den westlichen Flächenländern schwankten die Quoten im Juni 2003 zwischen 5,9 Prozent in Baden-Württemberg und 9,8 Prozent in Nordrhein-Westfalen, in den ostdeutschen Bundesländern zwischen 16,4 Prozent in Sachsen und 19,6 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern. Fast 500.000 Menschen unter 25 Jah-

ren waren 2002 im Durchschnitt arbeitslos. Das entspricht einer Erwerbslosenquote von 9,7 Prozent. Dieser Wert liegt damit nur geringfügig unter der allgemeinen Arbeitslosenquote.<sup>100</sup>

Die Arbeitslosigkeit ist in Deutschland ein langfristiges Problem. Seit 1982 lagen die Arbeitslosenquoten immer über sieben Prozent. Damit wird deutlich, dass die derzeitige Arbeitslosigkeit nicht nur ein konjunkturelles, sondern auch ein strukturelles Problem darstellt. Auch bei einer auflebenden Konjunktur werden weiterhin viele Menschen arbeitslos sein. Viele Konzepte werden diskutiert, allerdings sind kurzfristige Lösungen nicht in Sicht.

Armut und Arbeitslosigkeit hängen eng miteinander zusammen. Aber auch die gesamte Gesellschaft ist von den Auswirkungen der Arbeitslosigkeit betroffen, denn die derzeitige hohe Arbeitslosigkeit gefährdet die Sicherheit und Tragfähigkeit der bestehenden Sozialsysteme in Deutschland. Insbesondere sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte Personen sind massiv von Dauerarbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und den bekannten psychosozialen Folgewirkungen bedroht.<sup>101</sup>

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit ist ein Alarmsignal. Denn die Arbeitslosigkeit junger Menschen belastet die Gesellschaft oft auf sehr lange Sicht. Heute werden zunehmend mehr junge Menschen arbeitslos, welche früher ohne Probleme einen Platz im Erwerbsleben gefunden haben. Damit kommen auf die Städte und Gemeinden vermehrt Aufgaben in der Jugendberufshilfe und in der Jugendsozialarbeit zu.

### Arbeitsanleitung

Die von den Agenturen für Arbeit veröffentlichten Zahlen zu den Arbeitslosenquoten beziehen sich auf die Zahl der Erwerbstätigen. Die Zahl der Erwerbstätigen ist in der Regel nur auf der Bezirksebene der Agenturen für Arbeit erfasst. Selbst in Städten über 100.000 Einwohnern liegt sie nicht in allen Fällen vor. Die Zahl der Arbeitslosen und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind hingegen für jede Kommune in Deutschland problemlos bei der örtlichen Agentur für Arbeit zu erhalten.

Beim Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ haben wir daher beim ersten Teilindikator „Arbeitslosenquote“ die Zahl der Arbeitslosen auf die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bezogen. Bei dieser Quote sind die Selbstständigen und Beamten nicht erfasst. Deshalb kann die Quote

Foto: bilderbox.cd



<sup>100</sup> Vgl. <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/a.html>

<sup>101</sup> Vgl. Simon, Titus (2002)



in manchen Orten ein etwas verzerrtes Bild abgeben. Unsere berechnete, durchschnittliche Quote liegt etwa ein Fünftel höher als die bundesweite Arbeitslosenquote.

Beim zweiten Teilindikator wird die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen (unter 25 Jahren) auf die Zahl der Jugendlichen von 15 bis unter 25 Jahren bezogen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Erwerbstätigen unter 25 Jahren wird auf kommunaler Ebene leider nicht erhoben. Diese Zahlen wären für die Ermittlung der Jugendarbeitslosenquote besser geeignet.

Da viele der Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 25 Jahren in die Schule gehen oder studieren, fällt die bei diesem Indikatorenansatz ermittelte Jugendarbeitslosenquote deutlich niedriger aus, als wenn die Zahl der Erwerbstätigen unter 25 Jahren zu Grunde gelegt würde. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist der jeweiligen Agentur für Arbeit bekannt, während die Zahl der Jugendlichen im Einwohnermeldeamt abgefragt werden kann.

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Wie bei keinem anderen Indikator spiegeln die Ergebnisse die Situation in Ost- und Westdeutschland wider. Der hohe Durchschnittswert bei der Arbeitslosigkeit in Großstädten muss allerdings mit Vorsicht betrachtet werden, denn in keiner anderen Teilnehmerklasse war der Anteil ostdeutscher Städte höher. Wirklich gute Werte, die an Zeiten der Vollbeschäftigung erinnern, gibt es aber tatsächlich nur in kleinen und mittelgroßen Kommunen wie Bissingen, Weiler-Simmerberg oder Weinstadt.

Anteil der Arbeitslosen bezogen auf die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am 30. Juni 2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Bissingen a. d. Teck 3,6%	7,7%	23,3%
Bis 15.000 EW	Weiler-Simmerberg 4,2%	8,4%	21,5%
Bis 100.000 EW	Weinstadt 4,8%	12,3%	30,9%
Über 100.000 EW	Bonn 9,7%	16,7%	25,3%

Beim Teilindikator „Arbeitslose Jugendliche“ zeigt sich eine ähnliche Verteilung wie bei der Arbeitslosenquote. In Kommunen mit einer niedrigen Arbeitslosenquote leben nach den Ergebnissen des Wettbewerbs in der Regel auch wenige arbeitslose Jugendliche und umgekehrt.

Anteil der Jugendlichen (von 15 bis unter 25 Jahren), die arbeitslos sind, an der Gesamtzahl der Jugendlichen in Prozent am 30. Juni 2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Retzstadt 0,8%	2,9%	4,7%
Bis 15.000 EW	Weissach Im Tal 1,2%	3,7%	13,5%
Bis 100.000 EW	Nürtingen 1,7%	5,6%	12,8%
Über 100.000 EW	Bonn 2,6%	6,7%	10,7%

### Datenquelle

Agentur für Arbeit, Einwohnermeldeamt

Dieser Indikator misst das Verhältnis der Zahl der Betriebsgründungen zur Zahl der Betriebsschließungen. Wir empfehlen diesen Indikator für Kommunen über 15.000 Einwohner.

### Hintergrund

Die zukünftige wirtschaftliche Lage einer Kommune wird unter anderem von der Zahl der Existenzgründungen bestimmt. Als Existenzgründung wird die Realisierung einer beruflichen Selbstständigkeit bezeichnet. Sie erfolgt formaljuristisch durch die Gewerbeanmeldung. Die freien Berufe müssen sich nur beim zuständigen Finanzamt melden und werden bei diesem Indikator nicht erfasst.

In Deutschland sinkt der Saldo von Gründungen zu Schließungen in den letzten Jahren leicht. Waren im Jahr 2000 noch 755.172 Gründungen zu 662.743 Schließungen zu verzeichnen, demnach ein Saldo von +92.429, so erfolgten zwei Jahre später 723.333 Gründungen und 645.690 Schließungen, ein positiver Saldo von 77.643.<sup>102</sup>

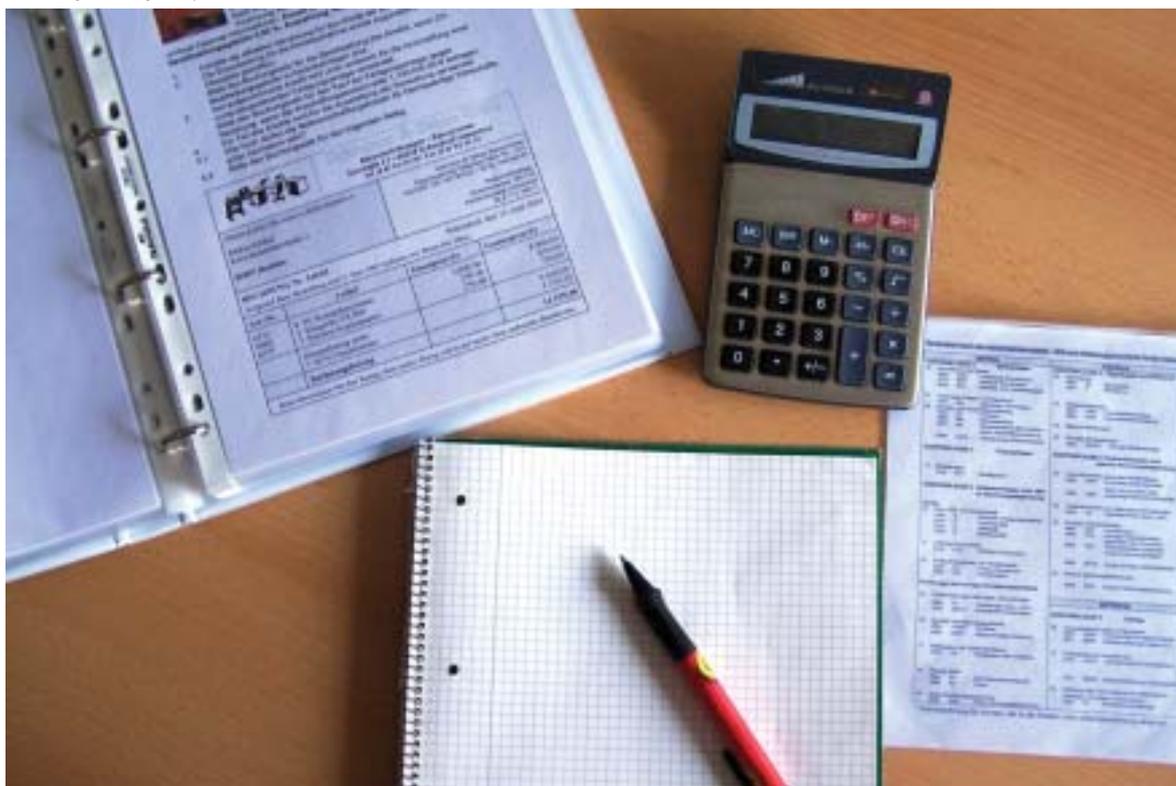
Im Verhältnis von Gründungen zu Schließungen von Betrieben ist die Zahl der Existenzgründungen eine Aussage über das Wirtschaftsklima in der Kommune und über die Bereitschaft der Einwoh-

ner, wirtschaftlich aktiv zu werden und sich selbstständig zu machen. Mittel- und langfristig können Existenzgründungen zu einer höheren Zahl von Arbeitsplätzen führen. Darüber hinaus finden Neugründungen in der Mehrzahl in Branchen statt, die zukunftsfähiger sind als andere.

Ein indirekter Effekt für die Entwicklung der Kommunen sind steigende Einnahmen aus der Gewerbesteuer sowie, bei steigender Beschäftigung, dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Steigende Beschäftigtenzahlen können zudem die Zahl der Empfänger von kommunalen Leistungen (z.B. Arbeitslosengeld II) senken und somit den Kommunalhaushalt entlasten.

Hinzuweisen ist darauf, dass die Daten zu den Gewerbean- und -abmeldungen keine Aussage zur Qualität der Existenzgründungen ermöglichen. Die mögliche Förderung von Gründungen über die Arbeitsagenturen (z.B. Ich-AG oder Überbrückungsgeld) haben viele Menschen dazu veranlasst, ein Gewerbe anzumelden. Ob diese Gewerbeanmeldungen mittel- bis langfristig tragfähig sind, muss in vielen Fällen bezweifelt werden. Denn zur Gründung musste weder ein Business-Plan vorgelegt werden, noch wurde die fachliche Eignung zur Selbstständigkeit überprüft.

*Existenzgründungen sprechen für die Aktivität der Wirtschaft in einer Kommune.*



<sup>102)</sup> [http://www.destatis.de/themen/d/thm\\_unternehmen.php](http://www.destatis.de/themen/d/thm_unternehmen.php)

### Arbeitsanleitung

Dieser Indikator misst das Verhältnis der Zahl der Betriebsgründungen zur Zahl der Betriebsschließungen mittels der Statistik der An- bzw. Abmeldung von Gewerbebetrieben.

Die Pflicht zur Gewerbeanmeldung beruht auf Gesetzen, deren wichtigstes die Gewerbeordnung (GewO) ist. Selbstständige gewerbliche Tätigkeiten müssen beim Gewerbeamt/Amt für öffentliche Ordnung der Stadt/Gemeinde angemeldet werden. Tätigkeiten als Freiberufler sowie in Landwirtschaft und Gartenbau werden nicht beim Gewerbeamt angemeldet, sondern nur beim Finanzamt. Als Freiberufler bezeichnet man Personen, die wissenschaftlich beratend, technisch, künstlerisch, erzieherisch, unterrichtend oder mit „höheren Dienstleistungen“ (z. B. Steuerberater, Ingenieure, Journalisten, Heilberufe) tätig sind.

Benötigt werden folgende Daten: die Zahl der Anmeldungen und der Abmeldungen von Gewerbebetrieben. Nicht erfasst werden Ummeldungen sowie Insolvenzen.

### Was ist eine Gewerbeanmeldung?

Nachgewiesen wird die Zahl der Gewerbeanmeldungen (ohne Automatenaufsteller und Reisegeerbe). Eine Anmeldung ist abzugeben bei

- Neuerrichtung eines Gewerbebetriebes einschließlich Verlagerung eines bestehenden Betriebes aus einem anderen Gewerbebereich in den Bereich der Anmeldebehörde oder
- Übernahme eines bereits bestehenden Betriebes (z.B. durch Kauf, Pacht, Erbfolge, Änderung der Rechtsform, Gesellschaftereintritt).

### Was ist eine Gewerbeabmeldung?

Nachgewiesen wird die Zahl der Gewerbeabmeldungen (ohne Automatenaufsteller und Reisegeerbe). Eine Abmeldung ist abzugeben bei

- vollständiger Aufgabe eines Gewerbebetriebes einschließlich Verlagerung eines bestehenden Betriebes in den Bereich einer anderen Anmeldebehörde,
- teilweiser Aufgabe eines weiterhin bestehenden Betriebes oder
- Aufgabe eines weiterhin bestehenden Betriebes (z.B. durch Kauf, Pacht, Erbfolge, Änderung der Rechtsform, Gesellschaftereintritt).



### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Die unterschiedliche wirtschaftliche Dynamik in deutschen Kommunen zeigt sich sehr deutlich in den Ergebnissen des Wettbewerbs: In Städten unter 100.000 Einwohnern ist die Differenz zwischen dem besten und schlechtesten Wert ausgeprägter als in den Großstädten, auch der Durchschnittswert liegt leicht über dem der Großstädte. Die Entwicklung ist in den Großstädten jedoch insgesamt gleichmäßiger. Die Extremwerte sind nach oben wie nach unten schwächer ausgeprägt.

Anzahl der neu angemeldeten Betriebe pro 100 geschlossene Betriebe im Jahr 2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Ibbenbüren 171,88	111,90	62,82
Über 100.000 EW	Göttingen 136,93	106,36	72,72

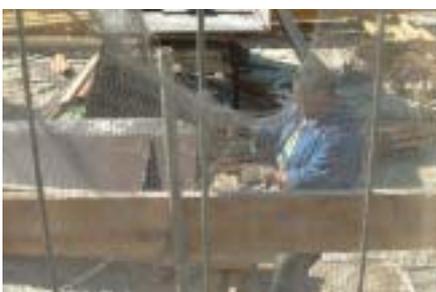
### Datenquellen

Statistische Landesämter, Gewerbeamtsstellen, Kommunalstatistik

Dieser Indikator misst die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaft bezogen auf die Zahl aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

### Hintergrund

Die Zahl der Arbeitsplätze ist ein guter Indikator für die wirtschaftliche Lage einer Kommune. Ob die wirtschaftliche Lage der Kommune in Zukunft gefährdet ist, hängt davon ab, in welchen Branchen die Beschäftigten arbeiten und wie sich die Beschäftigten auf die einzelnen Branchen verteilen. Sind nur wenige Branchen prägend für die Beschäftigungslage in einem Ort, dann können konjunkturelle bzw. strukturelle Veränderungen in diesen Branchen ausgeprägte Krisen hervorrufen, die sich in hohen Arbeitslosenzahlen niederschlagen. Dadurch wird die finanzielle Lage der Kommune stark beeinträchtigt. Denn nicht nur die wegfallenden Einnahmen aus der Gewerbesteuer bzw. aus dem Anteil an der Einkommensteuer verringern das Budget der Kommune, sondern in der Folge von Arbeitslosigkeit steigen auch die Ausgaben für die Sozialhilfe bzw. ab 2005 Arbeitslosengeld II: Eine finanzielle Abwärtsspirale droht.



Fotos: PhotoQuelle.de

Beispiele für solche Entwicklungen sind in Deutschland Küstenstädte, die durch die Schließung von Werften oftmals ihren einzigen großen Arbeitgeber verloren haben, oder „alte“ Industriestädte, die durch die Schließung von Stahlwerken, Kohlegruben oder Chemiewerken ein ähnliches Schicksal erlitten. Andere Städte besaßen eine sehr starke Abhängigkeit beispielsweise von der Porzellan- oder Textilindustrie oder der Schuhherstellung, die mit dem Niedergang dieser Industrien zu hohen Arbeitslosenzahlen führten.

Auch aktuelle Entwicklungen zeigen, wie stark die Zukunft einer Region beeinträchtigt wird, wenn die Wirtschaftslage zu stark an der Entwicklung einer oder weniger Branchen hängt. In der Diskussion um die Automobil- und Luftfahrtindustrie wurde deutlich, welche Bedeutung überregionale Wirtschaftsentwicklungen und Managemententscheidungen für die wirtschaftliche Lage einer Kommune haben. Die Kommunen sollten alle Instrumente der Wirtschaftsförderung nutzen und die für die Ansiedlung von Betrieben immer wichtiger werdenden „weichen Standortfaktoren“ entwickeln, um eine möglichst ausgeglichene Wirtschaftsstruktur zu erreichen. Für dieses Ziel braucht es langen Atem.

### Arbeitsanleitung

Eine ausgeglichene Wirtschaftsstruktur zeigt sich an der Verteilung der Beschäftigten auf die einzelnen Bereiche der Wirtschaft. Die Statistischen Landesämter bieten Beschäftigungsdaten auf der Basis von drei Wirtschaftsbereichen und deren Unterteilung in 17 Wirtschaftsabteilungen:

#### Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei und Bergbau (Primärer Sektor), Wirtschaftsabteilung:

- 1 Land- und Forstwirtschaft
- 2 Fischerei und Fischzucht
- 3 Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

#### Wirtschaftsbereich Produzierendes Gewerbe (Sekundärer Sektor) Wirtschaftsabteilung:

- 4 Verarbeitendes Gewerbe
- 5 Energie- und Wasserversorgung
- 6 Baugewerbe

*Ob die wirtschaftliche Lage der Kommune in Zukunft gefährdet ist, hängt davon ab, wie sich die Beschäftigten auf die einzelnen Branchen verteilen. Der Indikator „Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur“ gibt dafür wichtige Hinweise.*



### Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr sowie sonstige Dienstleistungen (Tertiärer Sektor), Wirtschaftsabteilung:

- 7 Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern
- 8 Gastgewerbe
- 9 Verkehr und Nachrichtenübermittlung
- 10 Kredit- und Versicherungsgewerbe
- 11 Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung und Erbringung von Dienstleistungen für Unternehmen
- 12 Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung
- 13 Erziehung und Unterricht
- 14 Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen
- 15 Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen
- 16 Private Haushalte
- 17 Exterritoriale Organisationen und Körperschaften

Die Daten zur Beschäftigung in den verschiedenen Wirtschaftsabteilungen werden nur von einigen Statistischen Landesämtern auf kommunaler

Basis kostenfrei herausgegeben. Einzelnen Agenturen für Arbeit und der Bundesagentur für Arbeit liegen die Daten auf kommunaler Ebene ebenfalls vor.

Eine aussagefähige Analyse der Wirtschaftsstruktur benötigt die Unterteilung nach den Wirtschaftsabteilungen, denn die Gliederung in nur zwei Wirtschaftsbereiche ist zu grob und in vielen Kommunen ist der primäre Sektor fast nicht mehr vorhanden. Auch der sekundäre Sektor ist vielfach nur noch schwach ausgebildet. Hochentwickelte Volkswirtschaften und dort insbesondere die Großstädte verzeichnen bis zu 80 Prozent der Beschäftigten im tertiären Sektor.

Der Indikator „Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur“ zeigt die Branchenstrukturen in der Kommune auf, in dem die Verteilung der Beschäftigten auf die 17 Wirtschaftsabteilungen untersucht wird. Zu diesem Zweck wird die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (sv-Beschäftigte)<sup>103</sup> der acht größten Wirtschaftsabteilungen ins Verhältnis zur Gesamtzahl der sv-Beschäftigten in der Kommune gesetzt.

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Die Ergebnisse des Wettbewerbes zeigen, dass einerseits die Spannweite zwischen den besten und schlechtesten Werten groß ist und andererseits kleinere Kommunen eher eine Abhängigkeit von wenigen Großbetrieben bzw. wenigen Branchen haben. In Kommunen, in denen wenige Wirtschaftsabteilungen bzw. Branchen die Mehrzahl der Beschäftigten stellen, muss die Entwicklung dieser Wirtschaftsteile beobachtet werden, um Krisentendenzen rechtzeitig wahrzunehmen. Eine Analyse der Wirtschaftsstruktur und darauf aufbauende Maßnahmen zur Vergrößerung der Vielfalt in der Wirtschaft sind Handlungswege, um einer zu großen Abhängigkeit von extern verursachten Branchen- und Unternehmensentwicklungen vorzubeugen.

Verteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die acht beschäftigungsstärksten Wirtschaftsabteilungen am 30. Juni 2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Wellheim	0,21	0,49
Bis 15.000 EW	Weissach im Tal	0,21	0,52
Bis 100.000 EW	Neubrandenburg	0,15	0,56
Über 100.000 EW	Rostock	0,15	0,26

### Datenquellen

Kommunalstatistik, Agentur für Arbeit, Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt (nur in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland immer auf Gemeindeebene verfügbar, ansonsten nur in größeren Kommunen)

<sup>103)</sup> Der Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten umfasst alle Arbeitnehmer, die krankenversicherungs-, rentenversicherungs- und/oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Der Indikator setzt sich aus zwei Teilindikatoren zusammen, und zwar

- der Höhe der Schulden und
- der Höhe der Neuverschuldung jeweils bezogen auf die Einwohnerzahl.

### Hintergrund

Sparsam zu wirtschaften ist eine der Grundlagen einer nachhaltigen Kommunalpolitik. Schulden und vor allem die damit verbundene Zinsbelastung schränken den eigenen Handlungsspielraum und den zukünftiger Generationen ein.

Doch die Realität sieht derzeit anders aus: Der Schuldenstand der deutschen Städte und Gemeinden belief sich im Jahr 2003 auf mehr als 91 Milliarden Euro. Damit wurde ein neuer Rekordschuldenstand der kommunalen Haushalte erreicht. Im Jahr 2003 erhöhte sich der Schuldenstand der kommunalen Haushalte um 10 Milliarden Euro.

Ursache hierfür ist vor allem der Rückgang der Einnahmen. Seit dem Jahr 2000 sind, durch die damalige Steuerreform, die Einnahmen aus der Gewerbesteuer drastisch zurückgegangen. Ebenso sind die Einnahmen aus der Einkommensteuer und die Zuweisungen von Bund und Ländern an die Kommunen gesunken<sup>104</sup>. Den gestiegenen Schulden stehen sinkende Investitionen gegenüber. Im Jahr 2003 sanken die Investitionen um 8,3 Prozent. Damit lagen sie um 35 Prozent unter den kommunalen Sachinvestitionen von 1992!

Der kommunalen Neuverschuldung stehen damit keine neu geschaffenen Sachwerte gegenüber, sondern die Gelder werden im laufenden Haus-

halt gebraucht. Zum Anhäufen von Schulden kommt daher noch hinzu, dass viele notwendige Investitionen zurückgestellt werden, mit negativen Folgen für den Erhalt der kommunalen Liegenschaften.

Im Gegensatz zum Bund gelang es den Städten und Gemeinden, im Jahr 2003 immerhin noch die Maastricht-Kriterien zu wahren. Nur sieben Prozent der gesamten öffentlichen Schulden von Bund, Ländern und Kommunen gingen auf das Konto der Städte und Gemeinden. Allerdings stehen einigen nicht verschuldeten Städten und Gemeinden einige sehr hoch verschuldete Kommunen gegenüber. Diese Städte und Gemeinden können ihre Aufgaben nur noch sehr eingeschränkt wahrnehmen. Unter dem gewachsenen Sparzwang reduzieren die Kommunen ihr Personal und tätigen weniger Investitionen. Damit tragen sie zur allgemeinen Arbeitslosigkeit bei.

### Arbeitsanleitung

Kommunale Schulden sind alle am Ende eines Jahres bestehende Schulden bei inländischen Kreditinstituten, Versicherungen, Bausparkassen, der Sozialversicherung sowie im Ausland direkt aufgenommene Darlehen. Außerdem zählen dazu Wertpapiersschulden wie Anleihen, Bundesschatzbriefe, Schatzanweisungen und Kassenobligationen, für die die Gebietskörperschaften Schuldner sind.

Der kommunale Schuldenstand ist öffentlich bekannt und wird in der Regel von den Statistischen Landesämtern erfasst. Um die kommunale Wirklichkeit komplett abzubilden, ist es wichtig, den Schuldenstand der kommunalen Eigenbetriebe bei diesem Indikator mit zu erfassen.



Foto: PixxelQuelle.de

*Sparsam zu wirtschaften ist ein Kennzeichen einer zukunftsfähigen Kommunalpolitik, denn Schulden schränken den eigenen Handlungsspielraum und den zukünftiger Generationen ein.*



Die kommunale Neuverschuldung wird oft nicht extra ausgewiesen. Sie lässt sich aber leicht aus der Differenz zwischen dem kommunalen Schuldenstand von dem einen zum nächsten Jahr errechnen.

Bei der Interpretation des Schuldenstandes ist es wichtig, darauf zu achten, inwieweit den Schulden gleichwertige Investitionen gegenüberstehen.

Sparsames Wirtschaften im Sinne der Nachhaltigkeit bedeutet, nicht alle Investitionen einzustellen. Angesichts hoher Schulden ist aber eine besondere Prüfung investiver Maßnahmen sicherlich angebracht. Ebenso müssen aber auch die Folgekosten bedacht werden, wenn investive Maßnahmen unterbleiben.

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Laut unseren Ergebnissen sind die kleinen Kommunen im Durchschnitt weit weniger verschuldet als die Großstädte.

Kommunale Schulden in Euro pro Einwohner am 31. Dezember 2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Mönkebude 19	481	1273
Bis 15.000 EW	Poing 80	836	1698
Bis 100.000 EW	Nürtingen 123	1062	2602
Über 100.000 EW	Oldenburg 858	1743	3351

Bei der kommunalen Neuverschuldung sieht das Bild ganz anders aus. Die kleinen Kommunen, die sich bei unserem Wettbewerb beteiligt haben, haben im Durchschnitt im Jahr 2002 pro Kopf mehr neue Schulden angehäuft als die Großstädte. Einige Städte und Gemeinden haben keine neuen Schulden gemacht.

Kommunale Neuverschuldung in Euro pro Einwohner im Jahr 2002

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 5.000 EW	Bissingen a.d. Teck; Offingen; Gornheimertal; Mönkebude 0	97	311
Bis 15.000 EW	Zeulenroda; Weissach im Tal; Poing; Baierfurt; 0	68	168
Bis 100.000 EW	Wolfenbüttel; Rheda-Wiedenbrück; Weinstadt; Ibbenbüren; Strausberg 0	58	277
Über 100.000 EW	Bonn 0	67	340

### Datenquelle

Kämmerei, Statistisches Landesamt

Der Indikator setzt sich aus zwei Teilindikatoren zusammen, und zwar

- der Zahl der Unternehmen mit Umweltzertifizierung nach DIN ISO 14001 und Öko-Audit-Verordnung (EMAS) und
- der Zahl der Unternehmen mit Umweltzertifizierung nach Ökoprofit.

Wir empfehlen diesen Indikator für Kommunen über 15.000 Einwohner.

### Hintergrund

Die Zertifizierung von Unternehmen ist ein erfolgreicher Weg, um Umweltschutz in deren betriebliche Abläufe einzubringen. Bei der Zertifizierung werden die Bestandteile des gängigen Managements von Unternehmen wie beispielsweise Planung, Steuerung und die Überwachung der Betriebsabläufe auf den Umweltschutz übertragen. Das Umweltmanagement soll in allen Bereichen des Unternehmens ansetzen, um durch den sparsamen Umgang mit Naturgütern das Optimum im Sinne des Umweltschutzes zu erreichen. Vorteile des Umweltmanagements sind u.a. Einsparungen zum Beispiel bei den Energie-, Wasser- oder Abfallkosten. Das Zertifikat dient der Imagepflege des Unternehmens. Umweltzertifikate können zudem werbewirksam eingesetzt werden. Einige Großunternehmen (z.B. in der Autoindustrie) verlangen von ihren Zulieferbetrieben eine Umwelt-Zertifizierung.

Bundesweit sind vor allem die Umweltmanagementsysteme EG-Öko-Audit-Verordnung (EMAS) und die DIN ISO 14001 verbreitet. Im Juli 2003 haben in Deutschland 3.820 Unternehmen eine Zertifizierung nach DIN ISO 14001 und 2364 Unternehmen eine Zertifizierung nach EMAS erreicht.

Die Anforderungen für beide Zertifizierungen sind sehr hoch. Umwelteleitlinien müssen aufgestellt und ein Umweltmanagementsystem für alle Betriebsbereiche aufgebaut werden. Dabei geht es nicht um die Festlegung eines bestimmten Niveaus des

Umweltschutzes, sondern darum, den Umweltschutz in alle betrieblichen Prozesse zu integrieren. Die umweltrelevanten Prozesse sollen ständig verbessert werden. Die Inhalte und Anforderungen bei den Zertifizierungen nach DIN ISO 14001 und EMAS sind weitgehend identisch. Der Unterschied besteht darin, dass bei EMAS zusätzlich eine Umwelterklärung des Unternehmens verlangt wird. Zudem ist EMAS eine Verordnung der EU. Die DIN ISO 14001 dagegen gilt weltweit und wird mit eingetragenen Zertifizierern durchgeführt. Sie ist eine privatrechtliche Vereinbarung.

Vor allem große Unternehmen lassen sich nach EMAS und DIN ISO 14001 zertifizieren. Für kleine Unternehmen ist der verlangte Aufwand oft zu hoch. Trotzdem gibt es auch Kleinstbetriebe, die nach EMAS zertifiziert sind. 1998 lag die durchschnittliche Mitarbeiterzahl in zertifizierten Betrieben bei 402 Mitarbeitern. Bislang wurden außerdem 64 Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland nach EMAS zertifiziert.<sup>105</sup>

Um die Umweltzertifizierung auch für kleinere Unternehmen attraktiv zu gestalten, sind weitere regionale Umweltmanagementsysteme eingeführt worden. Das einzige inzwischen bundesweit verbreitete Umweltmanagementsystem dieser Art ist ÖKOPROFIT. Es wurde 1991 von der Stadt Graz entwickelt. In enger Kooperation mit der Kommune führen lokale Unternehmen Umweltmanagementsysteme ein. Die Kommune unterstützt die Unternehmen bei der Zertifizierung und würdigt ihre Leistungen öffentlich. Die Bedingungen für ÖKOPROFIT sind nicht so umfangreich wie bei EMAS oder der DIN ISO 14001. ÖKOPROFIT ist aber eine gute Ergänzung zu diesen Umweltmanagementsystemen. Vor allem ist die Durchführung von ÖKOPROFIT auch für kleinere Unternehmen leistbar. Bis 2004 wurde dieses Umweltzertifizierungsverfahren in 50 Städten und Landkreisen in Deutschland durchgeführt, darunter Berlin, Hamburg und München<sup>106</sup>. Insgesamt haben sich rund 800 deutsche Unternehmen nach ÖKOPROFIT zertifizieren lassen.

<sup>105</sup> <http://www.emas-register.de/startseite.aspx>

<sup>106</sup> <http://www.muenchen.de/Rathaus/raw/nachhaltig/oekologie/38812/index.html>



*Immer mehr Unternehmen lassen sich nach den Richtlinien des Umweltmanagementsverfahren ÖKOPROFIT zertifizieren.*  
(Quelle: Stadt Augsburg)

### Arbeitsanleitung

Alle EMAS zertifizierten Unternehmen werden bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) erfasst. Die Erhebung der nach der DIN ISO 14001 zertifizierten Unternehmen ist dagegen deutlich komplizierter, da es keine zentrale Registrierungsstelle gibt. Unter [www.dqs.de](http://www.dqs.de) können die von einem Anbieter zertifizierten Unternehmen abgefragt werden. Dies ist bei anderen Anbietern in der Regel leider nicht möglich. Für die Erhebung bedeutet dies, dass in der Regel nur Umfragen unter den Unternehmen vor Ort zu einem aussagekräftigen Ergebnis verhelfen.

Die Daten über die Zahl der nach ÖKOPROFIT zertifizierten Unternehmen sollten der Kommunalverwaltung vorliegen. Denn in der Regel wird ÖKOPROFIT entweder vom Landkreis, von einer Stadt oder von einer Gemeinde initiiert. Auch Ko-

operationen zwischen Kommunen sind denkbar. Die Kommunalverwaltung nimmt bei der Durchführung von ÖKOPROFIT eine wichtige Rolle ein: Sie wirbt für eine Teilnahme, unterstützt und berät die Unternehmen bei der Einführung des Umweltmanagementsystems. Jährlich zeichnen die Kommune und eine unabhängige Kommission die ÖKOPROFIT-Unternehmen aus.

Als Bezugsgröße für den Indikator „Öko-zertifizierte Unternehmen“ dient die Zahl aller Unternehmen und Handwerksbetriebe, die bei der IHK bzw. bei der Handwerkskammer erfragt werden kann. Die Kleingewerbetreibenden werden nicht erfasst, da eine Zertifizierung sehr unwahrscheinlich ist. In der Regel lassen sich eher größere Unternehmen zertifizieren. Es gibt aber auch Handwerksbetriebe, die nach EMAS zertifiziert wurden.



### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

In zehn der elf Kommunen über 100.000 Einwohner konnten die zertifizierten Unternehmen erhoben werden. In der Teilnehmerklasse der Kommunen zwischen 15.001 und 100.000 Einwohner war es nur die Hälfte der Kommunen, die solche Unternehmen vor Ort hatte bzw. erheben konnte.

Anzahl der nach DIN ISO 14001 oder EMAS zertifizierten Unternehmen pro 1.000 Unternehmen am 31. Dezember 2003

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Neuburg a. d. Donau 6,6	3,0	0,1
Über 100.000 EW	Gera 11,3	2,5	0,1

ÖKOPROFIT wurde 2002 insgesamt von fünf der Teilnehmerkommunen durchgeführt. In Erfurt haben sich 28 Unternehmen daran beteiligt – der Spitzenwert im dritten Wettbewerbsjahr.

Anzahl der nach Ökoprotit zertifizierten Unternehmen pro 1.000 Unternehmen am 31. Dezember 2003

Teilnehmerklasse	
Bis 100.000 EW	Ökoprotit wurde in Germering, Nürtingen und Goslar durchgeführt
Über 100.000 EW	Ökoprotit wurde in Augsburg und Erfurt durchgeführt

### Datenquelle

IHK, Handwerkskammer, Kommune, eigene Erhebung

Dieser Indikator misst die Zahl der Arbeitsplätze bezogen auf die Wirtschaftsfläche. Wir empfehlen diesen Indikator für Kommunen über 15.000 Einwohner.

### Hintergrund

Gewerbegebiete für die Ansiedlung von Unternehmen auszuweisen, ist in nahezu allen Kommunen in Deutschland eine der Strategien, mit der die Kommune versucht, die Arbeitsplatzsituation und die Einnahmeseite zu verbessern. Im Sinne nachhaltiger Entwicklung ist dabei darauf zu achten, dass pro Quadratmeter „verbrauchter Fläche“ möglichst viele Arbeitsplätze entstehen. Denn der mög-

lichst geringe Flächenverbrauch pro Arbeitsplatz nutzt der Umwelt über eine geringere Versiegelung der Oberflächen. Es ist auch ein Zeichen für ein sparsames Wirtschaften der Kommune, wenn die vorhandenen Gewerbeflächen im Sinne der Arbeitsplatzbeschaffung maximal genutzt werden.

Zwischen den einzelnen Branchen gibt es erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Zahl der auf die belegte Fläche bezogenen Arbeitsplätze. Beispiele für eine geringe Zahl von Arbeitsplätzen pro Flächeneinheit sind Hochregallager, automatisierte Tankstellen oder der so genannte großflächige Einzelhandel - die Supermärkte auf der „grünen Wiese“. Auf einem Hektar Fläche sind dort nur 20 bis



*Im Gewerbe- und Umweltpark in Wettberg wird Regenwasser aufgefangen und sinnvoll genutzt.*

Foto: Abb.: Gemeinde Wettberg



30 Personen beschäftigt. Das gegenteilige Extrem sind mehrgeschossige Bürogebäude, in denen auf einem Hektar Fläche mehrere Tausend Menschen arbeiten können.

Die Tendenz der letzten Jahrzehnte liegt eindeutig in einem immer höheren Flächenverbrauch für Industrie und Gewerbe. Die Zahl der Arbeitsplätze pro Fläche und der Umsatz pro Fläche wird immer geringer. Als Nahziel auf dem Weg zu einem nachhaltigen Umgang mit der knappen Ressource „Fläche“ ist eine möglichst große Zahl an Arbeitsplätzen pro Fläche anzustreben. Dies ist auch im Sinne einer Verringerung der Kosten für die Erschließung ein wichtiges Ziel. Allerdings können sich die Kommunen nur selten die ansiedlungswilligen Unternehmen aussuchen.

### Arbeitsanleitung

Der Indikator misst die Zahl der Arbeitsplätze bezogen auf die Wirtschaftsfläche. Die Arbeitsplätze werden mittels der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort gezählt. Darunter versteht man alle sozialversicherungspflichtig Be-

schäftigten, die am Ort der Betriebsstätte ihren Wohnort haben und die Beschäftigten, die aus anderen Gemeinden einpendeln.

Benötigt werden folgende Daten: Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort, der Gebäude und Freifläche (Gewerbe und Industrie), der Gebäude und Freifläche (Handel und Wirtschaft) und der Betriebsfläche.

Der Aufwand für die Datenbeschaffung ist vergleichsweise gering, da die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort in den Statistischen Landesämtern bzw. bei den Agenturen für Arbeit zu bekommen sind. Die Flächen-daten liegen ebenfalls in den Statistischen Landesämtern vor, in Thüringen im Landesvermessungsamt, in Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt in den örtlichen Katasterämtern.

In einigen Bundesländern sind die benötigten Daten per Internet über die Landesämter zu ermitteln, z.B. über die gleichzeitige Eingabe der Suchwörter „Landesamt“, „Statistik“, „Name des Bundeslandes“ in eine Suchmaschine.

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Das Ergebnis des Wettbewerbs zeigt, dass Großstädte aufgrund ihrer verdichteten und mehrgeschossigen Bebauung eine höhere Flächeneffizienz aufweisen. Der Berliner Bezirk Neukölln hat eine doppelt so hohe Arbeitsplatzzahl pro Hektar wie die beste Stadt mit weniger als 100.000 Einwohnern, Bad Nauheim am Taunus. Ob große oder kleine Städte - es gibt große Unterschiede zwischen den besten und schlechtesten Werten. Erklärbar wird dies durch die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur. Ein höherer Anteil an mehrgeschossigen Bürogebäuden und nur wenige großflächige Produktionsbetriebe resultieren in einer hohen Flächeneffizienz. Eine Stadt mit riesigen Industrie-flächen weist sicherlich eine niedrigere Flächeneffizienz bezogen auf die Beschäftigung auf als Städte, die über einen großen Anteil an Dienstleistungen verfügen.

Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort pro Hektar Wirtschaftsfläche (Gewerbe, Industrie, Handel und Wirtschaft) am 31. Dezember 2000

Teilnehmerklasse	Bester Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert
Bis 100.000 EW	Bad Nauheim 149,05	69,00	16,66
Über 100.000 EW	Bezirk Berlin-Neukölln 304,27	147,26	40,23

### Datenquellen

Statistisches Landesamt, Landesvermessungsamt, örtliches Katasteramt, Agentur für Arbeit.

Der Indikator misst den Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche.

### Hintergrund

Im Jahr 2003 wurden 4,3 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Deutschland ökologisch bewirtschaftet. Den höchsten Anteil gab es dabei in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit 9 bzw. 8 Prozent. In beiden Bundesländern bedeutet dies eine Steigerung von mehr als 30 Prozent seit dem Jahr 2000. In Deutschland steigt der Anteil des ökologischen Landbaus stetig.

Der ökologische Landbau schützt Natur und Mensch, weil weniger Giftstoffe, wie Pestizide, Herbizide und Kunstdünger eingesetzt werden. Beim ökologischen Landbau wird mit den natürlichen Grundlagen der Landwirtschaft, wie dem Boden und den Tieren, möglichst schonend umgegangen.

Die ökologische Landwirtschaft ist daher ein gutes Beispiel für die Anwendung nachhaltiger Prinzipien. Sie vermeidet langfristige Schäden, wie die Nitratbelastung des Grundwassers oder die verstärkte Erosion, wodurch gravierende volkswirtschaftliche Schäden abgewendet werden. Der schonende Umgang mit Boden und Tieren hat po-

sitive Auswirkungen auf die Lebensmittelqualität, wie zum Beispiel durch geringere Schadstoffkonzentrationen im Gemüse. Sie verursacht auch keine Schäden in den sogenannten Dritte-Welt-Ländern, wie sie etwa durch Futtermittelimporte bedingt werden. In der konventionellen Landwirtschaft wird dagegen in großem Umfang importiertes Tierfutter verwendet. Bei der Produktion dieser Futtermittel werden große Mengen von Pestiziden eingesetzt, deren Anwendung in europäischen Staaten verboten ist. Aus ökologischer Sicht ist auch der energieaufwändige Transport der Futtermittel bedenklich.

Ökonomisch gesehen liegt in der ökologischen Landwirtschaft die Chance, langfristig mehr Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten, als dies in der konventionellen Landwirtschaft möglich wäre. Die bessere Qualität der Lebensmittel verlangt einen höheren Preis, womit der höhere Aufwand und mehr Arbeitsplätze finanziert werden können. Hinzu kommt, dass in den Produktionsabläufen eines ökologisch geführten Betriebes bei gleicher Betriebsgröße mehr Arbeiten von Menschen und weniger Arbeiten von Maschinen erledigt werden. Auf Biohöfen leben und arbeiten nachweislich mehr Menschen als in konventionellen Betrieben.

In den letzten Jahren hat die Vermarktung der Bio-Produkte wesentliche Fortschritte gemacht. Konnte man vor 10 bis 20 Jahren Bioprodukte fast nur in speziell ausgerichteten Läden erhalten, so werden sie inzwischen in Supermärkten und sogar in Discountern angeboten. Mehrere Tausend Produkte tragen mittlerweile das Bio-Siegel des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.



Foto: PixelQuelle.de



Foto: Gemeinde Riedstadt

Viele ökologisch wirtschaftende Landwirte bieten ihre Produkte auf Märkten an.

### Arbeitsanleitung

Die Daten zur ökologisch bewirtschafteten Fläche werden in der Regel von den Statistischen Landesämtern erfasst. Da es aber in vielen Fällen in Kommunen nur einen oder zwei Ökobetriebe gibt, werden die Daten von den meisten Statistischen Landesämtern grundsätzlich nicht auf der Ebene der Städte und Gemeinden herausgegeben. Daher kann die jeweilige Flächengröße oft nur durch die direkte Ansprache der Landwirte vor Ort erfragt werden.

Die Flächen werden bei diesem Indikator nach dem Betriebsprinzip erhoben. Das bedeutet, dass alle Flächen zu den landwirtschaftlich genutzten Flächen gezählt werden, die von einem in der Kommune ansässigen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaftet werden. Dabei spielt es keine Rolle, wenn sich Flächen auf einem anderen Gemeindegebiet befinden. Ob die Flächen dem Betrieb gehören oder von diesem gepachtet worden sind, wird dabei nicht berücksichtigt. Die Daten der Statistischen Landesämter sind entsprechend aufbereitet

– d.h. das Betriebsprinzip ist bei den Flächenangaben berücksichtigt. Wenn eine Kommune die Daten für die ökologisch bewirtschafteten Flächen selbst erhebt, sollte sie dieses Prinzip bei der Erhebung berücksichtigen.

Foto: U. Gattenlöhner



*Der ökologische Landbau mit artgerechter Tierhaltung schützt Natur, Mensch und Tier, weil weniger Giftstoffe wie Pestizide, Kunstdünger und Medikamente eingesetzt werden.*

### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Wie eingangs erwähnt, ist der Anteil der ökologischen Landwirtschaft in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern am höchsten. Dies wird durch die Ergebnisse des Wettbewerbs gestützt. Auffallend ist, dass der Anteil der ökologischen Betriebe in peripheren ländlichen Regionen höher liegt als in Großstädten. Dies ist erstaunlich, denn in den Großstädten dürften auf der anderen Seite die Hauptabsatzmärkte für ökologische Produkte sein. Eine Direktvermarktung in einem Ballungsraum verspricht ungleich höhere Erträge als auf dem Lande. Dieser Einfluss spiegelt sich in den Werten aber nicht wider. Demzufolge dürfte es gerade in den Ballungsräumen noch viel Potenzial für den ökologischen Landbau geben. Auf der anderen Seite kann dies bedeuten, dass die Direktvermarktung für die ökologisch orientierten Betriebe bisher keine entscheidende Rolle spielt.

Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in Prozent am 31. Dezember 2002

Teilnehmerklasse		Beste(r) Wert	Durchschnittswert	Schlechtester Wert	
Bis	5.000 EW	Mönkebude	22,5%	7,3%	0,7%
Bis	15.000 EW	Baienfurt	30,8%	5,2%	0,5%
Bis	100.000 EW	Neubrandenburg	25,8%	4,4%	0,2%
Über	100.000 EW	Göttingen	6,0%	2,8%	0,6%

### Datenquelle

Statistische Landesämter, eigene Erhebung

Der Indikator misst das Arbeitsplatzangebot im Verhältnis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort. Wir empfehlen diesen Indikator für Kommunen bis einschließlich 15.000 Einwohner.

### Hintergrund

Wenn in einem Ort sehr viele Arbeitsplätze und in einer anderen Kommune nur sehr wenige Arbeitsmöglichkeiten angeboten werden, führt dies zu Wanderungsbewegungen zwischen den Orten. Die Arbeitnehmer werden „mobil“. Entweder zieht die arbeitsfähige Bevölkerung von einem Ort zum anderen oder die Beschäftigten nehmen große Pendelstrecken auf sich. Beides ist volkswirtschaftlich gesehen negativ.

Im ersten Fall gibt es in manchen Städten und Gemeinden kaum noch Menschen im arbeitsfähigen Alter. Wohngebäude stehen leer, die bestehende Infrastruktur bleibt ungenutzt und verfällt. Soziale Strukturen lösen sich auf. Die jungen Menschen ziehen weg, die älteren bleiben vor Ort. Familien können sich nicht mehr gegenseitig unterstützen. Je mehr Arbeitnehmer und ihre Famili-

en wegziehen, desto unattraktiver wird der Ort. Ganze Ortschaften können brach fallen. In den wirtschaftlich prosperierenden Zentren dagegen steigen die Mieten und Grundstückspreise. Dort sind die Infrastrukturen (Verkehrswege, Grünflächen, Kindergärten, Schulen etc.) oft überlastet.

Der Aufwand des Pendelns hingegen wird vor allem vom Arbeitnehmer selbst getragen, der viel Zeit tatenlos im Auto oder in öffentlichen Verkehrsmitteln zubringen muss. Mobilität bedeutet in diesem Fall auch ein zunehmendes Verkehrsaufkommen, für dessen Infrastruktur und dessen negative Umweltauswirkungen wiederum die Allgemeinheit aufkommen muss.

In beiden Fällen können wir von Ressourcenverschwendung sprechen. Es ist deshalb im Sinne der Nachhaltigkeit, wenn an Orten, in denen viele erwerbsfähige Menschen leben, auch dementsprechend viele Arbeitsplätze angeboten werden. Dies bedeutet nicht, dass die oft durchaus freiwillige Mobilität von Arbeitnehmern eingeschränkt wird. Aber es verhindert umfangreiche Wegzüge und Pendlerbewegungen, die aus ökonomischer und ökologischer Sicht nicht gewollt sein können.

*Arbeitsplätze vor Ort verhindern den Wegzug von Menschen und sichern die Zukunft einer Kommune.*



Foto: PixelQuelle.de

### Arbeitsanleitung

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort bzw. am Arbeitsort ist für jede Kommune problemlos bei den Statistischen Landesämtern zu erheben.

Unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort versteht man die Beschäftigten, die in einer Betriebsstätte im Ort arbeiten, unabhängig davon, ob sie im Ort wohnen oder einpendeln. Unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort versteht man die Einwohner, die einer sozialversicherungspflichtigen Be-

schäftigung nachgehen, unabhängig davon, ob sie im Ort oder außerhalb des Ortes arbeiten.

Bei größeren Kommunen gibt es eine gesonderte Erfassung der Pendler. Diese ist aber bei vielen kleineren Gemeinden nicht verfügbar. Deshalb wurde auf diese einfach zu erhebende Hilfskonstruktion zurückgegriffen.

Um umfangreiche Pendlerbewegungen oder Wegzüge zu vermeiden, sollte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort entsprechen.



### Ergebnisse des Wettbewerbs „Zukunftsfähige Kommune“

Die Kommunen über 5.000 Einwohner schneiden durchschnittlich deutlich besser ab als Gemeinden unter 5.000 Einwohner. Deutlich mehr Arbeitsplätze als ansässige Arbeitnehmer gibt es vor allem in Klein- und Mittelzentren ländlicher Regionen. In diese wird vermutlich aus den umliegenden kleineren Gemeinden eingependelt.

In Städten mit 20.000 bis 30.000 Einwohner, die als Mittelzentrum einer Region dienen, wird in hohem Maße eingependelt. Liegt eine Stadt derselben Größe dagegen in einem Ballungsraum in der Nähe einer Großstadt, wird aus dieser Stadt vornehmlich ausgependelt. Diese Städte haben einen hohen Zuzug, aber kaum Arbeitsplätze vor Ort.

Wenn man die Indikatoren „Arbeitslosigkeit“ und „Arbeitsplatzangebot“ in Bezug setzt, kann man einen tendenziell gegenläufigen Trend beobachten. Laut den Ergebnissen des Wettbewerbs gibt es in den Kommunen mit einer niedrigen Arbeitslosenquote oft eine geringe Zahl von Arbeitsplätzen vor Ort. Dies scheint vordergründig paradox, kann aber damit zu erklären sein, dass kleine Kommunen mit niedriger Arbeitslosenquote meist Orte in Ballungsräumen sind, in denen wiederum die Arbeitnehmer in die Zentren pendeln.

Hier wird deutlich, dass auch in Regionen mit günstigen wirtschaftlichen Bedingungen das Pendeln zur Normalität geworden ist. Die Städte und Gemeinden aus Regionen mit sehr schlechten wirtschaftlichen Bedingungen liegen bei diesem Indikator im Mittelfeld. Eine mögliche Erklärung ist, dass aus diesen Regionen auch viele Arbeitnehmer schon weggezogen sind, weil es von ihren Wohnorten aus keine Möglichkeit zum Pendeln gab.

Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort pro 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort am 30. Juni 2002.

Teilnehmerklasse	Bestער Wert	Durchschnittswert	Schlechtestער Wert
Bis 5.000 EW	Riegel 717	400	78
Bis 15.000 EW	Eggenfelden 1563	822	275

### Datenquelle

Statistisches Landesamt

## Literaturliste

**Bayer, Wolfgang (2004):** Erneuerbare Energien 1991 bis 2003. In: Statistisches Bundesamt [Hrsg.] (2004): Wirtschaft und Statistik 5/2004.

**Boll, Antje (o.J.):** Schützt unsere Mehlschwalben. Informationsschrift des BUND Umweltzentrum Konstanz.

**Büchel Felix & Katharina Spieß (2002):** Studie „Form der Kinderbetreuung und Arbeitsmarktverhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland“.

**Bühning, Petra (2004):** Straßenverkehr: Defizite in der Verkehrserziehung. In: PP 3, Ausgabe Juni 2004.

**Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2004):** Stadtentwicklung in Deutschland. II. Nationaler Städtebaukongress. Bonn.

**Bundesministerium für Bildung und Forschung (2003):** Vertiefender Vergleich der Schulsysteme ausgewählter PISAstaaten. Bonn.

**Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (2003):** Bilanz 2003 der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft. Bonn.

**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend & tns infratest (2004):** 2. Freiwilligen survey 2004 - Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, Bürgerschaftliches Engagement.

**Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (1988):** Was Sie schon immer Abfall und Umwelt wissen wollten. Berlin.

**Bundesministerium für Umwelt, Natur und Reaktorsicherheit (o.J.):** Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro - Dokumente - Agenda 21. Bonn.

**Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit [Hrsg.] (2001):** Umweltpolitik. Wasserwirtschaft in Deutschland, Teil 1 - Grundlagen. Bonn.

**Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit [Hrsg.] (2002):** Lokale Agenda 21 und nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen“ 10 Jahre nach Rio: Bilanz und Perspektiven. Berlin.

**Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit [Hrsg.] (2003):** Nachhaltige Mobilität. Leitlinien des Bundesumweltministeriums. Berlin.

**Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit [Hrsg.] (2004):** Siedlungsabfallentsorgung 2005. Stand - Handlungsbedarf - Perspektive. Noch ein Jahr Übergangsfrist, die Zeit läuft ab.

**Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2002):** Zahlen und Fakten. Energie Daten 2002. Berlin.

**Bundesregierung (2001):** Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin.

**Chudziak, Gisela (1999):** Den Chefsessel verdoppeln!. In: AKP 2/99.

**Deutscher Bundestag (o.J.):** Begründung zu den gleichlautenden Gesetzentwürfen der Bundesregierung sowie der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der Erneuerbaren Energie im Strombereich (Drucksachen 15/2327, 15/2539). Drucksache 15/2864, 15. Wahlperiode.

**Deutscher Städtetag (2004):** Zahlen und Fakten zu den Kommunal финанzen 2003 und 2004. Köln.

**Dosch, Fabian (2002):** Intelligente Flächennutzung – ein Baustein zur Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. In: NABU-Naturschutzbund Deutschland e.V. [Hrsg.] (2002): Flächen intelligent nutzen. Strategien für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung. Dokumentation der NABU-Fachtagung am 8./9. 11.2001 in Erfurt, Bonn.

**Enquete-Kommission (2002):** Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten. Schlussbericht. Deutscher Bundestag. Berlin.

**Forschungsgruppe Hamburg F.G.H. (1999):** Modellversuch: Teilung einer Leitungsposition im Ortsamt Wilhelmsburg. Ein Projekt der F. G. H. Forschungsgruppe Hamburg. [Hrsg.] Senatsamt für die Gleichstellung, Hamburg.

**Gleich M. u.a. (2000):** Life Counts. Berlin.

**Gündel, Detlev (2004):** Geld allein macht auch den Radfahrer nicht glücklich. In AKP 5/2004.

**Institut für praxisorientierte Sozialforschung (Ipos) (2002):** Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Mannheim.

**Korcak, Dieter (1995):** Lebensqualität-Atlas. Opladen.

**Kreditanstalt für Wiederaufbau (2000):** Abwasserentsorgung in Deutschland. KfW-Beiträge Nr. 16.

**Kultusministerkonferenz (2002):** Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz Nr. 161, Juli 2002.

**Landratsamt Chemnitzer Land (1997):** Zum Glück die Schwalbenpfütze In: Grüne Blätter 02/1997.

**Lehmbrock, Michael (2000):** Straßennutzung und Stellplatzpflicht. Zur Entwicklung öffentlicher Räume mit vielfältigen Nutzungschancen. Difu-Berichte 3.

**Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (2001):** Pisa 2000. Zusammenfassung zentraler Befunde, Berlin.

**Münz, Rainer (2003):** Zukünftige Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. In: AKP 2/2003.

**Presse und Informationsamt der Bundesregierung (2002):** Perspektiven für Deutschland, Berlin.

**Simon, Titus (2002):** Jugendberufshilfe in den neuen Bundesländern. In: AKP 5/2002.

**Statistisches Bundesamt [Hrsg.] (2003):** Bevölkerung Deutschland bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsbeurteilung. Wiesbaden.

**Statistisches Bundesamt (2003a):** Umwelt. Umweltproduktivität, Bodennutzung, Wasser, Abfall. Wiesbaden.

**Statistisches Bundesamt [Hrsg.] (2003b):** Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe 376. Bonn.

**Statistisches Bundesamt (2004):** Pressemitteilung 09.08.2004.

**Stiens, Gerhard & Doris Pick (2001):** Nachbarschaftsdienste in dünn besiedelten Gebieten. Eine Auswertung von Konzept und Fallstudien. Arbeitspapiere des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung, Heft 1/2001, Bonn.

**Theiling, Christoph (1997):** Plätze in Bremen - Platz haben und Platz lassen. In: AG Freiraum und Vegetation [Hrsg.] (1997): Notizbuch 44 der Kasseler Schule, Kassel.

**Troge, Andreas & Wulf Hülsmann (2002):** Ziele und Ansatzpunkte zur Verringerung des Flächenverbrauchs. In: NABU-Naturschutzbund Deutschland e.V. [Hrsg.] (2002): Flächen intelligent nutzen. Strategien für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung. Dokumentation der NABU-Fachtagung am 8./9. 11.2001 in Erfurt, Bonn.

**Umweltbundesamt (2002):** Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Berlin.

**Verkehrsclub Deutschland [Hrsg.] (2001):** Bus, Bahn und Pkw im Umweltvergleich. Der ÖPNV im Wettbewerb. Bonn.

**Wächter, Sabine (2004):** Erobern die Drahtesel bald unsere Städte. In: KBD 9/2004.

**Welthungerhilfe und terre des hommes Deutschland e. V. (2002):** Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe. Zehnter Bericht 2001/2002.

**World Watch Institute (1998):** State of the World 1999. New York.

**Zentrum für Planung und Evaluation Soziale Dienste Uni Siegen (2004):** Behindertenförderungsplan im Landkreis Ahrweiler. Siegen.

## Benutzte Internetadressen

<http://www.abl-ev.de>

<http://www.arbeitsagentur.de> Presse Info 055/2004

<http://www.arbeitsagentur.de> Presse Info 020/2004

<http://www.autokiste.de>/start.htm?site=/psg/0306/2084.htm

<http://www.bfn.de>/03/0311\_nsg.htm

<http://www.bfn.de>/03/0303.htm

<http://www.bka.de>/pks/pks2002/p\_3\_02.pdf

<http://www.bka.de>/pks/pks2003/ondex2.html

<http://www.buergerengagement.de>

<http://www.bmfsfj.de>

<http://www.bmu.de>

<http://www.bmu.de>/de/800/nj/sachthemen/gewaesser/gewaesserstadt/privat/kurzinfo

<http://www.bmu.de>/files/bericht\_siedlungsabfallentsorgung\_2005.pdf

<http://www.bmvbw.de>

<http://www.bmz.de>/de/themen/armut/hintergrund/index.html

<http://www.bbr.bund.de>/exwost/initiativen/download/Position-BBR-neu.pdf

<http://www.destatis.de>

<http://www.destatis.de>/basis/d/verk/verktab4.php

<http://www.destatis.de>/basis/d/verk/verktab6.php

<http://www.destatis.de>/basis/d/verk/verktab7.php

<http://www.destatis.de>/themen/d/thm\_bildung1.php

<http://www.destatis.de>/themen/d/thm\_unternehmen.php

<http://www.destatis.de>/presse/deutsch/pm2004/zdw44.htm

<http://www.difu.de>/publikationen /difu-berichte/3 00/artikel1.shtml

<http://www.dstgb.de>

<http://www.emas-register.de>/startseite.aspx

<http://www.env-it.de>/umweltdaten

<http://www.env-it.de>/umweltdaten/jsp/index

<http://www.fh-niederrhein.de>/fb06/dozenten/baecker/armut.htm

<http://www.forum-trinkwasser.de>/datenundfakten/versorgung\_gebrauch.html

<http://www.isoplan.de>/aid/2003-1/forschung.htm

<http://home.t-online.de>/home/boa-muenchen/n0105020.htm

<http://www.hydrogeographie.de>/trinkwasserverbrauch.htm

<http://www.kfw.de>/DE/RESEARCH/pdf/abwasser.pdf

<http://www.lvr.de>/FachDez/Soziales/Sozialausschuss/Informationen/soz03050611169.pdf.

<http://www.muenchen.de>/Rathaus/raw/nachhaltig/oekologie/38812/index.html

<http://www.mybmi.de>/main.php

<http://home.nikocitiy.de>/sapro/presse/press009.htm

<http://www.pub.arbeitsamt.de>/hst/services/statistik/detail/a.html

<http://www.schaunichtweg.de>

<http://www.se-zeitung.at>/se42000/europa.htm

<http://www.sgbviii.de>/S86.html

<http://umweltlexikon-online.de>/fp/archiv/RUBwasser/Trinkwasserverbrauch.php

<http://www.ungesundleben.de>/gewicht.html

<http://www.uni-hildesheim.de>/de/2511.htm

<http://www.verbraucherministerium.de>

<http://zeus.Zeit.de>/text/2004/05/Kriminell



 Deutsche Umwelthilfe

Fritz-Reichle-Ring 4  
78315 Radolfzell  
Tel. (0 77 32) 99 95-0  
Fax (0 77 32) 99 95-77  
info@duh.de; www.duh.de

Das Projekt wird gefördert von:

